NSDAP. in der Schweiz verboten
Berner Regierung gegen deutsche Auslandsorganisation
Um Englands Haltung zum Abessinien-Konflikt
Becks Reise nach Brüssel
Die Wahrheit über Prinzlaffer Ueberfall
SA. verprügelte NS.-Hago-Mitglieder
Die Ausgaben der Versorgungsverbände

DANZIGER Volksstimme

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus 6. Fernsprechanschluß der Geschäftsleitung 287 03. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3.— G, wöchentl. 0.75 G; in Deutschland 2.50 Goldmark; durch die Post 3.— G,— monatl.; für Pommerellen 5.— Zloty. Anzeigen: 1 mm 0.16 G; Reklamen: 1 mm 0.60 G; in Deutschland 0.16 u. 0.60 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Dans. Tageskurs

27. Jahrgang | Mittwoch, den 19. Februar 1936 | Nr. 42

Berner Regierung gegen Nazi-Auslandsorganisation — Eine Folge der Diskussionen um den Landesleiter

NSDAP. in der Schweiz verboten

Das Attentat auf den Landesleiter der NSDAP. in der Schweiz, Gustloff, hat zu einem bedeutsamen Entschluß des Bundesrates geführt: eine Landesleitung und Kreisleitungen der NSDAP. sind in jeder Form für die Zukunft in der Schweiz nicht mehr zugelassen. Auch die nationalsozialistischen Studentenverbindungen sind in der Schweiz verboten worden. Im Augenblick läßt sich nicht übersehen, wie weit das Verbot gehen wird; während die amtliche Mitteilung zunächst nur davon spricht, daß Landes- und Kreisleitungen nicht mehr zugelassen werden und die weitere Zulassung von ausländischen politischen Vereinigungen geprüft werden soll, betrachtet die deutsche Presse die amtliche Kundgebung der Schweizer Regierung als ein generelles Verbot der Organisationen der NSDAP. in der Schweiz.

Die schweizerische Presse hat nach dem Attentat auf Gustloff einheitlich gefordert, eine Neubesetzung des Postens eines nationalsozialistischen Landesleiters nicht wieder zuzulassen; ein Teil der Presse, neben den sozialistischen auch maßgebende bürgerliche Blätter, war weitergegangen und hatte ein Verbot der NSDAP. verlangt. Die Regierung hatte zu der Tätigkeit der NSDAP. in der Schweiz im vorigen Jahre noch eine andere Stellung eingenommen, als sie an Gustloffs Parteiarbeit keinen Anstoß nahm und dieses in einer Antwort auf die Anfrage eines Parlamentsmitgliedes bescheinigte. Inzwischen scheint die Regierung ihre Ansicht doch geändert zu haben und entschlossen zu sein, die zentral geleitete politische Tätigkeit der in der Schweizerischen Gruppe der NSDAP. zusammengeschlossenen Reichsdeutschen zu unterbinden. Dieser Beschluß des Bundesrates ist erst erfolgt, nachdem die Oeffentlichkeit schon lange sehr entschieden Maßnahmen gegen die NSDAP. auf Schweizer Boden verlangt hatte.

Die Schweizer Presse, wie der bürgerliche „Bund", wandte sich vor allem dagegen, daß in der Schweiz „Stützpunkte ausländischer Propaganda" geduldet würden. Sie sah sehr im Gegensatz zu der Regierung, in der Tätigkeit der „zwangsorganisierten" Reichsdeutschen eine über den Rahmen reichsdeutscher innerer Angelegenheiten weit hinausgehende Betätigung. Gegen die Behandlung des gesamten deutschen Sprachgebietes als ein Großdeutschland durch die deutsche Propaganda wandte sie sich mit großer Schärfe. Ebenso protestierte sie gegen die politischen Aufgaben, die den deutschen Auslandsstudenten, die in einer Zwangsorganisation zusammengefaßt waren, von dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund gestellt waren.

Die Diskussion um den Landesleiter selbst hatte zu dem Ergebnis geführt, daß man die Einrichtung einer halbamtlichen deutschen Stelle neben der Gesandtschaft für unzweckmäßig hielt. Gustloffs viele Chargen, denen entsprechend er auch von deutscher Seite immer behandelt wurde, hatten in der Schweiz keine Geltung, weshalb die Schweiz ihn als einfachen Staatsbürger ansah, deutsche Stellen dagegen als eine Art Sonderbevollmächtigten. Diese verschiedenartige Bewertung führte zu Auseinandersetzungen und wurde in der schweizerischen Oeffentlichkeit für unhaltbar befunden.

Die deutsche Presse bespricht die Maßnahme in außerordentlich scharfen Kommentaren. Die Ausführungen des „Völkischen Beobachters", die wir weiter unten wiedergeben, gehen wohl in den Vorwürfen gegen den Bundesrat am weitesten. Inhalt und Ton dieser Ausführungen werden wohl kaum geeignet sein, die Unruhe, die um den Fall Gustloff in den Beziehungen beider Länder entstanden sind, zu beseitigen.

*

Amtlich wird aus Bern mitgeteilt: „Der Bundesrat hat auf Grund eines Berichtes der Bundesanwaltschaft und auf Antrag des Justiz- und Polizeidepartements beschlossen, eine Landesleitung und Kreisleitungen der NSDAP. in der Schweiz in irgendeiner Form in Zukunft nicht mehr zuzulassen. Die grundsätzliche Frage der weiteren Zulassung von ausländischen politischen Vereinigungen in der Schweiz wird dem Justiz- und Polizeidepartement in Verbindung mit dem politischen Departement zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen."

Der Bundesrat der Schweiz hat auch zum Berichte des Innenministeriums über die Tätigkeit der nationalsozialistischen Studentenorganisation Stellung genommen. Im Einvernehmen mit den Vorschlägen der Polizei und des Justizministeriums hat der Bundesrat beschlossen. Studenten, die Verbindung mit den deutschen politischen Stellen und Behörden unterhalten, aus der Schweiz auszuweisen. Gleichzeitig ist eine Sonderinstruktion bezüglich der deutschen Studentenverbindung in der Schweiz erlassen worden, die sich scharf gegen das Hineintragen politischer Faktoren in das Leben der akademischen Organisationen wendet. Schließlich hat sich der Bundesrat auch gegen die Gründung des „ökonomischen Büros" der nationalsozialistischen Partei in der Schweiz ausgesprochen.

Scharfe Stellungnahme des „Völkischen Beobachter"

Der „Völkische Beobachter" schreibt u. a.: „Mit dem Verbot der Organisation der NSDAP. macht sich Bern die marxistischen Mordargumente zu eigen. Die Schweizer Regierung wird damit zu einem Werkzeug der marxistischen und jüdischen Propaganda gegen Deutschland, deren Behauptung immer darauf hinausgelaufen ist, daß die Anwesenheit von Nationalsozialisten in der Schweiz eine Provokation der Gegner des Nationalsozialismus sei. Der Bundesrat beweist durch sein Verhalten aber auch eine Auffassung von seinen Pflichten, die angesichts des bis jetzt schon angerichteten Unheils unverständlich sein muß. Das Deutsche Reich jedenfalls vertritt die Ansicht, daß es die Aufgabe einer Regierung ist, einem Mörder die Ausführung seiner Tat durch vorbeugende Maßnahmen unmöglich zu machen. Nicht aber etwa dadurch, daß man nun sämtliche möglichen Opfer eines Mörders der Freiheit beraubt. Durch eine solche Handlungsweise wäre praktisch allen Gewalttaten Tür und Tor geöffnet. Es dürfte auch der Schweizer Regierung nicht unbekannt sein, daß das Deutsche Reich heute von seinen Angehörigen im In- und Auslande erwartet, daß sie sich in aktivster Weise — und das bedeutet vor allem in der NSDAP. und ihren Organisationen — am Geschehen ihres Volkes beteiligen. Es muß also festgestellt werden, daß die Schweiz versucht, politischen Einfluß auf die in ihrem Gebiet wohnenden Reichsdeutschen zu nehmen, ein Vorgang, der wohl einzig dastehen dürfte. Der Förderung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten dürfte dieser Eingriff am allerwenigsten dienen."

Brüsseler Reise Becks am 2. März

Die Erörterungen um die Besuche in London und Paris

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur unter Hinweis auf die Einladung des polnischen Außenministers Beck durch die belgische Regierung meldet, ist der Besuch des Ministers Beck in Brüssel auf den 2. März festgesetzt worden. Der Gegenbesuch des belgischen Ministerpräsidenten und gleichzeitigen Außenministers van Zeeland soll kurz nach dem Besuch Becks erfolgen.

Von den im Zusammenhang mit dieser Reise erörterten Besuchen des Ministers Beck in London und Paris ist vorerst keine Rede. Doch ist es nicht ausgeschlossen und vielleicht auch wahrscheinlich, daß die Reise nach Brüssel auch zu Besuchen in den Metropolen der Westmächte ausgeweitet wird. Die Fahrt nach Brüssel wird offiziell zwar nur mit der Unterzeichnung des polnisch-belgischen Handelsvertrages begründet, doch geht aus der Tatsache, daß nicht der Handels-, sondern der Außenminister dabei in Erscheinung tritt, die politische Bedeutung der Reise hervor. In oppositionellen Kreisen sieht man in dem Brüsseler Besuch die erste Etappe eines westeuropäischen Reiseplans, von dem man annimmt, daß durch ihn eine gewisse Neueinstellung der polnischen Außenpolitik zu der in Europa vor sich gehenden Kräfte-Umgruppierung zur Diskussion gestellt werden wird.

Das Hauptaugenmerk auf Europa gerichtet

Aussprache im englischen Oberhaus — Neue Friedensvermittlungen gefordert

Im englischen Oberhaus fand am Dienstag eine Aussprache über den italienisch-abessinischen Konflikt statt. Der konservative Lord Phillipmore leitete die Aussprache mit der Frage ein, was die Regierung tue, um eine friedliche für alle Parteien annehmbare Lösung zu fördern und die zur Zeit drohende Gefahr zu beseitigen, daß England in einen Krieg verwickelt werde. Der Redner erwähnte den Hoare-Laval-Plan und erklärte, die Mehrzahl der Mitglieder des Oberhauses sei über die plötzliche Schwenkung der Regierungspolitik bestürzt. Man habe das Empfinden, daß der jetzt eingeschlagene Weg falsch und die frühere Politik richtig sei. Eine Regelung des Konfliktes sei aber heute doppelt so dringend wie im Dezember; denn seit jener Zeit habe sich die internationale Lage ganz entschieden verschlechtert.

Nach der Rede Lord Phillipmores erklärte Lord Cecil, daß es nicht wünschenswert sei, wenn eine der beiden Seiten einen vollständigen Sieg erringe. Die kritische Lage in Europa könne unmöglich übertrieben werden. Es sei allgemein bekannt, daß eine europäische Macht ihre militärische Stärke außerordentlich vermehrt habe.

Es sprach u. a. noch Lord Lloyd, der erklärte, Sir Samuel Hoare sei der erste Staatsmann, der eine Befriedung in Europa herbeizuführen versucht habe.

Die Regierung antwortet

„Angriffe dürfen sich nicht bezahlt machen"

Für die Regierung antwortete Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Lord Stanhope, der zunächst darauf hinwies, daß weder die britische Regierung noch irgendein anderes Mitglied des Völkerbundes im Augenblick irgend welche neuen Schlichtungsvorschläge vorbereite. Eine fortgesetzte Unterbreitung von Vorschlägen würde Italien nur ermutigen, fortzufahren in der Hoffnung, bessere Bedingungen zu erhalten. Dies liege nicht im Interesse des Friedens. Dadurch, daß Italien vier Verträge zerrissen habe, habe es sich in eine Lage versetzt, die dem Völkerbund keinen anderen Weg lasse als Sühnemaßnahmen durchzuführen oder aber sich selbst zu widersprechen. Niemand habe Sühnemaßnahmen gern. Obwohl es vielleicht eine Zeitlang richtig gewesen sei, daß die Sühnemaßnahmen die Italiener wie einen Mann zusammengeschlossen hätten, so treffe dies auf die heutige Lage nicht mehr zu, und der wachsende Druck der Sühnemaßnahmen beginne sich auszuwirken.

Es sei jetzt nicht der Zeitpunkt, zu sagen, wie weit der Völkerbund gehen werde, doch könne erklärt werden, daß man der Welt beweisen werde, daß sich Angriffe nicht bezahlt machen und daß Italien alles bekommen haben würde, wenn es sich an den Völkerbund gewandt hätte. „Wir müssen", so erklärte Lord Stanhope, „auf die Ereignisse warten. Aber ich bin hinsichtlich der Zukunft optimistisch. Ich glaube, daß der Völkerbund seine Fähigkeit beweisen wird, Erfolge zu erzielen."

Die Aussprache endete damit, daß Lord Phillipmore seine in Gestalt eines Antrages gestellte Frage zurückzog.

Ein mit Leichen übersätes Gelände

Grauenhafte Verluste — Die italienischen Flieger machen „ganze Arbeit"

Das italienische Propagandaministerium veröffentlicht den nachstehenden, von Marschall Badoglio gedrahteten Heeresbericht Nr. 129:

„Die Verluste des Feindes in der Schlacht von Enderta sind sehr hoch. Ueberall, wo er versuchte, unserem Vormarsch Widerstand zu leisten, hinterließ er ein mit Leichen buchstäblich übersätes Gelände. Man kann die Zahl der Toten mit 6000 bis 7000 berechnen und eine mindestens doppelte Zahl von Verwundeten annehmen. Die Zahl der Gefangenen ist sehr hoch.

Auf unserer Seite sind folgende Verluste zu verzeichnen: Es fielen 12 Offiziere und 122 Mann der Heimatarmee, verwundet wurden 24 Offiziere und 499 Mann der Heimatarmee. Bei den Eingeborenentruppen zählte man 54 Tote und 76 Verwundete der Dienststruppen von Enderta, die mit den Abteilungen von Dedschas Haile Selassi Gugsa zusammengefaßt waren, und 8 Tote und 7 Verwundete der Hilfstruppen der Aiba. Von der großen Zahl der Flugzeuge, die an der Schlacht teilnahmen, ist ein Bombenflugzeug nicht mehr zurückgekehrt. Die Luftwaffe läßt die sich nach Süden zurückziehenden Flüchtlinge nicht mehr zur Ruhe kommen."

Auch die übrigen abessinischen Nordarmeen bedroht

Der Kriegsberichterstatter des DNB. drahtet aus Asmara:

„Die Presseberichterstatter haben die neuen italienischen Stellungen zwischen Belasa und Antalo auf dem Schlachtfeld von Amba Aradam besichtigt. Die Artillerie feuert noch vereinzelt auf kleinere abessinische Gruppen, die südwärts ziehen. Auf dem Schlachtfeld findet man nur mehr vereinzelt die Leichen von Abessiniern. Die meisten sind inzwischen schon beerdigt oder verbrannt worden.

Der italienische Sieg bei Aradam hat den Rückzug der Armee des Ras Seyoum und des Ras Kassa zur Folge. Am Dienstagabend hat man den Eindruck, daß die militärischen Operationen noch nicht abgeschlossen sind, die Kriegslage scheint die abessinische Heeresleitung vor schwere Entscheidungen zu stellen.

Was die Abessinier melden

Ras Mulugheta, der die östlich an Ras Seyoum sich anschließende Armee befehligt, berichtet, so wird aus Addis Abeba gemeldet, daß am 12. Februar italienische Vorposten bis zu seinen Truppenlagern vorgestoßen seien. Am 13., 14. und 15. Februar hätten sich größere Kämpfe entwickelt, die sich jedoch ausschließlich auf starke Vorpostenabteilungen beschränkt hätten. Die Italiener hätten nur geringen Geländegewinn erringen, ihr Hauptziel dagegen, die abessinische Belagerung von Makalle zu durchbrechen, nicht erreichen können.

Unterredung Mussolini—Drummond

Mussolini empfing am Dienstagabend den englischen Botschafter in Rom, Drummond, zu einer längeren Unterredung.

Wieviel Benzin verbraucht Graziani?

800 000 Liter für 380 Kilometer

Für dreieinhalb Monate hat Italien noch Oel, so lautete die Feststellung des Genfer Ausschusses zur Prüfung der Sanktionen. Es müssen demnach riesige Vorräte sein, die Italien gelagert hat, denn der Verbrauch in Ostafrika ist enorm. Insbesondere benötigt Graziani für seinen motorisierten Feldzug im Süden große Mengen. Die erstaunlich schnelle Offensive über die 380 Kilometer lange Strecke von Dolo nach Neghelli hat die Italiener riesigen Treibstoffverbrauch gekostet, die die vorhandenen Vorräte viel stärker in Anspruch genommen hat, als vor Beginn des Vormarsches berechnet worden war. Dabei hatte man den Verbrauch der 1100 Lastkraftwagen, die Grazianis Truppen im Ganale-Doria-Tal nordwestwärts beförderten, unter Berücksichtigung der schwierigen Klima- und Geländebedingungen schon sehr hoch angesetzt. Was man aber nicht vorausgesehen hatte, war der unglaublich schlechte Zustand der „Autostraße", die die Abessinier des Ras Desta von Neghelli bis Dolo zu gebaut hatten, um ihren eigenen Angriff auf diese Grenzstadt vorzubereiten, der nach ihren Plänen zur Eroberung bedeutender Teile Italienisch-Somalilandes, vielleicht sogar des wichtigen Hafens Mogadiscio führen sollte. Wie die italienischen Berichterstatter aus Grazianis Hauptquartier melden, waren manche Wegstrecken so schlecht, daß pro Wagen und Kilometer fast ein Liter Brennstoff verbraucht wurde, d. h. das zweieinhalbfache der Menge, die man für erforderlich gehalten hatte. Der Gesamtverbrauch für sämtliche Transportwagen und die ganze Strecke belief sich schließlich auf fast 300 000 Liter.

Mit diesem Treibstoffaufwand wurden außer den Truppen 150 000 Kilogramm Munition, 300 000 Kilogramm Lebensmittel und 75 000 Liter Wasser befördert. Vorräte, die noch nicht völlig verschossen, verzehrt und ausgetrunken waren, als Grazianis Expedition Neghelli erreichte. Das Wasser wurde auf 60 Spezialtankwagen transportiert und war in der Menge auf Befehl des Generals so bemessen worden, daß auf jeden Soldaten pro Tag nur ein Liter entfiel. Graziani richtete vor Beginn der Offensive an seine Leute den Appell, um des Königs und des Duce willen während des Vormarsches in der glühenden Tropensonne ihren Wasserverbrauch nach Möglichkeit einzuschränken, und er hatte mit dieser Aufforderung solchen Erfolg, daß der Wasservorrat immer noch 10 000 Liter betrug, als die Truppen an den Quellen Neghellis eintrafen.

Der Vatikan und der Krieg in Abessinien

Friedensbemühungen — Benesch Vermittler?

Eine Unterredung, die der französische Außenminister am Dienstag mit dem apostolischen Nuntius Maglione hatte, wird vom „Oeuvre" mit gewissen Bemühungen für die friedliche Beilegung des italienisch-abessinischen Streitfalles in Beziehung gebracht. Der Vatikan, so heißt es, prüfe seit einiger Zeit, ob eine Möglichkeit bestehe, dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten Benesch die Vermittlerrolle zu übertragen. Es sei sehr wohl möglich, daß diese Frage Gegenstand der Unterredung zwischen Flandin und dem Nuntius gewesen sei.

Die neue Lage

Englische Kabinettsberatung über die Frage einer Oelsperre

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" berichtet, daß sich das englische Kabinett demnächst wieder mit der Frage einer Oelsperre befassen werde. Wahrscheinlich werde man vorschlagen, den Zusammentritt des Sanktionsausschusses in Genf bereits auf den 2. März anstatt, wie ursprünglich vorgesehen, auf den 9. März, festzusetzen. In Regierungskreisen sei man der Ansicht, daß durch die abessinische Niederlage südlich von Makalle eine dringliche Lage entstanden sei. Wahrscheinlich werde sich Außenminister Eden entschließen, der Sitzung des Achtzehner-Ausschusses persönlich beizuwohnen. Sollte der Ausschuß entscheiden, daß eine wirksame Oelsperre gegen Italien nicht auferlegt werden könne, dann würden sicherlich andere Maßnahmen erwogen werden.

Die Stillhalte-Verhandlungen

Deutschlands nichtarischer Delegierter

Die Verhandlungen, die gegenwärtig über die Verlängerung des am 29. Februar ablaufenden deutschen Kreditabkommens für die kurzfristigen Auslandskredite geführt werden, haben insofern einige Fortschritte zu verzeichnen, als wenigstens die ausländischen Gläubiger unter sich anscheinend zu einer Einigung gelangen werden.

Im Mittelpunkt der Erörterungen der Stillhalteverhandlungen steht das Schicksal der Registermark. Da die Amerikaner ein weiteres Abgleiten des Registermarkkurses verhindern wollen, scheint man beschlossen zu haben, daß in Zukunft die Reisebüros und sonstigen Verkaufsstellen für Registermark angewiesen werden, ihren Bedarf bei den Stillhaltebanken ihres eigenen Landes zu decken, was immerhin Möglichkeiten zur Verhinderung des weiteren Kursrückganges bieten würde.

Der Ausschuß zur Untersuchung über die Neuorganisation des internationalen Marktes der Registermark beschäftigte sich ferner mit der Frage der Erweiterung der Verwendungsmöglichkeiten der Registermark, wobei auch hier das Ziel beachtet, das Kursniveau zu heben, resp. ein weiteres Abgleiten zu verhindern. Die ausländischen Gläubiger haben vorgeschlagen, daß, wie es früher der Fall war, die in Deutschland ansässigen ausländischen Diplomaten und Journalisten die Möglichkeit zum Bezuge der Registermark erhalten würden. Gegen diesen Vorschlag wenden sich jedoch die Vertreter des Deutschen Reiches.

Die ausländischen Gläubiger haben den Eindruck, daß von deutscher Seite auch Schwierigkeiten bei der Stabilisierung resp. Erhöhung des Registermarkkurses geweckt werden, da eine Kurssteigerung der Registermark einem verstärkten Reiseverkehr nach Deutschland Hindernisse in den Weg legen würde. Nach deutschen Angaben wurden seit Februar 1933 bis Ende Dezember 1935 insgesamt 897 Millionen Reichsmark als Registermark für Reisezwecke verwandt. Im Hinblick auf die Olympischen Spiele, insbesondere im Sommer dieses Jahres, wird von deutscher Seite ein verstärkter Reiseverkehr aus dem Ausland erwartet, und deshalb sind die Vertreter der Reichsbank bestrebt, den amerikanischen Wünschen auf Erhöhung des Registermarkkurses entgegenzutreten. Die ausländischen Gläubiger sind wiederum an hohen Registermarkkursen interessiert; die Registermark, die ihnen zum Transfer in Devisen angeboten wird, dient zur Bezahlung aller deutscher Auslandsschulden. Der weitere Verlauf der Verhandlungen wird zeigen, wie sich eine Einigung über diese verschiedenen Auffassungen erzielen lassen wird. Besonders bemerkenswert ist wohl die Tatsache, daß als offizieller Vertreter von deutscher Seite auch der Nichtarier Dr. Jeidels von der „Berliner Handelsgesellschaft" fungiert.

Der Reichsbankausweis in der zweiten Februarwoche. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Februar hat sich die Kapitalanlage der Reichsbank in Wechseln, Schecks, Sonderdarlehen und Reportkrediten um 124,7 auf 4445,3 Millionen RM. vermehrt. Im Gegensatz zu diesem Rückgang zeigen die „sonstigen Aktiva" eine Zunahme um 22,3 Millionen RM., was sich aus einer erhöhten Inanspruchnahme des dem Reich seitens der Reichsbank eingeräumten Betriebskredites erklärt. Die Giroguthaben zeigen mit 605,5 Millionen RM. eine Abnahme gegenüber der Vorwoche um 4,79 Millionen RM. Der gesamte Zahlungsmittelumlauf stellt sich Mitte Februar auf 5778 Millionen RM. gegen 5411 Millionen RM. am Februarmedio des Vorjahres. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen stellen sich insgesamt auf 81,9 Millionen RM.

Nach dem Sieg der Linken

Amtliches Ergebnis nicht vor Donnerstag — Regierungswechsel in allernächster Zeit

Der spanische Ministerpräsident teilte mit, daß das endgültige Wahlergebnis nicht vor Donnerstag bekannt sein würde, die in einigen Orten die Wahlhandlung wiederholt werden müsse.

Die Ordnung sei in den spanischen Städten, aus denen gestern Unruhen gemeldet wurden, völlig wiederhergestellt.

Aus gut unterrichteter Quelle verlautet, daß die Linksparteien nach den bisherigen Zählungen mit 251 Sitzen rechnen können, und daß die Machtübergabe an sie durch die Regierung bereits in allernächster Zeit erfolgen wird.

Reaktionäre Offiziere wollten putschen

In der Nacht zum heutigen Mittwoch liefen Gerüchte um, daß auf den Militärflugplätzen von Cuatro Vientos, Getafe und Alcala, die sämtlich in der Umgebung von Madrid liegen, ein militärischer Aufstandsversuch aufgedeckt und im Keim erstickt worden sei. Mehrere Offiziere, darunter zwei bekannte Generäle, seien verhaftet worden. Die angebliche Aufstandsbewegung habe das Ziel verfolgt, die Machtübernahme durch die Linke zu verhindern.

Nach Meldungen, die heute in den frühen Morgenstunden in Madrid eintrafen, haben sich die Gerüchte von der Verhaftung mehrerer Fliegeroffiziere bestätigt. Unter den Verhafteten befänden sich die Generäle Franco und Goded, die die Leitung der angeblichen Aufstandsbewegung übernommen hätten.

Das vorläufige Ergebnis

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen verteilen sich die einzelnen Mandate auf die einzelnen Parteien wie folgt, wobei zu berücksichtigen ist, daß 42 Mandate noch verteilt werden müssen.

Linksparteien: Sozialdemokraten 77, Republikanische Union 27, Linksrepublikaner 63, Katalanische Linke (Esquerra) 22, Kommunisten 11, verschiedene andere Gruppen 21. Zusammen Linksparteien 221.

Mitte: Katalanische Rechte (Liga) 10, Radikale 5 Eigentliches Zentrum 21, Mauristen 2, Baskische Nationalisten 3. Zusammen Mittelparteien 41.

Rechtsblock: Katholische Volksaktion (Ceda) 120, Spanische Erneuerungsbewegung 13, Traditionslisten 11, Agrarier 12, Unabhängige 12. Zusammen Rechtsparteien 168.

In Madrid hat die Volksfront 13 Mandate erobert, die Rechtsparteien brachten es nur auf 7.

Die faschistische Partei, an deren Spitze der Sohn des verstorbenen Diktators Primo de Rivera steht, hat bis jetzt kein einziges Mandat erlangt. Der Führer der Katholischen Volksaktion, Gil Robles, der gleichzeitig in mehreren Wahlkreisen kandidierte, ist in Madrid und auf den Kanarischen Inseln durchgefallen und hat nur mit großer Mühe ein Mandat in seiner Heimatstadt Salamanca erhalten. Der ehemalige Finanzsenator Gotelo, der Führer der Monarchisten, ist auf den Kanarischen Inseln geschlagen worden.

Erfolgreicher Militärputsch in Paraguay

Der Staatspräsident zurückgetreten — Die Regierung gestürzt

Die am Montag in Paraguay ausgebrochene Militärrevolte unter Führung des Obersten Smith hat zum Sturz der Regierung geführt. Im Laufe der Nacht zum Dienstag sind die regierungstreuen Truppen zu den Revolutionären übergegangen.

Der Präsident der Republik, Ayala, und der Oberbefehlshaber der Armee, General Estigarribia, sind geflüchtet. Sie befinden sich vermutlich an Bord eines regierungstreuen Flußkanonenbootes. Außenminister Dr. Riart wurde von den Aufständischen verhaftet und in der Schule der Militärflieger gefangen gesetzt.

Nach den schweren Kämpfen am Montag, in die auch Artillerie und Kanonenboote eingriffen, herrschte gestern in der Hauptstadt Paraguays wieder Ruhe.

Rücktritt des Präsidenten Ayala

Die aufständischen Truppen sind am Dienstagabend völlig Herren der Lage. Sie haben den öffentlichen Dienst in ihrer Hand. Staatspräsident Ayala, der sich an Bord des Kanonenbootes „Paraguay" aufhält, hat seinen Rücktritt erklärt. Die Aufständischen haben die Bürgschaft für das Leben und die Freiheit Ayalas übernommen.

Nach dem Staatspräsidenten Ayala hat auch Vizepräsident Ribeiro seinen Rücktritt erklärt. Der Oberbefehlshaber der Armee, General Estigarribia, ist verhaftet worden. Nach einer Mitteilung der Führer der Aufstandsbewegung herrscht im ganzen Lande wieder Ruhe.

Oberst Rafael Franco, der, wie erinnerlich, vor zwei Wochen von der Regierung verbannt wurde und sich seither in Buenos Aires aufhielt, wurde von den Aufständischen gebeten, die Führung zu übernehmen. Oberst Franco ist bereits im Flugzeug nach Asuncion unterwegs. Oberst Franco versicherte vor seinem Abflug nach Asuncion Pressevertretern, daß die revolutionäre Erhebung in Paraguay eine reine Volksbewegung sei. Volk und Heer seien seit langem mit der Regierung Ayalas unzufrieden gewesen.

Geplänkel um den Russenpakt

Fortsetzung der Aussprache in der französischen Kammer

Die Kammeraussprache über die Ratifizierung des französisch-sowjetrussischen Paktes wurde gestern auf den kommenden Donnerstag vertagt. Die Regierung wird am Donnerstag Stellung nehmen. Gestern sprachen in der Hauptsache Abgeordnete der Rechten, die sich gegen den Pakt wandten. Einen Einfluß auf den Gang der Verhandlungen haben die Ausführungen jedoch nicht; die Mehrheit für den Pakt erscheint gesichert.

Oesterreichischer Besuch in Italien. Der österreichische Außenminister, Berger-Waldenegg, ist in Rom eingetroffen. Wie man von unterrichteter italienischer Seite hört, wird sich Staatssekretär Suvich wahrscheinlich bereits an einem der nächsten Tage zur Begrüßung des österreichischen Außenministers nach Rom begeben.

Das Ende der „Torgler". Der Rat der Volkskommissare stellt in einer amtlichen Bekanntmachung fest, daß die Organisation „Torgler", die zum Zwecke der Devisengewinnung den Handel mit Ausländern vermittelt hat, zu bestehen aufgehört hat, nachdem das Außenhandelskommissariat die Regierung von der Auflösung der Torgler-Gesellschaft zum 1. Februar in Kenntnis gesetzt hat.

Presse-Spiegel

Bereinigung der englisch-italienischen Gegensätze

Die „Neue Zürcher Zeitung" sieht Anzeichen einer neuen Phase im ostafrikanischen Konflikt. Sie zitiert aus einem Brief des früheren englischen Außenministers Sir Samuel Hoare an seine Wähler eine Stelle, die sich mit der Notwendigkeit des Funktionierens der „Stresafront" befaßt. Der Bruch der Stresafront könnte militärische Rückwirkungen auf Europa haben, wo Deutschland aufrüste, ferner auf Japan, das im Fernen Osten seine Pläne zu verwirklichen suche. Sechs Monate lang habe er sich diese Fragen vorgelegt, und deshalb habe er auch das Bestreben gehabt, „einen Konflikt zum Abschluß zu bringen, der im schlimmsten Fall England in einen Krieg gegen Italien verwickeln konnte, dessen Festigkeit und Kraft für den Frieden in Europa unerläßlich ist, während er auch im günstigsten Falle England auf einen Weg führen mußte, dessen Gefahren mit jedem Schritt deutlicher werden."

Das Blatt schreibt, daß heute das deutsche Rüstungsproblem auch im Bewußtsein des Durchschnittsengländers alles andere überschatte. Es kommt zu folgender Schlußfolgerung:

„Die rasche Liquidierung des ostafrikanischen Konfliktes wäre vor allem im Interesse der Befriedung Europas wünschbar. Die zwischen England und Italien schwebenden Fragen würden damit nicht „restlos" geklärt — aber auch dafür könnte damit schon der Weg gewiesen werden. In Europa aber würde Italien unmittelbar nach einer solchen Liquidation wieder die Rolle aufnehmen können, die ihm nach seiner militärischen und wirtschaftlichen Bedeutung und seiner geographischen Lage zukommt. Das gilt vor allem für die „Wacht am Brenner", die vorderhand immer noch weitaus die stärkste Garantie für die Erhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs bedeutet — ein „Ersatz" durch Abmachungen mit Rußland ist, gelinde gesagt, nur ein unzulänglicher diplomatischer Nothehelf. Das letzte Mittel der Politik, das nach einer Bereinigung in Ostafrika vor allem der französischen Diplomatie vorschweben muß, ist aber die Wiederherstellung der Front von Stresa, die von allen politischen Kombinationen der letzten Jahre bei weitem die größten Hoffnungen für den europäischen Frieden begründet hat."

Ueber die Möglichkeit einer englisch-italienischen Verständigung äußert sich die „N. Z. Z." optimistisch. Die Mittelmeerfrage werde sich — ein Entgegenkommen Mussolinis sei wahrscheinlich — regeln lassen. „Nach allen Seiten hin setzt eine neue Aktion ein, die auch in England selber als Vorbereitung auf einen offenen Umschwung der Regierungspolitik gedeutet wird. Die Agentur Reuter entdeckte vor einigen Tagen plötzlich, daß die Abessinier sehr schlechte Nachbarn der britischen Kolonie Kenya sind — was die ganze übrige Welt schon längst wußte, was man aber bisher bagatellisiert hatte."

England und die Donau-Beziehungen

In der „Prager Presse" schreibt George Glasgow, London:

„Dr. Hodzas Pariser Besuch hat in Großbritannien starkes Interesse hervorgerufen. Das Problem der Donaubeziehungen wird in Großbritannien stets als der wichtigste Schlüssel zum europäischen Frieden angesehen. Als Herr von Schuschnigg vor einem Monat Prag besuchte, spitzte die öffentliche britische Meinung die Ohren. Die Ueberbürdung Italiens auf der einen Seite und die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands auf der anderen haben deutlich die Vorbedingungen für eine erneute Ueberprüfung des Donauproblems geschaffen. Ein besonderer Grund für die außerordentliche Wachsamkeit Großbritanniens angesichts der Neuentwicklung im Donaubecken liegt darin, daß zum ersten Male, seitdem der Völkerbund im Jahre 1920 ins Leben trat, das im Völkerbundspakt vorgesehene System der Kollektivsicherheit in Wirksamkeit zu treten begann.

Früher hat die britische Regierung es stets abgelehnt, sich klar und unzweideutig zu binden, die Integrität Oesterreichs zu verteidigen, obwohl die britische Regierung die Unabhängigkeit Oesterreichs stets als eine Frage von höchster Wichtigkeit für den Frieden in Europa betrachtet hat. Ein Grund für diese Ablehnung war der, daß die britische Außenpolitik auf der Voraussetzung basierte, daß das Sicherheitssystem des Völkerbundes einen Ersatz für die großen nationalen Rüstungen bedeute. Es war bekannt, daß die britischen Streitkräfte nicht derart seien, um eine britische Garantie für Oesterreich bedeuten zu können. Die Verhältnisse haben sich in zwei Richtungen geändert. Erstens ist die britische Aufrüstung nun radikal reformiert und ausgedehnt worden, zweitens hat die britische Regierung eine führende Stelle in Genf in der Unterstreichung der Verpflichtungen der Mitgliedsstaaten des Völkerbundes hinsichtlich der Erfüllung ihrer Verantwortlichkeit eingenommen.

Es wird daher in London anerkannt, daß die britische Regierung, falls sich im Donaubecken die Notwendigkeit ergeben sollte, automatisch und klar einbezogen wäre. Die gegenwärtige Bewegung für die Schaffung einer wirtschaftlichen und hieraus einer diplomatischen Verständigung zwischen Oesterreich und der Kleinen Entente wird demnach als ein Ereignis angesehen, das Großbritannien direkt betrifft. Die Sache wird mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Die lebhaftesten Hoffnungen Londons gehen dahin, daß die gegenwärtigen diplomatischen Unterhaltungen hinsichtlich der Donaubeziehungen zu einer festen regionalen Verständigung führen werden, die Oesterreich in die Lage erhöhter Sicherheit versetzt und zugleich den unmittelbar interessierten Ländern in wirtschaftlicher, sowie in diplomatischer Hinsicht Vorteile bringt."

Flüchtlingskommissar ernannt

Der britische Generalmajor Neill Malcolm

Die Ernennung des englischen Generalmajors Neill Malcolm zum einstweiligen Flüchtlingskommissar des Völkerbundes wird am Dienstag vom Völkerbundssekretariat in der Form eines Telegramms des stellvertretenden Generalsekretärs an Neill Malcolm bekanntgegeben. Neill Malcolm ist damit der Nachfolger des Ende vorigen Jahres zurückgetretenen Kommissars Macdonald.

Ein Proteststreik in Polnisch-Oberschlesien. In den Kohlengruben „Kaiminera" und „Julius" ist, wie aus Sosnowitz (Polnisch-Oberschlesien) gemeldet wird, ein Proteststreik ausgebrochen. Es streiken etwa 2000 Arbeiter. Die Ruhe ist nirgends gestört worden. Die notwendigen Arbeiten werden normal ausgeführt. Der Streik soll zwei Tage dauern. Den Anlaß zum Streik hat die Ueberführung der Gruben von der Kategorie A in die Kategorie G gegeben, was eine Lohnreduzierung von 7 Prozent nach sich zieht.

Ausweisung eines nationalsozialistischen Journalisten. Der Pariser Vertreter des nationalsozialistischen Pressedienstes, Richards, wurde am Montag vormittag durch Polizei zur Präfektur geholt, wo er aufgefordert wurde, binnen vier Tagen das französische Staatsgebiet zu verlassen.

Neutralitätsvorlage vom Senat angenommen. Der amerikanische Senat nahm in seiner Dienstag-Sitzung die vorerwähnte Neutralitätsvorlage nach Ablehnung verschiedener Zusatzanträge an. Die Vorlage geht nunmehr an das Weiße Haus weiter.

SA. überfiel NS.-Hago

Blutige Auseinandersetzung in Prinzlaff — Zwei Schwerverletzte

Am vergangenen Sonnabend hatte die NSDAP., Ortsgruppe Prinzlaff, zu einer Mitgliederversammlung in das dortige Gasthaus Rogge eingeladen. An sämtliche Mitglieder der Zweigorganisationen der NSDAP., wie beispielsweise der NS.-Hago, war ebenfalls die Aufforderung ergangen, an dieser Versammlung teilzunehmen, wobei ausdrücklich betont worden war, daß es sich um eine Pflichtversammlung handele. Der Kolonialwarenhändler Giesler und einer seiner Söhne, der von Beruf Klempner ist, sind ebenfalls Mitglied der NS.-Hago. Sie kamen der Einladung nach und nahmen an der „Pflichtversammlung“ teil. Als die Teilnehmer nach Schluß der Versammlung das Lokal verließen, erregte es Aufsehen, daß zu beiden Seiten der Straße ca. 30 SA.-Männer Aufstellung genommen hatten.

Kaum hatten die NS.-Hago-Mitglieder Giesler und sein Sohn die Reihen der SA. passiert, als, offenbar auf einen Befehl hin, die SA.-Leute mit Gummiknüppeln und anderen Hiebwaffen auf die beiden einschlugen.

Nur der Abwehr seines Sohnes kann es Giesler verdanken, daß er nicht totgeschlagen wurde. Giesler konnte nur mit Mühe und Not in seine Wohnung flüchten. Er ist furchtbar zugerichtet worden. Ein Beweis dafür, wie schwer die Verletzungen sind, zeigten die Blutspuren, die von der Chaussee nach seiner von dieser ca. 500 Meter entfernten Wohnung führten. Da der Kaufmann Giesler ungefähr 30 schwere Schläge über den Kopf erhalten hat und ihm mit einem Schlagring das rechte Auge zerschlagen worden ist, war ärztliche Behandlung erforderlich. Es gelang nicht, das Blut zu stillen. Die beiden Söhne des G. begaben sich darauf zu Dr. Wiebe-Schönbaum, der ebenfalls an der Versammlung im Gasthaus Rogge teilgenommen hatte.

Kaum hatten die Söhne das elterliche Grundstück verlassen, als sie von den vor dem Hause sich aufhaltenden SA.-Männern wieder angefallen wurden.

Beide haben sich selbstverständlich zur Wehr gesetzt. Auf ihre Hilferufe eilte ihnen ihr Onkel, der Maurer Folchert, zu Hilfe. Im Scheine der Blendlaterne wurden folgende SA.-Leute erkannt: August Bargholz, Prinzlaff; Weiß, Freienhuben; Matties, Letzkauerweide; Gullner, Prinzlaff.

Bei dem Handgemenge zwischen den Gebrüdern Giesler und ihrem Onkel Folchert auf der einen und den SA.-Leuten auf der anderen Seite wurde der Obertruppführer Höhn schwer verletzt. Höhn war der Anführer der SA.-Leute. Während der Tätlichkeiten rief er u. a.:

„Pistolen und Dolche raus!“

Gegen diese bewaffnete Uebermacht aufzukommen, erschien den drei Ueberfallenen aussichtslos, und so mußten sie, um sich in Sicherheit zu bringen, in die Wohnung des Folchert flüchten. Die gesamten SA.-Leute stürmten hinterher. Nur dem glücklichen Umstand, daß der dort stationierte Gendarm auf der Bildfläche erschien, ist es zu verdanken, daß die Gewalttätigkeiten nicht noch größere, ungeahnte Ausmaße angenommen haben. Der Kaufmann Giesler und seine beiden Söhne haben gegen den SA.-Sturm Prinzlaff Strafantrag gestellt.

Der Obertruppführer Höhn ist reichsdeutscher Staatsangehöriger und ungefähr 20 Jahre alt. Er ist der Sohn des dort ansässigen Gastwirts Höhn. Gegen den SA.-Führer laufen etliche Strafanträge wegen schwerer Körperverletzung. Er ist dieser Gewalttätigkeiten wegen kein Unbekannter in der Gegend von Prinzlaff.

Die Ursache zu diesen Gewalttätigkeiten soll in Differenzen bei den Notstandsarbeiten liegen, die ein Sohn des G. mit dem Leiter der Notstandsarbeiten hatte. Es sollen auch, wie verlautet, abfällige Aeußerungen über nationalsozialistische Organisationen gefallen sein. Jedoch scheinen diese Bemerkungen nicht zu einer strafrechtlichen Verfolgung ausgereicht zu haben, sonst wäre mit Sicherheit der Weg der Vergeltung über gerichtliche Instanzen beschritten worden.

Was der Vorposten daraus macht

Das sind die tatsächlichen Vorgänge, die sich am Sonnabend in Prinzlaff abgespielt haben. SA. hat NS.-Hago-Mitglieder, die sich unbeliebt gemacht hatten, überfallen. Wären nur die Ueberfallenen verletzt worden, und wäre — wie in Zipplau — alles programmäßig verlaufen, dann hätte der „Vorposten“ kaum von der Bluttat Notiz genommen. Da aber ein SA.-Führer dabei schlecht abschnitt, sieht sich der „Vorposten“ veranlaßt, über den Ueberfall zu berichten. Das geschieht dann in folgender „bewährter“ Form:

„Sieben Marxisten überfielen 2 SA.-Männer

Organisierter marxistischer Terrorakt in Prinzlaff

Nach dem blutigen Zwischenfall in Plehnendorf hat sich nun wieder ein neuer Ueberfall marxistischer Elemente auf SA.-Männer im Freistaat ereignet, durch den klar beleuchtet wird, daß eine Planmäßigkeit in dem Aufflackern des roten Terrors steckt. Am Sonnabend sind in einem Niederungsdorf zwei SA.-Männer von sieben Marxisten, die mit Messern und Knüppeln bewaffnet waren, hinterrücks überfallen worden, wobei der SA.-Truppführer Hellmuth Höhn schwer verletzt worden ist. Der Vorfall, der absolut klar daliegt und die Urheber einwandfrei erkennen läßt, hat sich folgendermaßen abgespielt: Im Lokal Rogge in Prinzlaff hatte eine Versammlung der NSDAP. stattgefunden. Auf der Chaussee, in einer Entfernung von 400 Metern vom Versammlungslokal, wurden zwei SA.-Männer, die den übrigen Versammlungsbesuchern weit vorausgegangen waren, von sieben bewaffneten Männern angefallen. Der Ueberfall ereignete sich an dem Hause des Marxisten Folchert, der ein Verwandter des SPD.-Abgeordneten Schmidt ist. Die Marxisten stürzten mit dem Ruf: „Da sind die Hunde, zieht die Pistolen“ auf die überraschten SA.-Männer, die sofort um Hilfe riefen. Andere SA.-Männer eilten herbei, um die Gegner zu vertreiben. Der genannte Folchert schlug mit einem eisenbeschlagenen Knüppel auf den Truppführer Höhn ein, der eine schwere Kopfverletzung davontrug und sich sofort in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Der herbeigerufene Gendarm, der ebenfalls in der Versammlung anwesend gewesen war, betrat das Haus des Folchert, um den Tatbestand festzustellen. In dem Hause hielten sich mehrere Wegelagerer versteckt. Aus den Umständen geht eindeutig hervor, daß es sich um einen überlegten und vorsätzlichen Ueberfall handelt. Von den Tätern sind mehrere mit Sicherheit erkannt worden. Gegen sie ist Strafantrag gestellt worden.

Die ganze Art der Darstellung zeigt schon die Unglaubwürdigkeit dieser Meldung. Auch der Einfältigste wird sich sagen, daß die Vorgänge sich so nicht abgespielt haben können. Die Dinge sind vom „Vorposten“ eben wieder einmal auf den Kopf gestellt worden, um nachzuweisen, daß an allem die Marxisten schuld seien.

Ein Blick hinter die Kulissen

Einnahmen und Ausgaben der Versorgungsverbände / Die Aufwandsentschädigungen

Bei unserer Aufklärungsarbeit über die Danziger Versorgungsverbände haben wir des öfteren das Thema „Gewinne der Versorgungsverbände“ berührt. Es wurde oft und entrüstet bestritten, daß überhaupt Gewinne gemacht werden; wenn aber Gewinne gemacht worden wären — so wurde behauptet — seien diese der Allgemeinheit in irgend einer Form zugeflossen.

So schön, wie diese Behauptungen klingen, so unzutreffend sind sie. Nehmen wir z. B. einmal die Eierabteilung der Vereinigung Danziger Versorgungsverbände, die früher der Milchzentrale angegliedert war, dann aber selbständig gemacht wurde.

Diese Eierabteilung hat in rund einjährigem Bestehen bis zum August 1935 die runde Summe von 41 000 Gulden an Gebühren erhoben.

Davon hat sie ungefähr den vierten Teil auf Ausgaben und Unkosten verwendet, so daß ihr — wohlgemerkt, allein bis zum August 1935 — ein Ueberschuß von **rund 31 000 Gulden** verblieben ist. Aber viel Freude hat sie daran nicht gehabt. Denn mit diesem Betrage liegt sie bei der Danziger Milchzentrale fest, deren finanzielle Lage ja ein öffentliches Geheimnis ist. Vorläufig um für diese „eingefrorene Forderung“ Ersatz zu schaffen, hat die Eierstelle kürzlich ihre Gebühren verdoppelt, worüber wir ja schon berichtet haben. Im nächsten Jahre wird die Eierbewirtschaftung dann wahrscheinlich **80 000 Gulden abgeworfen** haben, die in voller Höhe der Hauptvereinigung Danziger Versorgungsverbände zufließen werden, denn nach ihrer Ausgliederung aus der Milchzentrale ist die Eierstelle jetzt direkt der Vereinigung der Versorgungsverbände eingegliedert worden.

Diese Vereinigung der Versorgungsverbände ist überhaupt eine ganz nette Kosten verursachende Institution. Für welche großen Taten hat sie bis zum August eigentlich

einen Beitrag von 10 000 Gulden von dem Brot- und Mehlversorgungsverband erhalten?

Aber dieser Verband hat es ja auch dazu. Er hat nach einjährigem Bestehen die nette und runde Einnahme von **63 000 Gulden** zu verzeichnen gehabt. Nach Abzug aller Unkosten, darunter auch des Beitrages zur Vereinigung der Versorgungsverbände, ist ihm immerhin noch ein **Gewinn von 28 000 Gulden übrig geblieben**, der in den seither verflossenen Monaten bestimmt noch um ein ganzes Teil zugenommen hat. Wie wäre es, wenn der Brot- und Mehlversorgungsverband das Geld nicht sparen, sondern davon Brot unter Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger verteilen würde? Aber das wird wahrscheinlich die Raiffeisenbank nicht erlauben, die die gesamte Versorgungsverbandswirtschaft finanziert hat und deren Geschäftsgebarung durch ihre Revisoren überprüfen läßt.

Nicht so glücklich in seiner Geldgebarung und ein nicht so einträgliches Geschäft war bisher

der Kartoffelversorgungsverband.

Seine Aufgabe besteht kurz gesagt darin, bei der Einfuhr polnischer Kartoffeln eine Abgabe zu erheben und davon 25 Pfennig pro Zentner an die Bauern zu vergüten. Dieser Versorgungsverband hat bis zum August 1935 mit **5000 Gulden Verlust gearbeitet. Er hat zwar rund 146 0000 Gulden eingenommen** und davon an die Bauern nur rund 125 000 Gulden ausgezahlt, so daß ihm für die Bestreitung seiner Unkosten noch 21 000 Gulden übrig blieben. Aber wenn ca. 11 000 Gulden für Gehälter und Löhne, rund 4000 Gulden für Aufwands- und Revisionsentschädigungen, rund 1200 Gulden allein für Telephongebühren, rd. 4500 Gulden für „Verschiedenes“ draufgehen, dann kann der Verband selbstverständlich nicht auskommen. Außerdem ist er bei seiner Kreditgebung nicht sehr vorsichtig gewesen und hat dabei anscheinend mehr auf fromme Gesinnung als auf finanzielle Leistungsfähigkeit gesehen, wodurch er uneintreibbare Forderungen in Höhe von rund 3500 Gulden zu verzeichnen hat.

Infolge seiner mißlichen Lage

hat der Kartoffelversorgungsverband daher überall Darlehen aufnehmen müssen.

Er hat bei der Landwirtschaftlichen Großhandelsgesellschaft und dem Brot- und Mehlversorgungsverband Schulden gemacht. Am stärksten hat er aber den Vieh- und Fleischversorgungsverband und den Senat zur Ader gelassen, die beide je 20 000 Gulden hergeben mußten.

Um sich zu sanieren, ist der Kartoffelversorgungsverband auf die naheliegende Idee gekommen, deren Verwirklichung ihm als Monopolorganisation natürlich keine Schwierigkeiten macht: Er hat seine Gebühren einfach verdoppelt. Die vom Großhandel zu leistenden Abgaben je Zentner Kartoffeln, die früher eine Zeitlang auf 10, 20 und 30 Pfennig je nach Art der Kartoffeln festgesetzt waren, sind auf 20, 40 und 60 Pfennig je Zentner verdoppelt worden; da davon nur 25 Pfennig an die Bauern zur Auszahlung gelangen, behält der Kartoffelversorgungsverband davon eine ganz hübsche Verdienstspanne übrig.

Vielleicht gäbe es für den Kartoffelversorgungsverband aber noch ein etwas einfacheres Mittel zur Sanierung, wenn er nämlich seine Personalunkosten verringern würde. Dabei könnte er nämlich ganz erhebliche Einsparungen machen. Es erscheint nicht gerade notwendig, daß der beim Kartoffelversorgungsverband beschäftigte SS.-Mann Fieguth 500 Gulden, der Revisionsbeamte 350 Gulden und der als Buchhalter tätige SS.-Mann Ruth 320 Gulden Gehalt erhält. Mindestens einer dieser Posten könnte völlig eingespart werden.

Ueberhaupt die Frage der Gehälter und Aufwandsentschädigungen bei den Versorgungsverbänden ist ein Kapitel für sich.

Nehmen wir z. B. Herrn Wegner, den Leiter der Hauptvereinigung der Versorgungsverbände. Dieser erhält von der Hauptvereinigung eine Aufwandsentschädigung, die recht reichlich bemessen ist und in erster Reihe wohl zur Unterhaltung des in heutiger Zeit selbstverständlich notwendigen Autos dienen soll. Außerdem erhält er aber noch eine Aufwandsentschädigung von den einzelnen Versorgungsverbänden selber. Diese beträgt z. B. beim Futtermittelversorgungsverband, dem kleinsten und mit den geringsten Summen arbeitenden Versorgungsverband, 100 Gulden je Monat, beim Brot- und Mehl-, ebenso wie beim Kartoffelversorgungsverband je 200 Gulden monatlich, falls der Verteilungsschlüssel nicht inzwischen geändert sein sollte. Herr Wegener, hauptberuflich Besitzer eines Mühlengutes, hat also monatlich 500 Gulden nur als Aufwandsentschädigung, eine Summe immerhin, von der man auch nach der Abwertung recht anständig leben kann. Da der „Aufwand“, der Herrn Wegener durch die Leitung der Versorgungsverbände entsteht, nicht sehr erheblich sein dürfte, kann man sich leicht ausrechnen, was Herr Wegener davon erübrigt. Wieviel Arbeitslose könnten allein durch Einsparung der Aufwandsunterstützung bei Herrn Wegener eine Aufbesserung ihrer kargen Unterstützung erfahren?

Zum Schlusse wollen wir noch einen Punkt behandeln:

Die Devisengenehmigungen bei marktregulierten Waren.

Den Versorgungsverbänden war es wahrscheinlich ein Dorn im Auge, daß es eine Institution in Danzig gibt, die umsonst arbeitet, die Ueberwachungsstelle für den Zahlungsverkehr mit dem Auslande nämlich. Die Versorgungsverbände haben daher das, was ihnen auf ihrem Gebiete möglich war, getan, um auch Devisenanträge zu einer Gewinnquelle für sich zu machen. Sie scheuen sich also nicht davor, die Währungsschwierigkeiten des Staates auszunutzen. Alle Versorgungsverbände erheben Gebühren, wenn die Händler bei ihnen Devisenanträge für marktregulierte Waren stellen. Derartige Anträge gehen nämlich nicht direkt an die Ueberwachungsstelle. Diese Gebühren betragen 50 Pfg. pro 1000 Gulden beantragter Devisen. Da die Lebensmittelversorgung Danzigs ganz erhebliche Devisenbeträge notwendig macht, ist auch dieser geringe Satz eine ganz schöne Einnahmequelle. „Die Menge tut es“, oder in der Ausdrucksweise neudeutscher Wirtschaftspolitik: „Mengenkonjunktur“. Die Ueberwachungsstelle für den Zahlungsverkehr, die sich gegen diese Gebühren wandte, hat ziemlich scharfe Differenzen deswegen mit den Versorgungsverbänden gehabt, die aber doch ihre Gebührenbezüge behaupteten, indem sie sie als „Ausfertigungsgebühren“ bezeichneten. Nur der Vieh- und Fleischversorgungsverband erhebt derartige Gebühren bei Devisenanträgen nicht mehr. Er hat aber seine sonstigen Gebühren derart in die Höhe geschraubt und befindet sich dadurch anscheinend in einer so guten Lage, daß er es nicht so nötig hat.

Wir hoffen, daß diese Feststellungen mit dazu beitragen, der Oeffentlichkeit Klarheit über die Geschäftsgebarung der Versorgungsverbände zu geben.

Sozialdemokratie fordert Sonderbeihilfen

Eventualantrag der Stadtbürgerschaftsfraktion

Die sozialdemokratische Stadtbürgerschaftsfraktion hatte, wie wir bereits mitgeteilt haben, bei der Stadtbürgerschaft unter dem Datum des 12. Dezembers 1935 einen Antrag auf Gewährung von einmaligen Winterbeihilfen an Erwerbslose, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger usw. eingereicht. Bekanntlich gibt es in der Stadtbürgerschaft wie im Volkstag nach der neuen Geschäftsordnung für den Aeltestenausschuß die Möglichkeit, alle Vorlagen, Anträge usw. zurückzuweisen. Dieses Schicksal hat denn auch der vorher genannte sozialdemokratische Antrag gehabt. Seine Behandlung ist zurückgewiesen worden, weil die nationalsozialistische Mehrheit des Ausschusses auf dem Standpunkt steht, daß es sich dabei nicht um eine Angelegenheit der Stadt Danzig, sondern um eine Angelegenheit des Staates handele. Die sozialdemokratische Stadtbürgerschaftsfraktion hat daraufhin folgenden Eventualantrag bei der Stadtbürgerschaft eingereicht:

„Falls der von uns am 12. 12. 1935 gestellte Antrag auf Gewährung von Beihilfen an Erwerbslose, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger usw. von der Stadtbürgerschaft als zur Beratung ungeeignet abgelehnt werden sollte, stellen wir folgenden Eventualantrag.

„Wir beantragen, die Stadtbürgerschaft beschließt, den Senat zu ersuchen, folgenden Antrag durchzuführen:

„Sämtliche Wohlfahrtsempfänger und die ihnen gleichgestellten Personen erhalten infolge der durch die Guldenabwertung eingetretenen starken Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel eine Sonderwinterbeihilfe in Höhe von:

G. 25,— für den Haushaltungsvorstand oder Ledigen,
G. 15,— für die Ehefrau,
G. 10,— für jedes Kind.

Der Antrag zur Deckung für diese Ausgaben bleibt bestehen.“

Bestialischer Roheitsakt

Fuhrwerk überfallen / Der Schwerverletzte lag eine halbe Stunde auf der Landstraße

Gestern nachmittag gegen 3 Uhr spielte sich auf der Chaussee zwischen Schönbaum und Nickelswalde ein neuer schwerer Ueberfall ab. Das Fuhrwerk des Bäckers Golunski aus Schiewenhorst, der als deutschnationaler Volkstagskandidat in gewissen Kreisen nicht sehr beliebt ist, war unterwegs, um die Filiale Schönbaum des genannten Bäckers zu beliefern. Das Fuhrwerk wurde überfallen. Der Kutscher des Fuhrwerks, Fritz Matthies aus Schiewenhorst, wurde bis zur Bewußtlosigkeit von den Rohlingen mißhandelt, so daß er mit schweren Kopf- und Handverletzungen eine halbe Stunde lang auf der Chaussee liegen blieb.

Jagdbeute auf dem Bürgersteig. Die nationalsozialistische Presse verkündet, daß die Jagdbeute des Präsidenten Kreiser und Majors Bethke bei der Staatsjagd in Bialowiez vor einem Waffengeschäft auf dem Bürgersteig in der Brotbänkengasse ausgestellt werden wird.

Holzarbeiter kämpfen um ihren Arbeitsplatz

Der Begriff des ständigen Arbeiters

Kürzlich berichteten wir über eine Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht, die die Klage einiger Weichselholzarbeiter gegen die Firma „Danziger Holzkontor" zum Gegenstand hatte. Die Firma beschäftigte in früheren Jahren etwa 140 Arbeiter. Nach den Angaben des Direktors Richter der Firma „Danziger Holzkontor" fiel die Höchstkonjunktur des Betriebes in die Jahre 1928/29, d. h. in die Jahre der „roten Mißwirtschaft" und „verruchten Systemzeit", in der die „Marxisten und Landesverräter" mitbestimmend in der Regierung Danzigs saßen! Seit drei Jahren, d. h. nach dem „Umbruch und Aufstieg" ist der Betrieb — immer nach den Angaben des Direktors Richter — erschreckend zurückgegangen, so daß in diesem Jahre die Frage der Weiterexistenz des Betriebes akut geworden ist. Heute beschäftigt der Betrieb ganze 37 Mann.

Es ist nun in früheren Jahren bei der Firma immer so gehandhabt worden, daß

die saisonmäßig eingestellten Arbeitskräfte beim Nachlassen der Beschäftigungsmöglichkeit als erste wieder entlassen wurden.

Die seit Jahren dort fest beschäftigten Arbeiter bildeten einen alten Stamm und galten infolge ihrer jahrelangen Verbundenheit mit dem Betriebe als ständige Arbeiter. Die ständigen Arbeiter hatten Anspruch auf Urlaub und eine vierzehntägige Kündigungsfrist. Diese Regelung hatte sich zu einem Gewohnheitsrecht entwickelt. Im vorigen Jahre wich die Firma zum erstenmal von dieser Praxis ab, indem sie

bei Saisonschluß acht ihrer ständig beschäftigten Arbeiter entließ und dafür einige ganz kurze Zeit dort Beschäftigte behielt.

Die von der Entlassung Betroffenen führten das auf irgendwelche politischen Einflüsse zurück, die von außerhalb in den Betrieb hineingetragen wurden, und erhoben Klage beim Arbeitsgericht. Der Prozeß hat unter dem Titel „Zier und Genossen" schon einige Termine erlebt.

Das Arbeitsgericht gab den Klägern recht, indem es feststellte, daß sie unter den Begriff „Ständige Arbeiter" fielen und deshalb Anspruch auf eine vierzehntägige Kündigungsfrist hätten. Dies Urteil erging am 7. November 1935.

Daraufhin erließ am 8. November 1935 der Treuhänder der Arbeit eine Verordnung, in welcher von ihm der Begriff des „Ständigen Arbeiters" geregelt wurde. Darin wurden nun nicht mehr diejenigen als ständige Arbeiter angesehen, die sich durch jahrelange Betriebsverbundenheit dem Volksempfinden entsprechend dieses Gewohnheitsrecht erwarben, sondern diejenigen, die der Treuhänder der Arbeit als solche bestätigt. Zudem wurde diese Verordnung, deren Verfassungsmäßigkeit angezweifelt wird, mit rückwirkender Kraft erlassen. Der Betriebsführer stellt jetzt mit dem Vertrauensrat eine Liste der ständigen Arbeiter zusammen und übersendet sie zwecks Bestätigung dem Treuhänder der Arbeit.

Nach Erlaß dieser Verordnung legten beide Parteien Berufung beim Landesarbeitsgericht ein.

Die erste Verhandlung, am 3. d. M., führte zu keinem Ergebnis, und so wurde am Montag dieser Woche erneut verhandelt. Die Kläger behaupten, der nationalsozialistische Vertrauensrat habe zu ihren Ungunsten bei der Aufstellung der Liste auf den Betriebsführer einen Druck ausgeübt. Ihrer Meinung nach könnten Leute, die erst kurze Zeit im Betriebe sind, oder solche, die ihre dortige Tätigkeit drei bis fünf Jahre unterbrochen hatten, nicht zu den ständigen Arbeitern gezählt werden.

Rechtsanwalt Dr. Albrecht, der Vertreter der beklagten Firma, ritt mit Energie auf der Behauptung herum, die Firma habe in erster Linie Wert darauf gelegt,

Kriegsteilnehmer

im Betriebe zu behalten. Das sei doch wohl heute das wichtigste. — Wenn diese Meinung seit dem „Umbruch" immer Geltung gehabt hätte, dann wären viele Klagen vor den Arbeitsgerichten nicht geführt worden! Denn der weitaus größte Teil aller nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten aus ihren Arbeitsstellen Entlassenen war Kriegsteilnehmer. Rechtsanwalt Albrecht brauchte nur einmal auf den Stempelstellen die Kriegsteilnehmer zusammenzurufen. Er dürfte sich über ihre Zahl wundern. Im übrigen scheint sich Herr Dr. Albrecht nicht in das seelische Empfinden der um ihre Existenz gekommenen, vor dem Arbeitsgericht um ihr bißchen Brot kämpfenden Arbeiter hineinversetzen zu können. Denn der von ihm oft angewandte ironische Ton veranlaßte Rechtsanwalt Dr. Lewy, den Vertreter der klagenden Arbeiter, ihm diese unangebrachte Ironisierung der ganzen Angelegenheit vorzuhalten.

Die Verhandlung endete mit einem Teilvergleich. Beide Parteien ziehen ihre Berufung zurück. Die beklagte Firma verpflichtet sich vorläufig, bei etwaigem Bedarf an Arbeitskräften zunächst den Kläger S., einen Vater von fünf Kindern, einzustellen. Außerdem stellte sie eine Wiederbeschäftigung der übrigen Kläger bei Geschäftsausdehnung in Aussicht.

Weil man spazieren gehen wollte

Das Ende eines Familienstreites

Der erst achtzehnjährige Elektrikerlehrling L. sitzt seit dem 5. Dezember in Untersuchungshaft. Gestern wurde er zu einer Verhandlung dem Schöffengericht vorgeführt. Die Anklage legte ihm eine gefährliche Körperverletzung mittels Messers zur Last. Die Verhandlung fand schon einmal statt, doch mußte sie vertagt werden, da der Verletzte noch nicht vernehmungsfähig war. Die Ärzte konnten zu der damaligen Verhandlung noch nicht einmal sagen, ob der Kranke überhaupt wieder genesen würde. Inzwischen ist er so weit wiederhergestellt, daß die Verhandlung durchgeführt werden konnte. Doch leidet er immer den Folgen dieser Tat noch sehr. Der Vorfall hat sich in der Nacht vom 25. zum 26. November abgespielt.

Der achtzehnjährige Angeklagte hatte eine fünfzehnjährige Braut, bei der er im Hause verkehrte. Hier wurde er auch mit seinem zukünftigen Schwager, dem Bräutigam der Schwester seiner Braut, bekannt. Am 25. November wollte der Angeklagte mit seiner Braut spazierengehen. Die Mutter wollte das Mädchen aber zu einer Handarbeit anhalten; als diese zögig wurde, setzte es Vorwürfen. Aus Protest wollte nun jetzt erst recht spazierengehen. Daraufhin wurde L. von der Schwester beschimpft. In seiner Wut ergriff er einen Teller und warf ihn. Der Teller verfehlte aber sein Ziel und zertrümmerte. Jetzt mischte sich der gleichfalls anwesende Bräutigam der angegriffenen Schwester ein. Da griff die Mutter ein, und der Streit war vorläufig beendet.

L. ging dann doch mit seiner Braut spazieren. Wieder geriet er heftig mit seinem zukünftigen Schwager zusammen, wobei es zu dem verhängnisvollen Messerstich kam.

Die Tat sollte auf Veranlassung aller Beteiligten geheimgehalten werden; doch war das Geheimnis so schwer, daß L. selbst eines Tages seine Tat der Polizei mitteilte.

Der Staatsanwalt beantragte ein Jahr Gefängnis. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft von zwei Monaten.

Betrunkener am Autosteuer

1 Jahr Gefängnis wegen fahrlässiger Tötung

Das Schöffengericht unter dem Vorsitz des Amtsgerichtsrat Draeger verhandelte gestern gegen den 33jährigen Friedrich Zimmermann, den Inhaber der Bau- und Nutzholzfirma Mierau & Zimmermann in Rückfort.

Am 8. Dezember befand sich der Angeklagte auf einer Geschäftsreise nach Stregen. Auf der Rückfahrt machte er in Bohnsack Station und hat sich dort etwa 5 Stunden aufgehalten. Während dieser Zeit hat er erhebliche Mengen Alkohol zu sich genommen. Auf der Chaussee zwischen Plehnendorf und Danzig machte man erneut im „Blauen Stern" Rast, wo gleichfalls Alkohol konsumiert wurde. Ein Versuch, im Gasthaus „Zur Sonne", in Bürgerwiesen, nochmals abzusteigen, scheiterte, weil der Wirt sein Lokal schon geschlossen hatte. Auf der Weiterfahrt nach Danzig ereignete sich dann auf der Höhe des Grundstücks Sandweg 17 ein tödlicher Unglücksfall. Der 55jährige Invalide Pahlke wurde von dem Auto angefahren. Die Verletzung war so schwer, daß der Invalide in das Marienkrankenhaus eingeliefert werden mußte, wo er an den Folgen des Unglücksfalles verstarb. Die Anklage lautete daher auf fahrlässige Tötung.

Der Angeklagte bestritt in der Verhandlung die ihm zur Last gelegten Verfehlungen. Er wurde aber durch die Beweisaufnahme überführt. Es wurde unter Beweis gestellt, daß der Angeklagte in betrunkenem Zustande das Auto führte.

Noch bevor der Verletzte geborgen war, fuhr Zimmermann nach Danzig weiter.

Auf dem Langen Markt hat er dann geparkt. Als er seinen Motor wieder anwerfen wollte, blieben seine Bemühungen erfolglos, da er infolge seiner Trunkenheit auf den Kühler zu fallen drohte. Ein Menschenauflauf machte einen Schutzpolizisten auf das Benehmen dieses betrunkenen Autofahrers aufmerksam. Der Schutzpolizist nahm dem Angeklagten den Führerschein ab und ließ den Wagen abschleppen. Als der Schupobeamte diesen Vorfall dem Offizier vom Dienst meldete, stellte es sich heraus, daß es sich um denselben Wagen handelte, der am Sonntag den Unglücksfall verursacht hatte. Daraufhin wurde Zimmerman aus seiner Wohnung, Rückfort Nr. 2, mitten in der Nacht, verhaftet und ins Polizeigefängnis eingeliefert. Am anderen Morgen um 9 Uhr stand er noch dermaßen unter Alkohol, daß seine Vernehmung ergebnislos verlief. Sie mußte um 4 Stunden verschoben werden.

Staatsanwaltschaftsrat Dr. Paasch beantragte gegen den Angeklagten ein Jahr Gefängnis und 30,— Gulden Geldstrafe. Dr. Sallach als Verteidiger hielt die Strafe für viel zu hoch, da sein Mandant bisher unbestraft sei.

Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung zu einem Jahr Gefängnis. Der Angeklagte ist ursprünglich in Untersuchungshaft gesetzt worden, wurde aber nach Gestellung einer Kaution von 500 Gulden auf freien Fuß gesetzt. Nach Erlaß dieses Urteils wurde erneut Haftbefehl beantragt. Das Schöffengericht sah jedoch hiervon ab, da der Angeklagte in Danzig zwei Holzläger besitzt und ihn auch seine Familie von einer eventuellen Flucht abhalten würde. Das Urteil wurde noch nicht rechtskräftig.

Neue Roggenpreise

Der Brot- und Mehlversorgungsverband hat mit Wirkung vom 15. Februar folgende Verkaufspreise für Roggen bei Abgabe an die Mühlen festgesetzt:

I. Für 1 Zentner Roggen, gesackt, frei Fuhre vor dem Speicher der Verteilungsstelle bzw. frei Waggon Hopfengasse:

a) für Mühlen in Danzig Stadt 8,15 Gulden,

b) für Mühlen in Danzig-Langfuhr und Brentau 8,05 Gulden.

c) für Mühlen in allen anderen Orten 8 Gulden.

II. Für 1 Zentner Roggen frei Waggon Danziger Vollbahnstationen 8,15 Gulden.

III. Für 1 Zentner Roggen frei Fuhre von der Mühle angeliefert durch Danziger Erzeuger 8,20 Gulden.

Wieder Unfall beim Tauschiffmachen

Der Tauschiffmachen auf der Schichauwerft scheint vom Unheil verfolgt zu sein. Wieder hat sich dabei ein neuer Unfall zugetragen. Dem Schiffszimmermann Georg Barendt aus Heubude fiel aus einer Höhe von 8 bis 9 Metern ein schwerer Vorschlaghammer auf den Kopf. B. mußte mit schweren Schädelverletzungen ins Krankenhaus geschafft werden.

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen

Eingang. Am 13. Februar: Schwed. D. „Rodin" (862) von Gävle mit Gütern für Bergenske, Weichselbahnhof; schwed. D. „Alice" (691) von Karlskr. leer, Bergenske, Kaiserhafen; finn. D. „Pirkko S" (2651) von Kuopio Aines mit Gütern für Bergenske, Weichselbahnhof.

Ausgang. Am 13. Februar: Lett. D. „Talsinskis" (250) nach Grimsby mit Getreide für Behnke und Sievers, Schiffsmakler; holl. D. „Rotterdamm" (1631) nach Amsterdam mit Holz und Gütern für Reichelt, Bodter Weichselmünde; dän. MS. „Brika" (40) nach Kopenhagen mit Getreide für Rickert u. Kilcrauch, Bleichfeld; poln. D. „Dniester" (896) nach Hull mit Gütern für Rickert u. Kilcrauch, alter Weichselhafenkopf; lit. D. „Meteor" (641) nach Dieppe mit Kohlen für Behnke u. Sievers, Bodter Weichselmünde; norw. D. „Jacheren" (496) nach Stavanger mit Gütern für Bergenske, Kaiserhafen; lit. D. „Gotland" (1361) nach Tyne Dock mit Holz für Rickert u. Kilcrauch, Altschottland; poln. D. „Bydgoszcz" (1182) nach Grodno mit Gütern, UPE., Heisterkamp.

Der Schiffsverkehr in Gdingener Hafen

Vom 12. Februar bis 13. Februar

Eingang: Schwed. D. „Sofiter" (173) von Riga mit 85 To. Stückgut, Jebsen, Polnische; norw. M.S. „Tekla" (2780) von Sunderland mit 2500 To. Brennstoffe, Bergenske; schwed. D. „Erik" (832) von Kalmar, Polnische; poln. D. „Dniester" (896) von Hull mit 123 To. Stückgut, Polnische; poln. D. „Kiskun" (738) von Helsingfors mit 81 To. Stückgut, Jebsen, Polnische; lit. D. „K. Mark" (643) von Danzig, Sengstock; engl. D. „City of Wellington" (3612) von Middlesbrough, Rose; engl. D. „Rosbonna" (1599) von Sunderland mit Roggenkleie und Gütern, F. J. L.; dän. D. „Chef Mercier" (1148) von Kopenhagen, Behnke u. Sievers; lit. D. „Mühlhausen" von Lübeck, Rose.

Ausgang: Schwed. D. „Dagny" (651) nach Wind mit 1850 To. Kohlen, Rose; poln. D. „Kasper I" (1130) nach Göteborg mit 2935 To. Kohlen, Polnische; norw. M.S. „Tekla" (2780) nach Stockholm, Bergenske; lit. D. „Kurzeme" (699) nach Sebba mit 811 To. Kohlen, Behnke; schwed. D. „Edna" (760) nach Hälsingborg mit 1955 To. Kohlen, Bergenske; poln. D. „Dniester" (896) nach Danzig, Polnische; lit. D. „K. Mark" (643) nach Aro mit 80 To. Güter, Sengstock; norw. D. „Gerlof" (695) nach Danzig mit 94 To. Stückgut, Bergenske; dän. D. „Rolf" (1055) nach Grenaa mit 2000 To. Kohlen, Polnische; dän. M.S. „Erhvervet" (1139) nach Dunkerque mit 2185 To. Kohlen, R. S. S.

Möbelhaus Deutschland. Das bekannte, seit 1901 bestehende Möbelhaus Deutschland, Breitgasse 80 und 3. Damm Nr 13, bringt das große, gediegene Lager in modernen Möbeln, wie Schlafzimmer, Speise- und Herrenzimmer, Polstermöbel, Couches, Bettstellen, in Erinnerung. Vor allem wird auf das reichhaltige, zirka 40 Muster umfassende Küchenlager aufmerksam gemacht. Der jetzige Inhaber, Walter Deutschland, ist stets bemüht, seine Kundschaft, wie es seit langem Tradition in der Firma ist, reell und gut zu bedienen.

Aus dem Osten

Heufahrt mit Hindernissen auf dem Kurischen Haff

Da der Futtermangel der Besitzer, die ihr Heu nur im Winter bei gutem Eis abfahren können, immer größer wird, und es am 7. 2. einige Grade gefroren hatte, versuchten mehrere Windenburger Besitzer am Sonnabend der letzten Woche ihr Heu aus den zwischen Pokallna und Knowertshof liegenden Wiesen mit Schlitten zu holen. Nachdem wieder Tauwetter eingesetzt hate, erreichten am Sonnabend mittag die Heuschlitten auf der Windenburger Seite nur mit größter Mühe das Land. Trotzdem versuchten die Besitzer Sedelies und Beeck ein zweites Mal noch eine Fuhre Heu von den Wiesen zu holen. Die Leute des Besitzers Sedelies kehrten, nachdem sie eingebrochen waren, unverrichteter Sache zurück, während Beeck mit seinen Leuten glücklich die Wiesen erreichte. Mit Rücksicht auf das schwache Eis luden sie nur wenig Heu und traten die Rückfahrt an, die bis auf 200 Meter vor dem Land glücklich vonstatten ging. Da brach ein Pferd plötzlich ein. Im nächsten Augenblick war auch der Kutscher verschwunden, der in das vom Pferd aufgebrochene Loch gefallen war. Sofort sprang der junge Beeck hinzu, um dem Kutscher aufs Eis zu helfen, brach aber selbst ein und geriet unter das Pferd. Er erreichte jedoch mit den Füßen den Grund und schob den Kutscher auf das Eis. Der Kutscher wurde von den beiden Töchtern des Beeck in Empfang genommen. Jedoch brachen nun alle drei in das schwache Eis ein. Die dritte Schwester hatte inzwischen vom Land eine Stange geholt, an der sich die im Wasser Befindlichen festhalten konnten. Darauf wurde mit vieler Mühe eine Rinne bis ans Land in das Eis gebrochen, worauf alle glücklich das feste Ufer erreichten.

Nach einem Kleiderwechsel und einer kurzen Aufwärmung wurde versucht, die Schlitten nach Hause zu bringen. Diese waren inzwischen ebenfalls eingebrochen und mußten erst abgeladen werden, wobei die Leute wieder des öfteren einbrachen. Nach vierstündiger Arbeit wurden die Schlitten geborgen und gerade zur rechten Zeit, denn der nachts einsetzende Sturm trieb das letzte Eis von der Windenburger Seite ab, und stapelte es im Haff zu gewaltigen Bergen auf. Trotz mehrstündiger Arbeiet, bei der die Leute oft bis zum Hals im Wasser standen, haben sie keine gesundheitlichen Schäden davongetragen.

Die Liebe brachte es an den Tag

Wilhelm war dereinst aus Berlin-Pankow vom Jugendamt nach Ostpreußen geschickt worden. Er fing im Kreise Lyck als Hütejunge an, aber mit der Zeit wurde es ihm etwas „langweilig" auf der Weide. Wilhelm vertauschte den Hirtenstab mit dem Wanderstock und zog kreuz und quer durch Ostpreußen. Nirgends hielt er es lange aus. Eines Tages kam er auf den Gedanken, seinem wohlhabenden Onkel in Berlin zu schreiben und ihn um einen Anzug zu bitten. Der Onkel ging mit dem Brief zum Vater. Dieser wurde wegen solcher Familienschande böse und schrieb seinem Sohne einen groben Brief nach Ostpreußen. Darüber ärgerte sich Wilhelm so sehr, daß er immerfort darauf sann, den Namen dieses groben Vaters abzulegen.

Auf seiner Wanderschaft kam er nämlich 1927 nach Tilsit in die Herberge, und dort stahl er einem anderen Wanderburschen, namens Otto, die Ausweispapiere. Wilhelm reiste nun als Otto. In Ortelsburg erwischte ihn die Polizei bei einem kleinen Diebstahl. Er wurde nach den falschen Papieren als Otto zu drei Wochen Gefängnis verurteilt, trug sich auch bei Antritt der Strafe unter dem falschen Namen in das Gefängnisbuch ein. Er würde wohl sein ganzes Leben als Oto gewandert sein, wenn ihn nicht im vorigen Herbst die Liebe gepackt häte. Er dachte ernstlich daran, ein seßhafter Mensch zu werden und nahm eine Stellung an. Aber es blieb der falsche Name. Da trat die Frage an ihn heran, wie es mit der Heirat werden sollte. Ein wirklicher Hochstapler hätte sich die fehlenden Papiere auf den Namen des Otto mit Leichtigkeit vom Standesamt schicken lassen.

Wilhelm aber gab sich einen Ruck, ging am 8. Dezember 1935 auf die Polizei und eröffnete dem erstaunten Beamten: Ich heiße Otto, bin aber eigentlich Wilhelm! Und dann erzählte er treuherzig seine Verfehlung. So kam Wilhelm — diesmal unter seinem richtigen Namen — auf die Anklagebank. Der Richter sagte bei der Verhandlung: „Wie konnten Sie es fertigbekommen, elf Jahre lang Ihren Eltern keine Nachricht zu geben? Ihr Vater hatte jede Spur von Ihnen verloren. Aber nun wird ja alles gut werden! Ihr Vater hat an mich einen Brief geschrieben." Der Staatsanwalt eröffnete dem Angeklagten daß Strafe sein müsse. Er habe unter falschem Namen Anmeldescheine unterschrieben und auch sonstige Formulare, und das sei vor dem Gesetz Urkundenfälschung. Dafür wären drei Monate Gefängnis nicht zu viel. Das Urteil entsprach dem Antrage.

Die hohen Gdinger Mieten

Das Regierungs-Kommissariat in Gdingen hat unter anderem auch statistisches Material über die Wohnungspreise in Gdingen gesammelt. Danach betragen die Durchschnittspreise für Wohnungen im Zentrum Gdingens (in Klammern die Preise für ganz modern eingerichtete Wohnungen: 1-Zimmer-Wohnung 42,— (100,—) Zloty, 2-Zimmer-Wohnung 81,— (160,—) Zloty, 3-Zimmer-Wohnung 150,— (280,—) Zloty, 4-Zimmer-Wohnung 220,— (350,—) Zloty, 5-Zimmer-Wohnung 300,— (420,—) Zloty, 6-Zimmer-Wohnung 367,— (470,—) Zloty. Es ist daher kein Wunder, daß viele in Gdingen beschäftigte Personen ihren Wohnsitz lieber in Zoppot oder Danzig nehmen, wo infolge des Fortzuges der Pensionäre, Beamten usw. Wohnungen, besonders größere Wohnungen, sogar unter verhältnismäßig niedrigen Friedensmieten angeboten werden, nur um sie nicht leer stehen zu lassen.

Breitlingsfischerei aufgegeben

Die Breitlingsfischerei bei Lahlberg ist wegen Unergiebigkeit vorerst aufgegeben worden. Nach mehreren Sturmtagen konnten die Fischer jetzt wieder an ihre Netze gelangen, doch fanden sie so gut wie keinen Fang vor. Statt dessen hatte die tobende See viele Netze forgerissen und andere beschädigt. Das Aufsuchen neuer Fangplätze ist wegen der Sturmgefahr nicht möglich. Für die Küstenfischer ist das Ausbleiben der Fänge ein schwerer Schlag, die Räuchereien sind zum größten Teil stillgelegt.

Schußwaffe in Kinderhand

Der 15 Jahre alte Mateg aus Jadden bei Allenstein wollte abends die Hunde erschrecken und steckte sich zu diesem Zweck einen Tesching in die Taste. Plötzlich löste sich aus der ungesicherten, aber geladenen Waffe ein Schuß, der dem Jungen in den rechten Oberschenkel drang.

Entwurf eines neuen polnischen Paßgesetzes. Auf einer der nächsten Sitzungen des polnischen Ministerrates wird der Entwurf eines neuen Paßgesetzes verabschiedet werden. Das Gesetz sieht Vereinfachungen bei der Ausgabe von Pässen und eine Reihe von Erleichterungen bei der Erlangung eines Passes vor.

Das ferne Geplänkel

Mächtespiel im Fernen Osten

Von Woche zu Woche wächst die Zahl der bewaffneten Zusammenstöße an der Grenze zwischen Mandschukuo und der Sowjetunion. Die Verletzungen der Sowjet- bzw. der außenmongolischen Grenze in den letzten Januar- und Februartagen dieses Jahres deuten auf die Existenz eines bestimmten Planes hin, der sich gegen die Aeußere Mongolei richtet und von japano-mandschurischen Truppen durchgeführt wird. Die Zusammenstöße zwischen den Soldaten der sog. Kwantung-Armee, die vom japanischen General Mimani befehligt werden, und dem Sowjetgrenzschutz gaben dem Stab der Sowjetfernostarmee (Kommandant Marschall Blücher) Veranlassung, vor allem den Schutz der Sowjetinteressen zu verstärken, dann aber auch durch Vermittlung der kompetenten Behörden und der Presse auf die Gefahren hinzuweisen, die sich aus ähnlichen Geplänkeln ergeben könnten. Die Vorfälle sind dadurch charakteristisch, daß es sich in allen Fällen um die Verletzung fremder Grenzen handelt, daß die Grenzverletzung durch reguläre Truppen der Kwantung-Armee bzw. (an der mandschurisch-mongolischen Grenze) durch gemischte japanisch-mandschurische Truppenteile begangen werden und daß die Störer des Grenzfriedens auf einen harten Widerstand der Sowjettruppen gestoßen sind. — Das Geplänkel in Fernost, das die Flanken des Sowjetreichs berührt, bildet eine regelrechte Fortsetzung des Vordringens japanischer Truppenteile ins Innere Asiens.

Aktuelles

Die aktuelle Ursache des fernen Geplänkels bildet wohl eine hochpolitische internationale Angelegenheit. Es soll vermutlich allen, die daran ein Interesse haben und die es glauben wollen, bewiesen werden, daß es sich nicht allzusehr lohnt, mit einem so bedrohten Staate, wie es die Sowjetunion ist, Verträge abzuschließen: Es sollen die Schüsse in der Mongolei vor allem in Paris gehört werden, in den Tagen der Debatte über die Ratifizierung des französisch-russischen Beistandsvertrages. Außerdem steht Japan vor den Wahlen. Die Militär-Partei hofft, daß infolge des Kleinkriegs an der mongolischen Demarkationslinie ein Sieg bei den Wählern errungen und ein hohes Militärbudget im künftigen Parlament durchgesetzt werden könnte.

Die drei Mongoleien

Seit der Eingliederung Jehols in den Staat Mandschukuo gibt es drei Mongoleien, von denen jede unter anderem Einfluß steht. Die von 2 Millionen bewohnte japano-mandschurische Mongolei, die unter chinesischer Oberhoheit stehende Innere Mongolei mit 1 Million und die unter Sowjeteinfluß befindliche Aeußere Mongolei mit ebenfalls 1 Million Einwohnern. Die 1 525 000 Quadratkilometer umfassende Außenmongolei mit ihren ungehobenen Bodenschätzen, Braunkohle, Salz, Soda, Graphit, Gold, Eisen-, Kupfer-, Blei- und Silbererzen, Quecksilber, Schwefel, Antimon, Asbest usw., mit ihren immensen Viehzuchtmöglichkeiten, der verhältnismäßig schütteren Bevölkerung und den (mit Ausnahme des Peipin-Kalgan-Urga-Kjachta-Traktes) fast ausschließlich gegen Norden gerichteten Verkehrswegen besitzt eine geographische Lage, die den tatsächlichen Wert des Landes sowohl für die Sowjetunion als auch für Japan unendlich erhöht. Mit der Besetzung der Aeußeren Mongolei wäre Japan im Herzen Asiens, zwei Tagmärsche von der Transbaikalbahn entfernt, und könnte somit die Sowjetunion im Rücken bedrohen. Gleichzeitig wären jedoch die Wege Japans im Süden nach dem Tibet geöffnet, und im Westen würde Japan an das Altaj-Gebirge grenzen, hinter dem die Sowjetunion die strategische und wirtschaftliche turkestano-sibirische Eisenbahn (Turksib) errichtet hat.

Das dynamische Japan

Die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts bedeuten für Japan — nicht unähnlich der Entwicklung in Deutschland — eine vorsätzliche Wendung zu einem „altjapanischen" Nationalismus, der sich, nicht ohne Einflüsse der einschlägigen deutschen Hakenkreuzliteratur, gegen den konstitutionellen Parlamentarismus wendet (die Aechtung des demokratischen Staatswissenschaftlers Minobé), die Innen- und Außenpolitik unter den Druck des Militarismus stellt, den Samuraismus wiedererweckt und ihn mit einem messianistischen Inhalt erfüllt („Asien den Asiaten", „Schutz der Nichtweißen"). Dieser Nationalismus besinnt sich der japanischen Arteigenheiten ganz im Sinne der Rassenmystik und baut ein ganzes System der geistigen und politischen Reaktion aus, die sich von den auch in Japan teilweise erfolgreichen Ideen der französischen Revolution abwendet und nach den Wurzeln der japanischen Kraft im Urjapanertum sucht. Die Kriegsmaschinerie soll diesem altneuen Japan neue Lebensräume, die auf einem Minimalstandard der Arbeiterschaft fußende Großindustrie der japanischen Produktion neue Wirtschaftsräume gewinnen.

Freunde und Gegner

Die kleinen Freunde Japans sind heute vor allem die zersplitterten russischen Emigrantenoffiziere, die in die Mandschukuo-Armee eingereiht werden; die russischen „weißen" Organisationen entlang der Nordmandschurischen Ostbahn. Der weit entfernte große Freund ist jedoch das nationalsozialistische Deutschland, dessen Beziehungen zu Japan sich recht herzlich gestaltet haben. Es gab Augenblicke, da sich auch ein anderer dynamischer Staat auf Japan besann. Polens Publizisten erinnerten vor nicht allzuferner Zeit an die japanische Mission im Fernen Osten.

In seiner neuentfachten Dynamik mußte Japan naturgemäß auf die Vereinigten Staaten stoßen. Es stieß jedoch auch auf England.

Wenn Japan China bewegen könnte, den japanischen Militärs freie Hand zur Schaffung eines place d'armes gegen die Aeußere Mongolei zu lassen, so würde Japan die Möglichkeit erhalten, mit gedecktem Rücken einen Krieg mit der Sowjetunion zu führen. Dies könnte — im günstigsten Fall für Japan — zur Ausschaltung eines starken Gegners im Fernost und zur Beseitigung des einzigen Gegengewichts gegen Japans Asien- und Pazifikpläne führen, — würde jedoch England einem künftigen Duell mit Japan ausliefern.

Der Friede ist unteilbar

Nie war diese These so richtig wie gerade in den Tagen, da sich in Paris die Debatte über die Ratifizierung des französisch-russischen Beistandspaktes abwickelt und zugleich an einer fernen Stelle in der Halbwüste der Mongolei Schüsse ertönten, die gegen die Grenzen der Sowjetunion gerichtet waren. Denn diese Schüsse werden in dieser oder jener Weise gegen oder für die angeblichen Interessen aller Großmächte der Welt und der mit ihnen zusammengehenden Staaten abgefeuert. Vielleicht nur als Episode, als gefährliches Raketengeknatter zu Ehren einer diplomatischen Handlung, vielleicht aber als Signale eines schicksalsschweren Zukunft.

Auf der Suche nach Auswegen

Die deutschen Finanzkalamitäten — Neue Steuerprojekte

Der „Manchester Guardian", die große englische Zeitung, die besonders in Wirtschaftsfragen recht gut informiert zu sein pflegt, bringt folgenden Bericht ihres Berliner Korrespondenten über die Versuche der verantwortlichen deutschen Stellen, einen Ausweg aus den sich häufenden Finanzschwierigkeiten zu finden.

„Das Etat-Defizit und die außerordentlich angeschwollenen Ausgaben und die daraus sich ergebende ängstliche Suche nach neuen Steuerquellen bereiten dem deutschen Finanzministerium schwere Sorge. Wie bereits berichtet, ist die Frage neuer Steuern in der letzten Zeit im Finanz- und Wirtschaftsministerium erörtert worden. Dabei sind viele Vorschläge zur Erhöhung der Einkünfte besprochen worden, ohne daß endgültige Beschlüsse gefaßt wurden. Der wichtigste Vorschlag, der auch die größte Aussicht besitzt, verwirklicht zu werden, sieht eine Abgabe in Höhe von 2 Prozent auf alles Geldvermögen und allen Besitz über 20 000 Mark vor. Das würde eine Art von zusätzlicher Einkommensteuer darstellen, da die große Masse der Betroffenen wahrscheinlich weder ihren Besitz verkaufen noch sich Geld leihen werden, um diese Abgabe zu leisten. Eine solche Steuer könnte von den Finanzbehörden leicht erhoben werden.

Ein weiterer Vorschlag besteht darin, die Gewinne aus der Konjunktur-Ankurbelung zu besteuern, was mit anderen Worten auf eine Besteuerung der Aufrüstungsgewinne hinauslaufen würde. Die Eintreibung dieser Steuer würde aber größere Verwaltungsschwierigkeiten bereiten als die oben genannte Vermögensabgabe. Die Industriegewinne sind durch das Kapital-Stockgesetz beschränkt worden, um einen gewissen Teil davon zwangsweise in staatlichen Anleihen anzulegen. Die Anleihen steigern aber die Passiva der Firmen.

Man spricht weiter davon, daß ein Teil der Gelder der Arbeitsfront als Staatskredite Verwendung finden soll. Die Arbeitsfront ist eine sehr umfangreiche Organisation. In Deutschland sind etwa 17 Millionen Arbeiter und Angestellte vorhanden und fast alle von ihnen zahlen Beiträge an die Arbeitsfront, die außerdem noch über das Vermögen der früheren Gewerkschaften verfügt. Es ist möglich, daß eine Anleihe bei der Arbeitsfront vielleicht noch eher zustande kommt als eine Besteuerung des Kapitals. Auch die Möglichkeit einer Erhöhung der Tabak- und Biersteuern ist erörtert worden. Die Notwendigkeit, neue Einnahmequellen zu finden, ist infolge der Schwierigkeit bei der Aufnahme von Anleihen besonders dringend geworden. Von der einzigen großen öffentlichen Anleihe dieses Jahres, der Reichsbahnanleihe im Januar, sind nur 70 Prozent vom Publikum aufgenommen worden. Im vorigen Jahre sind bei den Banken und Versicherungsgesellschaften große Anleihen gemacht worden, und es ist nicht leicht, noch einmal an sie heranzutreten. Ferner hat auch die Industrie einen Betrag von 83 Millionen Pfund im letzten Jahre aufzubringen gehabt.

Die sehr ins Einzelne gehenden Informationen bestätigen durchaus dasjenige, was schon früher durch die ausländische Presse ging. Ob aber das Anziehen der Steuerschraube allein bezw. die große Anleihe bei der Arbeitsfront, auf deren Mittel dadurch nach dem Beispiel der Sparkassen und Versicherungen für die Zwecke des Staates zurückgegriffen wird, genügen wird, um die durch die Aufrüstung entstandene große Inanspruchnahme des Staatshaushaltes auszugleichen, muß bezweifelt werden. Dazu wäre das richtige Mittel wohl mehr ein völliger Kurswechsel der gesamten deutschen Wirtschaftspolitik. Da das aber nach der nationalsozialistischen Ideologie ausgeschlossen erscheint, ist damit zu rechnen, daß die deutschen Finanzschwierigkeiten, trotz aller Abhilfeversuche weiter bestehen bleiben werden.

Die Landflucht

Die dagegen angewandten Maßnahmen erfolglos

Auf der kürzlichen Tagung des Reichsbauernbundes in Goslar wurde eingehend auch über die Frage der landwirtschaftlichen Arbeiter gesprochen, die sich immer schwieriger gestaltet. Schon im vergangenen Jahre setzte eine allgemeine Landflucht in die Städte ein, der nicht einmal durch besondere Maßnahmen Einhalt geboten werden konnte. Während man zu Anfang daran dachte, die landwirtschaftlichen Hilfskräfte durch besondere Verordnungen auf dem Lande festzuhalten, entschloß man sich in Goslar, eine zwangsweise Rückführung der landwirtschaftlichen Arbeiter auf das flache Land als zwecklos abzulehnen. Es zeigte sich, daß dieses Problem nur durch Siedlungsbauten für die Arbeiter gelöst werden kann. Aber für solche Bauten ist kein Geld vorhanden. Durch die Entsendung von Arbeitslosen und Absolventen von Schulen aufs Land (Landjahr, Arbeitsdienst u. dgl.) wurden die landwirtschaftliche Löhne so gedrückt, daß ständige landwirtschaftliche Arbeiter auf dem Lande kaum noch ihr Auskommen haben. Die Goslarer Tagung fand aber kein besseres Mittel zur Beseitigung dieser Schwierigkeiten, als die — weitere Entsendung von jungen Arbeitskräften auf das Land.

Seuche der Widernatürlichkeit

Klage einer deutschen Zeitung

„Eine unfaßliche Schweinerei wurde dieser Tage von der Polizei aufgedeckt, mit dem Ergebnis, daß vier Männer von 20 bis 66 Jahren unter dem Verdacht von Sittlichkeitsverbrechen ins Landgerichtsgefängnis eingeliefert wurden. Bekanntlich ist erst einige Tage vorher ebenfalls ein junger Regensburger verhaftet worden, weil er — obwohl verheiratet und Vater von vier Kindern — sich in unsittlichem Umgang verfehlte. Die offensichtliche Zunahme von Sittlichkeitsvergehen und -verbrechen im Landgerichtsbezirk Regensburg stellt ein ernstes Warnungszeichen dar. Und dabei kann man sich nicht einmal vorstellen, durch was diese Zunahme veranlaßt ist. Es scheint geradezu eine Seuche der Widernatürlichkeit ausgebrochen zu sein."

Das „Regensburger Echo" kann sich also nicht vorstellen, wodurch diese „Seuche der Widernatürlichkeit" ausgebrochen ist.

Entlassungen und Betriebseinstellungen

Eine Feststellung des Treuhänders der Arbeit

Der Treuhänder der Arbeit im Wirtschaftsgebiet der Nordmark trifft die Feststellung, daß immer wieder Entlassungen größeren Umfanges sowie Betriebseinstellungen vorgenommen würden, ohne daß dem Treuhänder der Arbeit die gesetzlich vorgeschriebene Anzeige erstattet werde.

Der Treuhänder weist eindringlich auf die Beachtung der Vorschriften hin und stellt fest, daß die Unterlassung der geforderten Anzeige die privatrechtliche Unwirksamkeit der Entlassungen zur Folge habe.

Oeffentlichkeit und Gemeindepolitik

Die Gefahren des Regierens vom „Grünen Tisch"

Unter einem sogenannten autoritären Regime muß die Selbstverwaltung der Gemeinden verkümmern. Die Selbstverwaltung ist eine im tiefsten Sinne des Wortes demokratische Einrichtung, die ohne aktive Mitarbeit der Bevölkerung undenkbar ist. Gerade um das Volk an den gemeindlichen Dingen zu interessieren, um die im Volke schlummernden Kräfte zu wecken und sie für das Allgemeinwohl nutzbar zu machen, aus diesen Gründen haben in früherer Zeit die besten Männer des Staates Maßnahmen getroffen und Gesetze erlassen, die im Laufe der Jahrzehnte zu einer blühenden Selbstverwaltung geführt haben. In Danzig wie im Reich ist die Selbstverwaltung der Gemeinde durch den Gedanken des Führerprinzips stark eingeengt worden. Aber selbst in Deutschland erheben sich Stimmen, die auf das Schädliche eines solchen Zustandes hinweisen. Die „Frankfurter Zeitung" äußert sich darüber u. a.:

„Nun ist es bald ein Jahr, daß die Deutsche Gemeindeordnung in Kraft getreten ist. Die Gemeinderäte sind berufen, der organisatorische Neuaufbau ist im wesentlichen vollendet. Es ist darum ein berechtigter Wunsch des Gemeindebürgers, zu wissen, was im Rathause vor sich geht. Er wird bei diesem Verlangen gewiß nicht allem und jedem seine Aufmerksamkeit in gleichem Maße zuwenden, auch nicht erwarten, daß man ihm die Interna der Verwaltung offenbare. Aber sein Interesse am Geschehen seiner Heimatstadt muß als das wertvollste Element genossenschaftlicher Arbeit wach erhalten werden. Ueber dieses Prinzip sind sich im Grunde alle einig; denn wenn der Gedanke der Selbstverwaltung verwirklicht werden soll, der ja als Grundpfeiler der neuen Gemeindeordnung anerkannt ist, wird man der Bürgerschaft auch die Rolle aktiver Mitarbeit, sei es auch nur im Sinne einer fruchtbaren Diskussion außerhalb der Amtsräume, zuerkennen müssen.

Da ist es nun interessant, daß sich zur Jahreswende Stimmen erhoben haben, denen die Wachhaltung des Interesses der Bürgerschaft an der Gemeindeverwaltung noch als ein großer Wunsch erscheint, der seiner Erfüllung harrt. Der „Gemeindetag", das amtliche Organ der deutschen Gemeindekörperschaft, hat Pressestimmen verzeichnet, in denen es beispielsweise heißt, das Interesse der Oeffentlichkeit an der Kommunalpolitik sei leider im Schwinden begriffen. Oder aber (von der Gegenseite gesehen): Aus den Aeußerungen einiger leitender Kommunalbeamten lasse sich schließen, daß ein gewisses Bedürfnis nach stärkerer Anteilnahme der Bürgerschaft an den gemeindlichen Aufgaben vorhanden sei. Die Aeußerungen, die wir hier verzeichnen, stammen aus klein- oder mittelständischen Kreisen. Sofern sie eine Sorge um gelockerte Bindungen zwischen Verwaltung und Bürgerschaft aussprechen, sind sie nicht neu, denn bereits die Uebergangszeit vor Verkündung der ersten einheitlichen Reichsgemeindeordnung ließ jene Sorgen aufkommen. Man trug sich freilich damals mit der Hoffnung, daß nach Durchführung der neuen Verwaltungsorganisation auch neue Wege zur Unterrichtung der Bürgerschaft beschritten werden würden. Gewiß braucht jedes Ding seine gute Weile, und ein Verwaltungsumbau, dazu in so entscheidendem Maße, wie er im vergangenen Jahr vollzogen wurde, ist keine Kleinigkeit. Dies ist auch all denen sehr wohl bewußt, die heute von neuem ihre Stimme nach stärkerer Publizität der Gemeindeverwaltungen erheben. Zeigen aber nicht die zitierten Stimmen, daß der eine oder andere anfängt, ungeduldig zu werden? Es ist wohl kein Zufall, daß gerade aus kleineren Gemeinwesen der Ruf nach Mitarbeit stärker als anderswo erschallt, verkörpert doch dem Bürger der Kleinstadt das Geschehen in der Gemeinde ein viel gewichtigeres Element seines eigenen Lebens als dem Großstädter mit wenig Bindung an Scholle und Haus. Mag es diesem heute noch nicht zum Bewußtsein kommen, wenn zwischen Rathaus und Stadt eine Lücke klafft, die Erkenntnis wird auch ihm nicht erspart bleiben, wenn nicht in absehbarer Zeit das Problem der Publizität stärker und mutiger als bisher angefaßt wird."

Streik soll bestraft werden

Die Vorbereitung eines künftigen Strafgesetzbuches

Im Zusammenhang mit den Vorarbeiten für das künftige Strafgesetzbuch wird in der vom Reichsjustizminister herausgegebenen Zeitschrift „Deutsche Justiz" ausgeführt, daß der „Schutz des Arbeitswillens und der Arbeitsfreudigkeit des deutschen Volkes als eines geistig-sittlichen Wertes" ein wesentlicher Bestandteil des Strafgesetzbuches sein werde. Die Straftaten wären dabei unter „Angriffe auf die sittliche Idee der deutschen Arbeit" aufzunehmen.

In erster Linie werde dabei die staatliche Arbeitsplanung zu schützen sein. Wer Streik und Aussperrung als Arbeitskampfmaßnahmen für nötig halte, spreche damit der staatlichen Führung die Befähigung ab, die nationale Arbeit zum gemeinen Besten zu ordnen oder stelle seine Interessen über die der Allgemeinheit. Streik und Aussperrung schädigten die nationale Produktion und schwächten die deutsche Wirtschaftskraft. Die Frage des „gerechten Lohnes„ gehöre zwar nicht ins Strafrecht, wohl aber der Schutz vor einer krassen Minderbewertung durch Lohnwucher.

Gegen den Rassenwahn

Eine Erklärung des Kardinals Innitzer

Der Erzbischof von Wien, Kardinal Innitzer, hat eine Erklärung abgegeben, in der er sich schärfstens gegen die nationalsozialistische Rassetheorie wendet. Der Kardinal erklärte: „In dieser Zeit des Rassenhasses ist es gut, daß Oesterreich seinen abweichenden Gesichtspunkt kundtut. Wie Kardinal Faulhaber versichern auch wir, daß die Auffassung der Judenfrage allein vom Rassengesichtspunkt aus dem Christentum diametral entgegengesetzt ist. In einer Zeit, in der die Juden der elementarsten Lebensrechte beraubt werden, müssen wir solche Anschauungen nicht nur zurückweisen, sondern sie auch mit der Verachtung strafen, die sie verdienen."

Vertrauensrat: Rekrutendepot. Als Auftakt zu den kommenden Vertrauensratswahlen in Deutschland fand Montag abend im Berliner Sportpalast eine Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront statt. Der Vortragende, Hauptamtsleiter Seltzner, bezeichnete den Vertrauensrat als ein riesiges Rekrutendepot, zu dem auch der Betriebsführer gehöre.

Hindemith scheidet aus der Reichsmusikkammer aus. Prof. Gustav Havemann scheidet aus seinen Funktionen in der Reichsmusikkammer aus. Die Gründe sollen rein sachlicher Art sein. Man erinnert sich, daß Havemann sich im Falle Hindemith seinerzeit weitgehend engagiert und den Unwillen hoher Persönlichkeiten zugezogen hat. Auch sonst hat der nationalsozialistisch weitgehend engagierte Musikprofessor nach dem Ausbruch des dritten Reiches manch herbe Enttäuschung, vor allem auf künstlerischem Gebiet, erlebt, so daß eigentlich sein Rücktritt nicht weiter Wunder nimmt.

Die goldenen Schlüssel

Roman von H. L. Rumpff

30. Fortsetzung

„Schau an, ein kleiner Kobold" — die Dame lächelte nachsichtig, „aber nicht galant genug. Zwei Stunden hätte ich allenfalls gewartet. Nun bringen Sie mir schon von Ihren hiesigen Roßwürstchen zwei, wenn sie was taugen."

Kronach strahlte über das ganze Gesicht. „Worauf Sie sich verlassen können, meine Dame."

Die Frühstückspaula hatte sich an den Ofen gestellt, um besser herüberblicken zu können, doch ereignete sich weiter nichts. Der Wirt brachte die dampfenden Würstchen, die Dame aß mit gutem Appetit, ohne im geringsten von Kronachs Bemerkungen gestört zu werden, mit denen er Sensationslüsterne abzuwimmeln pflegte.

„Leer hier, nicht wahr?" meinte er redselig.

Die Dame sah ihn aus kühlen grauen Augen ironisch an. „Gewiß, mein Herr. Ich persönlich wäre auch mit weniger Platz ausgekommen."

Kronach ließ nicht locker. Er sprach absichtlich laut. Jeder mußte denken, daß er die Fremde hinausgrollen wollte. „Erstens haben meine Gäste immer Nachtschicht, verstehen Sie . . ."

Die Dame fiel ein: „Zweitens war gerade Aushebung hier, nicht wahr?"

Der Wirt nickte todernst. „Und drittens hatten wir gestern abend eine große Schlägerei. Zwei Chauffeure totgeschlagen, sie liegen noch hinten. Wenn Sie sie mal sehen wollen . . .?"

„Danke", sagte die Dame ruhig und führte dabei das letzte Stückchen Wurst zum Munde, „interessiert mich nicht. Das seh ich alle Tage. Ich bin Leichenfrau auf der Anus. Bitte zahlen!"

Frühstückspaula blickte schadenfroh Herrn Kronach an. Donnerwetter, die gab raus! Auch Herr Kronach gab raus — jedoch lediglich auf den Zehnmarkschein, den die Dame auf den Tisch gelegt hatte und den der Wirt achtlos in seine Geldtasche schob.

„'n Tag, die Dame", rief Paula freundlich, als die Fremde in selbstverständlicher Haltung das Lokal verließ, aber dann verzog sie haßerfüllt das Gesicht. Der Zeitungsleser hatte eine Münze auf den Tisch gelegt und schritt eilig zum Ausgang. Herr Kronach blickte Paula an — es war erstaunlich, wie glänzend hier die schweigenden Verständigungsmethoden funktionierten. Paula pfiff leise durch die Zähne. Ach sooo! — Sie feuerte Zahnstocher und Lippenstift in ihre Berufstasche, nickte Kronach beruhigend zu, und war schon hinter dem Zeitungsleser her auf die Straße geeilt.

Kaum hatten die bemerkenswerten Gäste das Lokal verlassen, als der Wirt in die Küche lief, wo er den eben erhaltenen Zehnmarkschein einer genauen Prüfung unterzog. Er lächelte mit dünnen Lippen vor sich hin. Eine kleine Notiz, oberflächlich hingewischt, stand auf der Kante neben dem gotischen Kopf, eine Rechnung, die ein Kellner flüchtig aufnotiert haben mochte.

2 Frankfurter	1.—
5 Prager	2.—
	3.—
	30
	3.30

In der Sprache aber, die Kronach und die Dame aus ihrer längst vergessenen gemeinsamen Tätigkeit in einem während des Krieges berüchtigten internationalen Konzern immer noch beherrschten, hieß das etwas ganz anderes: Zwei absolut zuverlässige Jungens um fünf Uhr am Prager Platz hieß das, jeder bekommt fünfzehnhundert Mark, und die zehn Prozent Bedienungsgeld sind für dich, alter Siebiengenosse. Kronach schmunzelte. Belladonna war immer großzügig gewesen. Was sie versprach, war gemacht. Dreihundert Mark auf nichts hinauf — nicht schlecht. Er schickte einen Burschen weg mit ein paar harmlosen Bestellungen und schmunzelte nochmals, Belladonna würde mit ihm zufrieden sein. Der neugierige Kriminalbeamte mochte ihm keine Sorgen. Er wußte, wie die Frau mit lästigen Anhängseln fertig zu werden verstand.

Die Dame im Persianer stand an der Ecke der Friedrichstraße und war im Begriff, den Fahrdamm in Richtung des Bahnhofes zu überqueren, als Paula vertraulich ihren Arm berührte. „Stieke! Sie werden verfolgt!"

Die Dame zeigte nicht die Spur von Ueberraschung, sie zog nur den Fuß zurück und schlenderte neben Paula fort zum Bahnhof nach den Linden. „Reit von Ihnen, Kindchen", sagte sie — es sah so aus, als hätten zwei verschiedene Freundinnen sich getroffen —, „ich habe zwar nichts ausgefressen, aber ausgerechnet heute keine Legitimation bei mir, und in diesem Augenblick wäre mir die kleinste Belästigung äußerst unangenehm. Wieviel Schritt ist der Herr hinter uns?"

„Ich schätze dreißig", antwortete Frühstückspaula, der die Nähe der Fremden kolossal imponierte.

„Eine Minute also. Ich muß um jeden Preis einen Zug kriegen, der um zwei Uhr neunundfünfzig vom Schlesischen Bahnhof abgeht. Können Sie in einer Minute Mantel und Hut ausgezogen und dafür meine Sachen angezogen haben?"

Paula bewegte sich herzlich lachend vor. „Dreimal. Aber ich kenne den Trick. Ist wahnsinnig flink."

Auch die Dame lachte wie über einen guten Scherz. „Wir werden flinker sein, Kleine. Sie sind ja ein bißchen muppeliger als ich, aber das Zeug wird schon passen. Ihre Tasche muß ich auch haben. Sie kriegen alles wieder bei Kronach, und den Pelz schenk ich Ihnen, weil Sie so liebenswürdig sind. Wir gehen dann noch ein Stück, und Sie springen auf einen Omnibus, nein, Taxi ist besser, und nichts wie abgehauen. Geld ist in der linken Seitentasche. Ich schätze, daß er Ihnen folgt, aber abhängen dürfen Sie ihn erst in frühestens zwanzig Minuten. Haben Sie einen Ausweis?"

Eine geschickte Handbewegung Paulas beförderte die Papiere aus ihrer Handtasche unmerklich in den Pelz der Dame, den sie bereits als ihr Eigentum erlich.

„Sehr gut", sagte diese, „ich merke, daß Sie zu gebrauchen sind, es wird schon klappen."

Paula nickte vergnügt. So etwas hatte sie schon lange nicht mehr erlebt. „Keine Bange, die Dame, das schaffelt Paula schon."

In leicht beschleunigtem Tempo überquerten sie den breiten Kreuz der Linden, der sekundenschnell hinter ihnen durch Aufblitzen des roten Hellfunnals für Fußgänger gesperrt wurde, doch daß Paula mit heißen Nüstern witterte, daß der Verfolger sich trotzdem durch das Gewühl der anfahrenden Wagen hindurchzwängte. Ein leichter Stoß dirigierte sie in die Mitte, zum Glück kerne Handtasche eines Fußgängers, in Nu war die Verwechslung vorgenommen, es ging so blitzschnell, daß nicht ein einziger Passant aufmerksam wurde, viel zu blitzschnell für Paula, die entsetzte Blicke in den Spiegel warf. Keine volligg Sekunden waren vergangen, als die beiden Frauen den Bürgersteig wieder betraten, zwanzig Schritte vor dem Kriminalen, der sie aufmerksam beobachtete.

„Am besten die Friedrichstraße hinauf", meinte die Dame, die im Trotteurmantel mit echtem Krimmerbesatz und schwarzem Filzhut der Frühstückspaula von rückwärts sehr ähnlich sah, „aber bald, ich habe nicht mehr viel Zeit."

Sie gingen schneller, und ganz überraschend und mit einer Geschicklichkeit, die ausgezeichnete Schulung verriet, hatte die echte Paula in dem echten Persianer sich im Vorübergehen fast in ein Taxi geschwungen, das gerade dem grünen Freizeichen folgend quer über die Französische Straße die Friedrichstraße hinaufrollte. In derselben Sekunde war die Dame, um die Straßenecke schnellend, in ein anderes Taxi gesprungen, das im Begriff war, zur Kanonierstraße hinunterzufahren.

„Fahren Sie zu, Mann", rief sie gedämpft, „doppelte Taxe, fahren Sie zu!" Und sie dachte bedauernd an das sichere und gewandte Coupé der Frau Beß, das sie vor einer Viertelstunde nach Hause geschickt hatte, damit Miller noch ein paar Stunden Vorrat schlafen konnte.

Der Taxichauffeur, der nicht zum erstenmal mit übereiligen Fahrgästen zu tun hatte, fegte die Straße hinunter und mit einem kühnen Haken in die Behrenstraße hinein, daß er ein ganzes Stück auf dem gefrorenen Asphalt zur Seite rutschte, fing den Wagen geschickt wieder, ohne das Tempo herabzusetzen, und die Dame, die nervös rückwärts aus dem kleinen Fensterchen blickte, bemerkte außer einer gelben Zyklonette der Reichspost keine Verfolger.

Ihre Armbanduhr zeigte halb drei.

Neunundzwanzig Minuten noch.

Der Personenzug nach Wittenberg, den sie vorhin am Bahnhof Friedrichstraße verlassen hatte, ging nach längerem Sammelaufenthalt um zwei Uhr neunundfünfzig vom Schlesischen Bahnhof und damit endgültig vor Berlin ab. Diesen Zug mußte sie um jeden Preis wieder erreichen. Barba Goering saß darin, halb unterrichtet, halb ahnungslos, blind vertrauend auf die Frau, die versprochen hatte, ihr zu helfen.

Ivo Beß runzelte wütend die Stirne. So ein neugieriger Kriminalbeamter fehlte noch. Ausweis! — Auskunft! — Gehen Sie einmal mit! — Gerade heute, wo abgesehen von dem Zug, der keine halbe Stunde mehr wartete, jede noch so winzige Beteiligung der Kriminalpolizei zu vermeiden war. Aufmerksam musterte sie die dem Auto folgenden Gefährte. Die gelbe Postzyklonette war ja verschwunden, aber sie erinnerte sich ihres gestern verlorenen Talismans, der winzigen Goldkapsel, Koksöschen genannt, und der Warnung Luzies. Wer Pech hat, muß doppelt vorsichtig sein. Schnell ließ sie den kleinen silbernen Revolver und die schmale Brieftasche in den Falten ihrer winterlichen Kleidung verschwinden — es hätte schon einer hochnotpeinlichen Visitation bedurft, um beides zu entdecken. Sie ärgerte sich über ihre Nervosität, wartete aber noch weitere zehn Minuten, ehe sie dem Chauffeur, der in anerkennenswert geschickten Wendungen sich durch die Friedrichstraße schlängelte, befahl, sie zum nächsten Stadtbahnhof zu bringen. Nur mit dieser Schnellbahn war es noch möglich, rechtzeitig zum Schlesischen Bahnhof zu kommen. Jede Minute war kostbar.

Fast dreiviertel drei zeigte die Uhr über dem Eingang zur Schalterhalle, als sie ausstieg und hastig die Taxe entlohnte. Im Begriff das Gebäude zu betreten, empfand sie einen nicht zu verkennenden harten Druck auf dem Unterarm, wandte sich — wandte sich, zum erstenmal in diesem ereignisreichen vierundzwanzig Stunden die Farbe verlierend, und sah sich einem Herrn gegenüber, den sie sofort als den Zeitungsleser aus dem Bebeka erkannte. Pechsträhne, dachte sie, elende Pechsträhne . . .!

„Auch ein echter Persianer macht nicht blind", sagte der Beamte freundlich und zeigte ein Schildchen. „Sie haben sich etwas reichlich verdächtig benommen, meine Dame, bitte folgen Sie mir!"

33

Die Spielerei einer Kaiserin

Unter den 87 654 Autos, die sich durch die von Frost klirrenden Straßen Berlins bewegten, befand sich an diesem Mittag ein ruhig aussehender Willys Knight von grüngrauer Farbe, und ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß keines der 87 653 übrigen Autos der Hauptstadt um diese Zeit einen Fahrgast beförderten, der sich in ähnlicher Verfassung befand wie der des 87 654sten. In seiner Ratlosigkeit, so verzweifelt, wie sie in normalen Zeiten als überaus komisch gegolten hätte, und in einer ohnmächtigen Wut auf sich selbst und die Leute, die sich auf seine eigene Veranlassung mit ihm beschäftigten, daß nur ein Mord sie hätte auflösen können, der in diesem Falle, wie man es auch drehte und ansah, nur als Selbstmord ausgehen mußte.

(Fortsetzung folgt.)

Wie der Mount Everest bezwungen werden soll

Regelrechtes Sturmsystem / Die Schwierigkeiten des Endkampfes

London: Mit einem kleinen Mißstich an der Waterloo-Station ist die britische Everest-Expedition nach Indien abgereist. In letzter Minute sind einige Aenderungen in Bezug auf den Termin des letzten Angriffs auf den höchsten Berg der Erde und auch wegen der Auswahl der Stürmer bei diesem Endkampf getroffen worden.

„Es wird schon klappen!"

Sie sahen bei ihrer Abfahrt gar nicht aus wie Mount-Everest-Stürmer: Hugh Ruttledge trug einen Regenmantel, einen steifen Hut und einen schlecht aufgerollten Regenschirm. Dr. Noel Humphreys hatte nicht einmal Zeit gehabt, den Smoking auszuziehen, den er vom letzten Abschiedsessen noch trug. Leutnant J. B. L. Gavin kam erst auf der Waterloo-Station an, als sich der Zug schon in Bewegung setzte. Er hatte nämlich noch irgendwo eine Fahne aufstreichen müssen, die bei der Bezwingung des Mount Everest dort droben gehißt werden soll.

„Wir haben an Vorbereitungen alles getan, was überhaupt menschenmöglich war. Jetzt kommt es darauf an, uns selbst die Siegesgewißheit zu suggerieren und die Wettergötter mit Coué und unserer guten Auslese zu bezwingen. Es wird schon klappen. Wir werden ihn besiegen!" Also sprach Hugh Ruttledge, als der Zug die Waterloo-Station verließ.

„Schlafe gut — auch im Lager 7!"

Aber kurz vorher hatten diese besten Fachleute des Mount Everest auch die andern, einleuchtenderen Gründe erklärt, weshalb man zweifelsohne diesmal zum Ziel kommen wird.

Bekanntlich haben nun der Mitglieder dieser Expedition bereits Himalaya-Erfahrung. Man hat sich fernerhin entschlossen, nicht nur 90 Träger mit hinaufzunehmen, sondern 130. Nach alter Erfahrung haben die bisherigen Expeditionen immer besonders stark unter der Kälte gelitten. Deshalb wurden Spezialschlafsäcke konstruiert, die auch in Lager 7 einen ruhigen Schlaf garantieren.

Der Zwei-Männer-Sturm

Wie man aus den wiederholten Darlegungen der Mitglieder dieser Mount-Everest-Expedition weiß, sind gerade die letzten 500 oder genauer gesagt 300 Meter die schwierigsten bei dem ganzen Endkampf. Diese 300 Meter sind deshalb so schwierig, weil in der dünnen Luft jede Bewegung zu einer Titanenarbeit wird und die menschliche Vernunft und Ueberlegung mitunter den Bergsteiger verläßt.

Ruttledge hat deshalb folgendes bestimmt: Unter der Aufsicht von Dr. Humphreys werden aus den besten Bergsteigern im Lager 5 oder 6 zwei Mann ausgelesen, die dann über das Lager 7 den letzten Sturm versuchen. Mißglückt dieser Versuch, dann werden unverzüglich zwei weitere Leute eingesetzt, und so immer weiter, bis — der Sieg errungen ist. Freilich erschöpft sich der Menschenvorrat in folgenden Namen: Shipton, Smythe, Harris, Kempson, Wigram, Oliver und Gavin. Wenn diese verschiedenen Hochgebirgler erstes Range? versucht haben sollten, dann erst wird die Mount-Everest-Expedition 1935 endgültig gelingen.

Nur zwei Minuten auf dem Gipfel

Infolge der besonderen Monsunverhältnisse hatte man denen gerunden, schon im März oder April zum letzten Sturm anzusetzen. Jetzt aber, kurz vor der Abreise, verriet Ruttledge, daß die letzte Entscheidung und oberste Aufsicht und Verantwortung vorbehalten bleibt, daß man frühestens zwischen dem 22. Mai und 15. Juni sich hinaufwagen werde.

Um die Zeit sollen auch die plötzlich einsetzenden Stürme aufhören sein. Dann ist vermutlich auch die dünne Luft zu leichten zu ertragen. Für den Aufenthalt auf dem Gipfel war in den bisherigen Projekten ein Zeitraum von einer halben Stunde vorgesehen. Jetzt rechnet man höchstens noch mit einer oder zwei Minuten, weil man einen längeren Aufenthalt aus physiologischen Gründen für unmöglich hält.

Eine Frau macht mit

Interessant ist ferner, daß in allerletzter Minute einer Frau die Erlaubnis gegeben wurde, die Expedition wenigstens bis auf zirka 8000 Meter Höhe zu begleiten. Die Gattin des Expeditionsarztes Dr. Noel Humphreys wurde von ihrem Mann vor die Wahl gestellt, ob sie mit ihm reisen oder lieber bei ihrem Baby in London bleiben wolle. Sie vertraute das Baby der Schwiegermutter an und fährt nun zum Himalaya — als „höchste Frau" der Expedition.

Eine Zeitlang wird sie die Radiogeräte zu überwachen haben. Diese sind von außerordentlicher Wichtigkeit, da diese Mount-Everest-Expedition die höchste Funkstation der Erde aufrichten wird. Bis zum Lager 5 oder 6 hinauf muß Kalkutta über Darjeeling täglich die Wetterberichte geben. Denn es gehört mit zu den Erfordernissen einer fast gefahrlosen Mount-Everest-Expedition, alle Möglichkeiten erwogen zu haben und nur dann den Sturm zu wagen, wenn — außer den Göttern Tibets und Nepals — auch jene des Wetters den Mutigen günstig gesinnt sind.

R. M. Silver.

Ueberraschung am Polterabend

Bei einer Polterabendfeier in einer Familie in Aschersleben war die Stimmung bereits auf den Höhepunkt gestiegen, als noch ein Bote mit einem „Durch Eilboten" zu bestellenden Riesenpaket erschien, das die Aufschrift trug: „Vorsicht Lebendes Geflügel". Da der Angabeort Berlin war, erwartete man ein Geschenk eines Berliner Onkels und nahm an, zumal der Hochzeitsvater ein passionierter Rassehühnerzüchter ist, daß in dem Paket junge Hühner seien. Als unter allgemeiner Spannung die Hülle des Pakets entfernt worden war und der Deckel abgenommen wurde, gab es eine große Ueberraschung. Es flogen einige dreißig Spatzen aus der Kiste, die sich nach der weiten Reise umgehend auf Uhr, Lampe, den Gardinenstangen und den gefüllten Kuchentellern Platz suchten. Wohin man auch sah, überall saß ein verstört dreinschauender Spatz. „Onkel Fritz" in Berlin mußte sich von den Teilnehmern des Festes manches derbe Wort gefallen lassen, während die Jagd auf die entflohenen Sperlinge losging, wobei ein Spatz in einem Schlagsahntopf ein unfreiwilliges Bad nahm. Schließlich gab man die wilde Jagd auf und ließ die Vögel aus dem Fenster. Als man die Paketkarte auf ihre Echtheit unter die Lupe nehmen wollte, da man „Onkel Fritz" eigentlich diesen Streich gar nicht zutraute, ergab sich, daß sie von dem Boten „versehentlich" wieder mitgenommen worden war. Später stellte sich heraus, daß die Absender sich unter den Hochzeitsgästen befanden, die die Spatzen am Tage vorher im Orte gefangen hatten.

Der Tod eines Eskimo-Stars

In dem Film, den der berühmte Forscher Knud Rasmussen seinerzeit unter dem Namen „Nanook" herausgebracht hat, spielt die Hauptrolle ein Eskimomädchen Mala. Sie ist seinerzeit wegen ihrer Natürlichkeit und ihrer unzweifelhaften Begabung vom Kinopublikum der ganzen Welt bewundert worden. Sie hatte auch zahlreiche Angebote von Filmfirmen bekommen, lehnte aber ein Engagement ab, weil sie in ihrer Heimat bleiben wollte. Sie ist jetzt einer Angina-Epidemie, die unter den Eskimos Grönlands in den letzten Wochen herrschte, zum Opfer gefallen. Die Kunde von ihrer Erkrankung drang erst nach zwei Tagen in den nächsten Ort, wo es einen Arzt gab. Dieser machte sich sofort auf den Weg, aber als er nach wiederum zwei Tagen in die Siedlung kam, in der Mala wohnte, war sie bereits verstorben.

Der gefesselte Ehemann

In Gelsenkirchen ist ein merkwürdiges Verbrechen aufgedeckt worden. Im Jahre 1932 verschwand ein gewisser Sikabes spurlos. Er galt als verschollen, seine Frau und Tochter bezogen die Sozialrenten, auf die er Anspruch gehabt hatte. Durch eine anonyme Anzeige wurde die Polizei veranlaßt, die Wohnung zu durchsuchen. Man fand Sikabes an ein Bett gefesselt. Er befand sich in völlig verwahrlostem Zustande und hat seit 35 Monaten sein Gefängnis nicht verlassen können. Er ist so geschwächt, daß er in ein Hospital gebracht werden mußte. Die Frau und Tochter gestanden, ihn eingesperrt zu haben, um in den Besitz ihrer Pensionen zu kommen. NEA.

Aus aller Welt

Lawine reißt Siedlung in die Tiefe

Ein schweres Lawinenunglück ereignete sich im Gebiete des Rio Mancos im Staate Colorado in Nordamerika. Eine große Lawine ging über eine teilweise verlassene Goldgräbersiedlung hinweg, die in 3600 Meter Höhe an einem Steilhang gelegen war. Mehrere Häuser wurden von den Schneemassen in die 500 Meter tiefe Schlucht des Ortes gerissen. Die genaue Zahl der Verwundeten und Toten steht noch nicht fest. Bisher wurden sechs Todesopfer geborgen. Elf Verletzte suchten auf einem Felsblock Zuflucht, der jedoch durch die Lawine so gelockert wurde, daß Absturzgefahr besteht.

Seefeld voll zurechnungsfähig

In der Dienstag-Verhandlung im Mordprozeß Seefeld erstattete der psychiatrische Sachverständige Obermedizinalrat Dr. Fischer, Direktor der Heil- und Pflegeanstalten Sachsenberg-Lewenberg, sein Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten.

Nach seiner Auffassung liegt bei Seefeld eine gewisse erbliche Belastung vor, aber nicht in dem Ausmaße, wie er das behauptet hat. Zeichen irgendeiner seelischen Störung finden sich bei ihm nicht. Auch Schwachsinn besteht nicht. Seefeld ist zwar ein gefühlskalter, asozialer Psychopath. Geisteskrankheit oder Geistesschwäche liegen aber nicht vor, auch keine Anhaltspunkte für das Vorkommen von Bewußtseinsstörungen. Der Sachverständige verneinte auch das Vorliegen einer verminderten Zurechnungsfähigkeit.

Am Donnerstag wird der Staatsanwalt sein Plädoyer halten.

Die jüngste Stadt Deutschlands

Das an der Strecke Berlin—Schneidemühl—Königsberg in Preußen gelegene Dorf Kreuz, welches bereits als lebhafter Kreuzpunkt der Ostbahn und der Stettin—Stargard—Posener Strecke in der Vorkriegszeit sich zu einer ansehnlichen Landgemeinde entwickelt hatte, nahm als Ersatz für die an Polen gefallenen posenschen Landstädtchen infolge der neuen Ostgrenze nach dem Kriege einen bedeutenden Aufschwung. Dem in Kürze auf 5000 Einwohner angewachsenen Ort, welcher sich bereits neuzeitliche Einrichtungen wie Schwemmkanalisation und Wasserleitung zu eigen gemacht hat, wurde als jüngster Stadt in Deutschland jetzt das Stadtrecht verliehen.

Die Fallschirme versagten

Ein französisches Militärflugzeug, das zur Garnison Reims gehörte, überflog den Ort Stainville; das Flugzeug begann sich plötzlich um seine eigene Achse zu drehen und stürzte schließlich über einem Walde ab. Die beiden Insassen konnten das Flugzeug rechtzeitig verlassen, aber die Fallschirme funktionierten nicht, und beide Flieger sind tot.

Internationaler Einbrecher abgeurteilt

14 Jahre Zuchthaus

Vor der Glogauer Großen Strafkammer wurde gegen den 41jährigen Franz Anton Leinert aus Schildberg in Polen wegen schweren Diebstahls in 28 Fällen verhandelt. Der Angeklagte, der kurz nach dem Kriege in Berlin ein Fahrradgeschäft betrieb, ging 1920 nach Polen und wurde dort wegen schweren Raubes zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Im August vorigen Jahres kam er nach Deutschland, quartierte sich in Müncheberg bei Berlin ein und verübte in Müncheberg, Herzfelde, Mahlsdorf und Kaulsdorf zehn schwere Diebstähle. Die Beute setzte er in Berlin bei Hehlern ab. Als ihm der Boden zu heiß wurde, verlegte er seinen „Wohnsitz" nach Lawaldau im Kreise Grünberg (Schlesien). In weiteren 18 Fällen ging der Angeklagte in Grünberg, Deutsch-Wartenberg und an anderen Orten zur Nachtzeit auf Raub aus, bis er festgenommen werden konnte.

Die Strafkammer verurteilte ihn zu 14 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrenverlust und erkannte ferner auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht.

Fernlastzug gegen Autobus

Acht Verletzte

In Charlottenburg kam es an der Kreuzung Bismarck- und Kaiser-Friedrich-Straße zu einem schweren Verkehrsunfall. Ein Fernlastzug fuhr dort mit voller Wucht gegen einen Autobus der Linie 6, der schwer beschädigt wurde. Der Fahrer und der Schaffner des Autobusses wurden schwer, sechs Fahrgäste leicht verletzt. Der Omnibus mußte abgeschleppt werden, während der Fernlastzug seine Fahrt fortsetzen konnte.

Wieder ein Todesurteil

Das Schwurgericht Koburg verurteilte den 23 Jahre alten Wilhelm Schroeder aus Stroessendorf wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub zum Tode. Schroeder hatte in der Nacht zum 12. Januar d. J. dem Andreas Hartmann, mit dem er gemeinsam ein Zimmer bewohnte, einen Schuß in den Kopf beigebracht und ihm seine Ersparnisse in Höhe von etwas über 20 Mark geraubt. Hartmann ist an den Folgen der Schußverletzung gestorben.

Die Kältewelle in Amerika wandert nach Osten

Die Kältewelle in Nordamerika bewegt sich vom mittleren Westen auf die Atlantikküste und nach dem Süden zu. Die Stadt Little Falls (Minnesota) meldet 43 Grad Celsius unter Null. Das ist die niedrigste Temperatur, die seit 50 Jahren in dieser Gegend gemessen wurde.

Sturm und Nebel legten die Schiffahrt an der Küste von Neuengland lahm. Fünf Schiffe liefen an der Küste von Massachusetts auf. Ein Küstenwachschiff rettete die 21 Mann starke Besatzung eines Fischerschoners, der gestrandet war. Die Schiffbrüchigen waren die ganze Nacht über in ihren Rettungsbooten auf dem Meer umhergetrieben worden.

Brautkauf mit Hindernissen

Im Dorfe Zebnice hat sich, nach einer MTP.-Meldung, eine außerordentliche Kriminalgroteske ereignet. Der junge Bauer Stojadin hielt um die Hand der schönen Stojanka an. Nach landesüblichem Brauch wandte er sich an die Mutter seiner Erwählten, die ihm die Tochter auch gegen Zahlung von 1400 Dinar zusagte (auch der Brautkauf ist landesüblich). Er müsse aber, wie es die alte Sitte will, die Braut rauben. In der verabredeten Nacht erschien er mit einigen Freunden vor dem Haus, die Mutter brachte eine verschleierte Gestalt an, erhielt die 1400 Dinar und Stojadin war glücklich. Als man aber den Schleier entfernte, kam ein bärtiges lachendes Gesicht zum Vorschein. Mit einem Faustschlag schlug die „Braut" den Bewerber nieder und verschwand. Stojadin und seine Freunde, die sich betrogen sahen, drangen in das Haus ein, demolierten die Einrichtung und schleppten die Alte zur Wache. Sie wird sich wegen betrügerischer „Geschlechtsumwandlung" zu verantworten haben.

Fabrikbrand in Oberitalien. In der großen Fabrik Bruneri in Bruno San Lorenzo (Toscana) brach ein riesiger Brand aus. Die Feuerwehr von Florenz war die ganze Nacht mit den äußerst schwierigen Löscharbeiten beschäftigt. Einige Personen erlitten Verletzungen. Wertvolles Material und Maschinen wurden von den Flammen vernichtet. Der Schaden wird auf mehr als 2 Millionen Lire veranschlagt.

Einsturzunglück bei einer Trauerfeier. Bei einer Trauerfeier in Neapel, die in einem überfüllten kleinen Raum stattfand, stürzte plötzlich infolge zu schwerer Belastung der Fußboden ein. 18 Personen wurden bei dem etwa vier Meter tiefen Sturz verletzt. Unter den Schwerverletzten befinden sich die Eltern der Toten.

Sport·Turnen·Spiel

Gigantea feiert 39. Stifungsfest

Eine gelungene Veranstaltung — Hilfsdienstler wollten kontrollieren

Der Athletenklub „Gigantea" feierte, wie wir schon kurz berichteten, sein 39jähriges Stiftungsfest. Der Verein brachte dieses Mal außer einigen Boxkämpfen ein besonderes artistisches Programm zur Durchführung. Eine Gymnastikriege arbeitete sauber mit Rundgewichten. Besonders große Aufmerksamkeit und starken Beifall fand der Kraftjongleurakt, der artistische Reife hatte; aus der Fang- und Wurfsicherheit der beiden Sportler wurde deutlich, daß zu solchen Kunststücken viel Arbeit und ständige Uebung nötig sind, was allerdings in dem vorliegenden Falle klar unter Beweis gestellt wurde. Eine weitere Belebung erfuhr das gute Programm durch eine Reihe plastischer Darstellungen, die teilweise außerordentlich gut gestellt waren; auch diese fanden reichen Beifall.

Die Festrede hielt der erste Vorsitzende des Vereins, E. Fengler, der die Tätigkeit des Klubs würdigte. Er begrüßte die Gäste und führte aus, daß der Athletenklub „Gigantea" es keineswegs nötig habe, mit seinen Erfolgen zu prahlen. Diesen Worten stellten die Darbietungen allerdings auch das beste Zeugnis aus, die für die Leistungsfähigkeit des Klubs sprachen. So wurde das Stiftungsfest auf „Bischofshöhe" mit dem Programm und dem anschließenden Tanz ein wohlgelungener Abend dieses ältesten Vereins, der der Danziger Arbeitersportbewegung angehört.

Ein eigenartiger Zwischenfall

ereignete sich mitten in der Festfreude, der allerdings dadurch kein Abbruch getan wurde. Plötzlich erschienen drei Mann vom „Staatlichen Hilfsdienst" — anscheinend ein Führer und zwei Begleiter —, die, mit einem Ausweis des Staatlichen Hilfsdienstes bewaffnet, eine Kontrolle nach Hilfsdienstangehörigen vornehmen wollten. Diese Kontrolleure kamen aber bei den Veranstaltern an die richtige Adresse, die die drei postwendend wieder zurückschickten. Mit langer Nase zogen die unerwünschten Festbesucher wieder ab und ließen sich auch nicht mehr sehen.

Rie Mastenbroek schwamm Weltrekord

Erst jetzt wird eine ausgezeichnete Leistung der bekannten holländischen Schwimmerin Rie Mastenbroek bekannt. Auf einem Schwimmfest in Maastricht legte die Holländerin 440 Yards im Kraulstil in der neuen Weltrekordzeit von 5:29,2 zurück. Die amtliche Weltbestleistung ist im Besitz der Amerikanerin Leonore Kight mit 5:30. Bereits am 2. Februar schwamm in Kopenhagen die junge Dänin Ragnhild Hveger mit 5:29,9 eine bessere Zeit. Besonderes Verdienst an den neuen Weltrekord kommt der Holländerin Tini Wagner zu, die in einem scharfen Kampfe Rie Mastenbroek zur Höchstleistung antrieb und in 5:29,6 nur knapp geschlagen wurde.

Die Europa-Rodelmeisterschaften wurden am Dienstag unter überaus starker internationaler Beteiligung auf der Olympia-Bobbahn in Garmisch-Partenkirchen begonnen, aber wegen Beschädigung der Bauernkurve und eines unerwarteten Föhneinbruchs bereits nach Beginn des zweiten Durchgangs der Einsitzer abgebrochen. Die Vertreter der teilnehmenden Nationen beschlossen, die Europameisterschaften nunmehr für dieses Jahr ganz abzusagen.

Zum Holmenkol-Rennen, Norwegens größtem skisportlichen Ereignis, haben acht Nationen ihre Meldung abgegeben. Neben Deutschland, Schweden, Finnland, Ungarn und Norwegen nannten für die in der Zeit vom 27. Februar bis zum 3. März stattfindende Veranstaltung noch Amerika, Kanada und Japan.

Auf ihrer Spanienreise wird die deutsche Fußball-Ländermannschaft am 27. Februar in Lissabon auf die portugiesische Elf treffen.

Gib die »Volksstimme« weiter!

Illusion

Von Paulus

Edward Stephens saß auf der Gartenbank hinter seinem Häuschen in der Londoner Vorstadt und träumte vor sich hin, wie er das nun schon seit 30 Jahren tat: den Blick nach innen gerichtet, weil ihm die Außenwelt nichts mehr zu sagen hatte, den Mund etwas resigniert, aber doch nicht verbissen, in allem das Bild eines Mannes, der sich mit seinem Schicksal abgefunden hat.

Auf seiner Hochzeitsreise war es gewesen. Er ging mit seiner jungen Frau in einem Park spazieren. Plötzlich ein Sturm. Ein dicker Ast traf ihn so unglücklich ins Gesicht, daß er das Augenlicht verlor. Besuche bei Doktoren, eine Operation und noch eine . . . alles nutzlos. Er blieb blind.

Heute ist ihm aber so anders als sonst. Diese plötzliche Unruhe . . . Fast ein Angstgefühl . . Dann fährt er empor. Was ist das? War das nicht ein leichter Lichtstrahl im linken Auge? und jetzt im rechten auch? Und dann noch einmal und noch einmal, stärker, immer stärker.

Und nun kommt das Unfaßbare: Er kann wieder sehen.

Wieder sehen! . . . Er stößt einen lauten Schrei aus. Schrecken? Freude? Er weiß es nicht. Er schreit nur immer wieder. „Betty, Betty!"

Die Frau stürzt herbei. Sie hat das Schreien gehört. Und jetzt sieht sie den Mann, der wie irr im Garten herumtollt, springt, hüpft, nicht weiß, was er tun soll.

Herrgott, vielleicht auch das noch? . . .

Doch da hört sie ihn rufen: „Du Frau, . . . dieses Glück, dieses Wunder . . . ich kann wieder sehen . . . wieder sehen!"

Sie eilt zu ihm, wirft sich in seine Arme; schluchzt. Dann nimmt er ihren Kopf von seiner Schulter.

„So Liebling, nun schau mich mal an. Ganz dicht. So, so . . ."

Sie neigt sich zu ihm, nimmt seine beiden Wangen in ihre Hände, sieht ihm voll ins Gesicht.

Und er sieht sie an. Einen kurzen Moment nur. Dann schließt er plötzlich wieder beide Augen.

„Was ist Dir, was ist Dir?" fragt sie ängstlich.

„O nichts, nichts," kommt es zurück, „es ist vielleicht zu viel auf einmal. Es ist vielleicht besser, die Augen noch etwas zu schonen."

Und er fuhr mit der Hand über ihr Haupt, sanft, als ob er etwas abzubitten habe. Sie durfte ja nichts merken.

Vor seinen blinden Augen hatte all die Jahre das Bild der Frau gestanden von damals, der Frau vor 30 Jahren. Wenn sie zu ihm sprach, so war das ihre Stimme. Wenn sie ihn streichelte, so war es ihre Hand. Er merkte nichts davon, daß ihre Finger schmaler geworden waren, ihre Haut schlaffer.

Und nun sah er sie plötzlich so, wie sie war: mit grauen Haaren, die Züge vergrämt, die Augen matt, farblos, ohne Glanz, frühzeitig gealtert, vor Kummer . . . seinetwegen . . .

Nein, sie durfte nichts merken.

Und als er die Augen wieder öffnete, da strahlte es ihr entgegen, wie damals, als sie noch beide jung waren.

Und nur, wenn der Mann ganz allein ist mit sich und seinen Gedanken, dann sitzt er wohl noch träumend da, und ganz leise taucht es in ihm auf, wie verhaltene Sehnsucht . . . Sehnsucht nach der Zeit, wo er die Welt noch sehen konnte . . . mit seinen blinden Augen . . .

Charlie Chaplin macht Politik

MTP. Newyork, Mitte Februar.

Man hat es ja schon seit Monaten gemunkelt: Charlie ist unter die Kommunisten gegangen. Charlies neuer Film wird Revolution machen. Charlie verhandelt mit einer russischen Delegation. „Modern Times" werden in Moskau ihre Uraufführung erleben.

Das letzte hat sich als unwahr erwiesen. Die Uraufführung hat im „Rivoli" am Broadway stattgefunden. Es hat eine kleine Revolution gegeben, in die die Feuerwehr hat eingreifen müssen. So drängten sich nicht nur die oberen Zehntausend vor dem Theater; Einlaß fanden nur diese.

Und es ist auch wahr, daß Charlie Revolution macht. Nicht nur in dem Sinne, daß der Film einen revolutionären Akt darstellt: er ist stumm, und nur mit Geräuschen untermalt. Nur einmal singt Charlie. Man hat gar nicht gewußt, wie rührend er singen kann. Aber das ist nicht das wichtigste.

Denn Charlie revoltiert ganz ernsthaft gegen unsere modernen Zeiten. Gegen die Maschine und gegen das Taylor-System, gegen das laufende Band und gegen die Polizei, gegen den Kapitalismus und die heutige Ordnung. Er ist, alles in allem, wirklich und wahrhaftig unter die Kommunisten gegangen, auch wenn er daran ganz schuldlos ist, daß man ihn (im Film) zum ersten Mal einsperrt, weil er eine rote Fahne trägt. Die hat er irgendwo aufgelesen, und es liegt ihm fern, Anführer eines Streiks zu sein.

Chaplins revolutionäre Propaganda beginnt damit, daß er das Schicksal der Arbeiter an sich selbst erlebt und darstellt. Es ist zum Wahnsinnigwerden. Immer das gleiche Einerlei, immer die gleiche lähmende Bewegung, immer der Kampf mit der allmächtigen Maschine. Charlie hält es nicht aus und versteht auch nicht, warum es andere aushalten. Er wird wirklich wahnsinnig.

Und als er geheilt ist, versucht er, sich eine soziale Position zu schaffen. Dieser Teil ist, als Film gesehen, der beste und ganz der alte Charlie. Als Tendenz gesehen, ist er der schwächste. Denn welcher Kellner wird sich tatsächlich durch die tanzenden Paare mitreißen lassen und zu servieren vergessen, welcher Warenhausangestellte wird sich Rollschuhe anschnallen, anstatt daß er die Kunden bedient? Das tut nur Charlie, der ewige Vagabund, der in keiner sozialen Form heimisch werden kann.

Die Erlösung liegt, auch diesmal, in der Liebe. Er findet sie in Paulette Goddard. Hand in Hand mit ihr entschreitet er mit ihr zum Schluß auf einer Straße, deren Ziel man nicht sieht. Es ist fast das gleiche Ende wie das Schlußbild des „Zirkus".

Begeisterung mischte sich sofort mit Kritik. Die Begeisterung galt allein dem Film; die Kritik galt allein dem Politiker Charlie Chaplin. Wahrscheinlich wird Charlie als Politiker es so wenig zu etwas bringen, wie die Filmgestalt, die er schuf, es in keinem seiner Filme je zu etwas gebracht hat.

Allan E. King.

Bücherverbot und Verlagsrechte

Oskar Maria Graf, Brünn, verklagt den Drei-Masken-Verlag Berlin.

Ein Rechtsstreit von Bedeutung kommt demnächst vor dem Kreisgericht für Zivilsachen in Brünn zur Verhandlung. Als Kläger tritt der bayrische Volksdichter Oskar Maria Graf auf. Die beklagte Partei ist der Drei-Masken-Verlag in Berlin. Graf mußte beim Machtantritt Hitlers aus Deutschland auswandern und hat sich in Brünn niedergelassen. Anläßlich der Versemung der Werke vieler deutscher Schriftsteller wurden die Bücher des Volksdichters Graf von der Hitler-Regierung empfohlen. Dagegen nahm der Dichter in seinem Protest „Verbrennt mich!" Stellung. Er erklärte sich mit seinen versemten Kollegen solidarisch. Darauf wurden auch Grafs Bücher in Deutschland verboten. Graf vertrat seinen ehemaligen Verlegern gegenüber den Standpunkt, daß alle Verlagsverträge nichtig geworden seien. „Ein Verlagsvertrag" — so formulierte der Dichter seine Ansicht — „verpflichtet den Verleger, die Bücher bekannt zu machen, sie zu verbreiten und dem Autor dadurch Gelegenheit zu geben, Vorschüsse abzugelten. Dadurch aber, daß die Regierung dem Verleger bei Strafe verbietet, diese Bücher weiterhin zu verbreiten und abzusetzen, ist sowohl der Verleger als auch der Schriftsteller außer Stand gesetzt, seine Vertragspflichten zu erfüllen." Die Klageschrift stützt sich denn auch auf den § 3 des deutschen bürgerlichen Gesetzbuches: „Ein auf unmögliche Leistung gerichteter Vertrag ist nichtig", denn weder Verlag, noch Autor können das leisten, was sie vertragsmäßig vereinbart haben. Nachdem bereits zwei andere deutsche ehemalige Verlage dem Autor nach einem eingehenden Schriftwechsel unumwunden erklärten, „daß sie unter den gegebenen Umständen das Vertragsverhältnis nicht mehr aufrecht erhalten können" und folglich die beiderseitig geschlossenen Verträge als gelöst ansehen, will der Drei-Masken-Verlag, Berlin geltend machen, daß erst nach einer Abzahlung des Vorschusses davon die Rede sein könne.

Wirtschaft-Handel-Schiffahrt

Die Entwicklung des deutschen Außenhandels

Geringer Ausfuhrüberschuß im Januar — Gedrosselte Einfuhr

Der deutsche Außenhandel im Januar steht im Zeichen einer starken Ausfuhrschrumpfung. Da die Einfuhr, um das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, gleichfalls gedrosselt worden ist, verbleibt nur ein sehr geringer Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr in Höhe von 18 Millionen (Dezember 1935: 43 Mill. RM.), der in keiner Weise ausreicht, um die mannigfachen Zahlungsverpflichtungen des Reiches zu decken, insbesondere da er wahrscheinlich auch nur auf dem Papier steht, weil die Abzahlungen auf die in Deutschland eingefrorenen ausländischen Warenforderungen die Erlöse der deutschen Ausfuhr größtenteils aufzehren.

Die Ausfuhr, das Sorgenkind der ganzen deutschen Wirtschaftspolitik, blieb mit 382 Millionen RM. um 8 Prozent hinter dem Ergebnis der Dezember-Ausfuhr zurück. Die Verminderung der Ausfuhr um rund 34 Millionen entfällt in der Hauptsache auf Fertigwaren, deren Ausfuhr gegenüber dem Monat Dezember allein um rund 30 Millionen gefallen ist. Außer bei Fertigwaren hat auch die Ausfuhr von Rohstoffen sowie von Nahrungs- und Genußmitteln abgenommen. Dagegen hat sich die Ausfuhr von Halbfabrikaten nicht verändert.

Der Rückgang der Ausfuhr im Januar 1936 beruht vor allem auf der geschrumpften Ausfuhr nach Italien (Kohle und zahlreiche andere Waren) und Norwegen (Wasserfahrzeuge). In geringerem Umfang hat darüber hinaus auch die Ausfuhr nach der Schweiz, Belgien-Luxemburg, Frankreich, Großbritannien, Schweden und von den außereuropäischen Ländern die Ausfuhr nach Aegypten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Argentinien abgenommen.

Von den einzelnen Ausfuhrwaren ist der Rückgang bei Wasserfahrzeugen allein mit 13,5 Mill. RM. zu erwähnen. Vor allem hat natürlich die Ausfuhr der durch das Weihnachtsgeschäft begünstigten Waren abgenommen. So hat der Absatz von Kinderspielzeug um 2,4 Mill. RM., Uhren um 1,1 Mill. RM., Ton- und Porzellanwaren um 1,2 Mill. RM., Glaswaren um 1,0 Mill. RM. und Büchern um 1,0 Mill. RM. abgenommen. Darüber hinaus hat aber auch die Ausfuhr von Textilwaren (Wirk- und Strickwaren sowie sonstige Kleidung und Wäsche) um 1,6 Mill. RM. abgenommen, was deutlich die Abneigung des Auslandes gegen deutsche Textilwaren zeigt, die auf Zweifeln an der Güte derselben infolge der Verwendung von Ersatzstoffen beruht. Stärker vermindert war ferner auch die Ausfuhr von Eisenwaren (—3,7 Mill. RM.). Die Ausfuhr von Teerfarbstoffen war um 2,1 Mill. RM. rückgängig. Die Verminderung der Ausfuhr von Rohstoffen um insgesamt 2,7 Mill. RM. entfällt überwiegend auf Steinkohlen (—2,1 Mill. RM.). Im übrigen halten sich die Veränderungen in engen Grenzen.

Aufschlußreich für die deutsche Wirtschaftspolitik ist es, daß die Einfuhr solcher Waren gedrosselt worden ist. Denn zur Erhaltung des Gleichgewichts der Handelsbilanz hat man die deutsche Einfuhr um rund 9 Millionen Mark auf 364 Millionen RM. verringert.

Im Bereich der Ernährungswirtschaft ist die Einfuhr von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprungs um 16,6 Mill. RM. gesunken. An diesem Rückgang waren Südfrüchte mit 10,4 Mill. RM. und Obst mit 6,7 Mill. RM. beteiligt. Gestiegen ist demgegenüber die Einfuhr von Kaffee (+ 1,6 Mill. RM.), nicht ölhaltigen Sämereien (+ 1,1 Mill. RM.) und Oelfrüchten (+ 1,5 Mill. RM.). Der Rückgang der Einfuhr von lebenden Tieren um insgesamt 3,4 Mill. RM. entfällt in der Hauptsache auf Schweine (— 1,5 Mill. RM.) und Rindvieh (— 0,9 Mill. RM.).

Die Steigerung der Einfuhr von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs um insgesamt 2,4 Mill. RM. entfällt im wesentlichen auf Fleisch (+ 4,1 Mill. RM.) und Tran (+ 2,8 Mill. RM.). Bei Eiern hat die Einfuhr um 2,6 Mill. RM. und bei Butter um 1,2 Mill. RM. abgenommen, was eine Unterstreichung durch die wieder akut werdende Butter- und die bestehende Eierknappheit erfährt.

Gegenüber der Drosselung bei der Ernährungswirtschaft hat die Einfuhr von Rohstoffen insgesamt um 139 Mill. RM. zugenommen. Hiervon entfallen 10,1 Mill. RM. auf Textilrohstoffe, deren Knappheit ja schon zu starken Betriebseinschränkungen in der Textilindustrie führte, und zwar ist die Einfuhr von Rohwolle um 5,9 Mill. RM. und von Rohbaumwolle um 3,4 Mill. RM. gestiegen. Im übrigen sind größere Zunahmen bei Eisenerzen (+ 2,8 Mill. RM.) und Häuten (+ 1,7 Mill. RM.) zu verzeichnen. Abgenommen hat gegenüber dem Vormonat die Einfuhr von Holz (— 2,4 Mill. RM.), rohen Mineralölen (— 1,5 Mill. RM.) und Bleierzen (— 1,5 Mill. RM.).

Bei Halbfabrikaten sind bearbeitete Mineralöle um 5,9 Mill. RM., Schnittholz um 1,5 Mill. RM. zurückgegangen. Dagegen ist die Einfuhr von Nichteisenmetallen um 2,8 Mill. RM. und von Düngemitteln um 1,1 Mill. RM. gestiegen. Die Zunahme der Einfuhr von Eisenerzen und Nichteisenmetallen illustriert den starken Materialbedarf der deutschen Aufrüstung, demgegenüber die Ernährung in den Hintergrund treten muß.

Daß die Entwicklung des deutschen Außenhandels die größten Bedenken hervorruft, ist leicht verständlich. Es ist daher kein Wunder, daß das deutsche Konjunkturforschungsinstitut auf Grund der Außenhandelsentwicklung des Jahres 1935 warnend seine Stimme für die Zukunft erhebt. Die kritischen Betrachtungen dieses offiziellen deutschen Wirtschaftsinstituts über die deutsche Handelsbilanz von 1935 zeigen, in welcher Sackgasse sich die deutsche Außenhandelswirtschaft befindet. Die Statistik kann hierbei nicht trügen. Die deutsche Ausfuhr hat sich im vergangenen Jahre, so heißt der Bericht, vertraglich nur sehr wenig, vielmehr hingegen in ziemlich bedeutender Höhe infolge der durch das Transferübereinkommen [illegible] deutschen Exportpreise erhöhen. Die gesamte Warenausfuhr Deutschlands ist von 1934 auf 1935 vertraglich [illegible] 40 Millionen RM. gestiegen. Um wieviel größer [illegible] Steigerung gewesen ist, geht daraus hervor, daß unter Zugrundelegung der Preise von 1934 die Ausfuhr des Jahres 1935 rund 200 Millionen RM. [illegible] 40 Millionen mehr erbracht hätte als 1934. [illegible] sind die deutschen Ausfuhrpreise willig gewesen sind, um die deutschen Ausfuhrpreise den Preisen der Weltmarktpreise anzupassen, um den Verkauf zu [illegible], durch außerordentlich niedrige Exportpreise den Kredit deutscher Waren in seiner Wirksamkeit zu beeinträchtigen. Es ist allerdings dabei zu [illegible], daß entsprechend der gewaltigen Steigerung der Weltmarktpreise auch die Qualität der Ausfuhrwaren gesteigert wurde. Die Schwierigkeiten, die sich den Ausgleich der deutschen Handelsbilanz im vergangenen Jahre entgegenstellten, lagen viel stärker auf der Ausfuhr- als auf der Einfuhrseite. Die Preise der ausgeführten Fertigwaren sind in dem vergangenen Jahren unaufhörlich gesunken. Sie waren im zweiten Halbjahr 1935 um 20 Prozent niedriger als 1932. Die Aufnahmefähigkeit und Willigkeit wichtiger Absatzmärkte ist noch immer gering. Bei der großen Nachfrageelastizität der Fertigwarenausfuhr mußten erhebliche Preisnachlässe gewährt werden, um die deutschen Exportpreise aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit den Angeboten der niederwalutarischen Länder anzupassen. Insgesamt mußte im Jahre 1935, um eine bestimmte Menge Einfuhrwaren bezahlen zu können, eine immer größere Menge von heimischen Gütern ausgeführt werden.

Mit größter Deutlichkeit wird letztere Feststellung durch eine Untersuchung des Konjunkturforschungsinstituts über die Zusammenhänge von Handelsbilanz und Preisgestaltung bestätigt. Darin wird ausgeführt, daß die internationalen Rohstoffpreise seit Frühjahr 1935 gestiegen sind, während die deutschen Einfuhrpreise nicht so stark zugenommen haben wie die Weltmarktpreise. Wäre die Rohstoff- und Halbfabrikateinfuhr von Oktober zu den Preisen getätigt worden, wie sie sich im Durchschnitt von Januar bis Oktober ergeben haben, so hätten 22 Millionen Mark Devisen weniger aufgewendet werden müssen, als es tatsächlich der Fall war. Eine Steigerung der internationalen Rohstoffpreise um 1 Prozent bedingt einen Mehraufwand an Devisen für die Einfuhr von 3 Millionen Mark monatlich. Setze sich die auf den Weltmärkten zu beobachtende Aufwärtsbewegung der Preise fort, so würden erneut größte Anstrengungen notwendig sein, um das Ausfuhrvolumen so stark zu erhöhen, daß der von der Einfuhrseite gefährdete Ausgleich der Handesbilanz sichergestellt wird. Zwar könnten bei entsprechender Umschichtung der Einfuhr hinsichtlich der Waren und Qualitäten auch weiter Devisenersparnisse erzielt werden, doch seien die Möglichkeiten zum Teil schon erschöpft oder könnten ohne Beeinträchtigung der Inlandversorgung nicht ausgedehnt werden. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, verliere der Appell zur Exportsteigerung nichts von seiner Dringlichkeit.

Trotzdem die deutsche Handelsbilanz 1935 ebenso wie diejenige des Januar 1936 also mit einem Aktivsaldo abschließt, bleibt auch nach Ansicht des Konjunkturforschungsinstituts die Handesbilanz weiter gefährdet. Denn die Abdeckungen der aus den Clearingverträgen in Deutschland eingefrorenen Auslandsforderungen für Warenlieferungen verschlingt den größten Teil des Ueberschusses. Deutschlands Außenhandel befindet sich weiter in einer ausgesprochenen Zwangslage.

Danziger Marktberichte

Der Danziger Getreidemarkt stand in der Berichtswoche unter dem Einfluß der ruhigen Auslandsmärkte und des infolgedessen zu verzeichnenden geringen Absatzes. Es ist aber andererseits zu berücksichtigen, daß das Angebot aus Polen auch weiterhin sehr klein blieb. Soweit Umsätze zustande kamen, wurden folgende Preise erzielt:

Weizen, bunt 128/9 Pfd. 19,35, Weißweizen 19,60.

Roggen 13,60 Zloty.

Gerste: Für Futtergerste konnten die Preise bei kleinem Angebot anziehen. Futtergerste 105 Pfd. brachte 15,10, Durchschnittsgerste 114/5 Pfd. 15,35, Mittelqualitäten laut Muster 15,35—15,60. Gute Qualitätsgersten waren gefragt und brachten 16½ Zloty.

Hafer war wenig Geschäft. Guter Weißhafer laut Muster erzielte 15¾—16¼ Zloty.

Hülsenfrüchte: Für Viktoriaerbsen zahlte man 24 bis 26, für grüne Erbsen 20—22 Zloty bei sehr kleinem Geschäft. Bei Peluschken, Wicken und Bohnen haben sich die Preise gegenüber der Vorwoche nicht geändert.

Von **Oelsaaten** wird Rübsen mit 35 Zloty waggonfrei wolhynischer Verladestation gehandelt. Bei **Kleesaaten** ist Rotklee weiterhin fest und bringt für prima Qualitäten bis 160 Zloty, während Weißklee unverändert ist.

*

Der Danziger Heringsmarkt ist ruhig. Große Veränderungen sind nicht zu verzeichnen. Die Nachfrage aus Polen hat sich nicht besonders gehoben. Die polnische Kundschaft ist sehr zurückhaltend, da der Absatz sehr klein ist. Außerdem wirken sich die billigen Preise für norwegische Gefrierheringe und für Räuchersprotten noch immer nachteilig für den Absatz von Salzheringen aus, wie wir schon in der Vorwoche berichtet haben. Die Preise sind dieselben wie in der Vorwoche. Da die Bestände bei den hiesigen Importeuren verhältnismäßig nicht groß sind, ist trotz des schlechten Absatzes nach Polen mit einem Fallen der Preise nicht zu rechnen. Neue Ankünfte sind bis auf kleinere Partien aus Norwegen nicht zu verzeichnen.

Oesterreichs und Ungarns Transporte über Gdingen

Auf Grund des halbjährlichen Berichts des Vertreters der polnischen Häfen kann man, wie „PAT." aus Wien meldet, eine bedeutende Belebung dieser Häfen durch Oesterreich und teilweise auch durch Ungarn feststellen. Es sind im Laufe der Berichtszeit etwa 3.765 Tonnen über die polnischen Häfen nach Oesterreich bzw. Ungarn und in entgegengesetzter Richtung transportiert worden. Die größte Position in der Ausfuhr bildet Weizen (2300 Tonnen) nach Triest über Danzig. Der Umschlag im Jahre 1936 dürfte etwa 10 000 bis 15 000 Tonnen betragen.

In diesen Staaten dürfte noch manches für Danzigs Hafen zu Vorteilen zu erlangen sein, wenn man mit der notwendigen Intensität an die Dinge herangehen würde.

Preisregelung für den deutschen Rundholzmarkt. Nachdem bereits vor einiger Zeit Festpreise für den Schnittholzmarkt im Rheinland und in Westfalen festgesetzt worden sind, hat Reichsforstmeister Göring durch eine Verordnung zur Regelung des Rundholzmarktes auch Bestimmungen über die Preisregelung für Rundholz bei Fichte und Buche für das am 30. September 1936 ablaufende Forstwirtschaftsjahr erlassen. In einer umfassenden Zusammenstellung werden für etwa 70 Preisgebiete im ganzen Reich sechs Qualitätsklassen bei Fichte und drei Qualitätsklassen bei Buche festgelegt, und für diese Preisspannen (Mindest- und Höchstpreise) sowie ein Durchschnittspreis festgesetzt. Die Preisspannen dürfen weder unter- noch überschritten werden. Diese Preisbindungen gelten für forstliche Rundholzumsätze, also beim Erzeuger, Verleiher und Bearbeiter. Sonstige und bereits abgeschlossene Rundholzverkäufe unterliegen, sofern neben alle Kartell- oder Verbandsabmachungen außer Kraft. Verstöße sollen durch die Preisüberwachungsstelle geahndet werden.

Danziger Vertreter bei der Prager Handelsvertragstagung. Auf der zur Zeit in Prag stattfindenden Tagung des Vorstandes der polnischen Handelskammer-Organisationen ist auch der Vorstand der Vertreter der polnischen Industrie in Danzig durch sein Vorstandsmitglied, Herrn Bernstein, vertreten.

Aus Polen

Vor einer Reorganisierung der Einfuhrkommission? Die „Gazeta Handlowa" teilt mit, daß im Zusammenhang mit der Verlegung des Sitzes der Zentraleinfuhrkommission aus dem Ministerium in ein eigenes Gebäude ihre Funktionen bedeutend erweitert werden sollen. Sämtliche Einfuhrformalitäten, angefangen von der Zuteilung der Kontingente bis zur Erteilung der Einfuhrbewilligungen, sollen in Zukunft bei der Zentraleinfuhrkommission zusammengefaßt werden. Die Wirtschaft soll dies Vorhaben durchaus begrüßen, da dadurch eine bedeutende Arbeitsersparnis eintrete und besonders Reklamationen usw. eine bedeutende Erleichterung erfahren würden. Nach der Reorganisation sollen der Zentraleinfuhrkommission von seiten des Handelsministeriums besondere Kontrollbeamte beigegeben werden, die die Ausführung der Bestimmungen des Ministeriums überwachen. Mit Durchführung der Neuordnung ist vor Mai 1936 nicht zu rechnen da die Liquidierung des bisherigen Systems geraume Zeit beanspruchen dürfte.

Vereinfachung der Bilanzveröffentlichungen. Nach den bisherigen Vorschriften des polnischen Handelsrechts sind Aktiengesellschaften verpflichtet, ihre Bilanzen im polnischen Staatsanzeiger zu veröffentlichen und unabhängig davon dieselbe Veröffentlichung auch in der „Polska Gospodarcza" vorzunehmen. Da letztere Verpflichtung mit erheblichen Kosten verbunden ist und aus technischen Gründen die Anzeigen erst mit großer Verspätung erscheinen, hat sich der Verband der Handelskammern an das Handelsministerium mit der Bitte gewandt, die Verpflichtung zur Veröffentlichung in der „Polska Gospodarcza" aufzuheben.

Schmuggel mit japanischen Glühlampen. Die polnischen Zollbehörden sind mit der Untersuchung einer großen Schmuggelaktion beschäftigt, in deren Verlauf 1,5 Millionen japanische Glühbirnen, teils als tschechoslowakische, teils als deutsche Ware deklariert, untergebracht werden konnten. Eine Glühlampenfabrik in Lemberg soll diese Schmuggelgeschäfte zusammen mit einem Wiener Handelshaus und mit einer tschechoslowakischen Speditionsfirma abgewickelt haben.

Die Lage auf dem Buttermarkt. In der Zeit vom 13. bis zum 16. d. M. war die Lage auf den ausländischen Butterabsatzmärkten, nach Angaben des Wirtschaftsverbandes der Molkereigenossenschaften in Posen, weiterhin fest, in der Hauptsache infolge der vorteilhaften Tendenz auf dem englischen Markt, auf dem die Preise im Vergleich zur vorhergehenden Berichtszeit vorwiegend eine weitere Steigerung ausweisen. Auf der Produktenbörse in London wurde Butter (in sh pro 1 cwt, landed London) notiert: neuseeländische 95, australische 94—96, polnische 94—96, lettische 113 und litauische 108. Die besten polnischen Butterjorten waren auf dem Londoner Markt zum Teil höher bezahlt als die höchsten Londoner Notierungen. Auf dem Binnenmarkt behaupteten sich die Butterpreise auf unverändertem Niveau.

Spanien kontingentiert Holzimport. Durch eine Verordnung des spanischen Handelsministeriums ist die Einfuhr von Schnittmaterial in den Stärken von 40 bis 75 Millimeter kontingentiert worden. Das Kontingent für 1936 ist auf Grund der durchschnittlichen Einfuhr in den Jahren 1932 bis 1934 auf insgesamt 161 000 Kubikmeter festgesetzt worden. Die Verteilung dieses Kontingents unter die verschiedenen interessierten Länder soll später erfolgen.

Amtlicher Maschinensturm in Ungarn. „Oeuvre" meldet aus Budapest: Der ungarische Landwirtschaftsminister hat angeordnet, daß landwirtschaftliche Maschinen bei der Ernte 1936 nicht zur Verwendung gelangen sollen, um die Gutsbesitzer zu zwingen, arbeitslose Landarbeiter einzustellen. Diese Anordnung verdeutlicht die Agrarschwierigkeiten und die große Arbeitslosigkeit Ungarns.

An den Börsen wurden notiert:

Devisen

Danziger Devisenbörse vom 18. Februar. Von der Bank von Danzig sind folgende Notierungen in Danziger Gulden festgesetzt worden. Telegr. Auszahlungen: Neuyork 1 Dollar 5.2320 — 5.2580; London 1 Pfund Sterling 26.10 — 26.20; Berlin 100 Reichsmark 213.03 — 213.87; Warschau 100 Zloty 99.80 — 100.20; Zürich 100 Franken 172.81 — 173.49; Paris 100 Franken 34.93 — 35.07; Amsterdam 100 Gulden 358.98 — 360.42; Brüssel 100 Belga 89.02 — 89.38; Stockholm 100 Kronen 134.53 — 135.07; Kopenhagen 100 Kronen 116.47 — 116.93; Oslo 100 Kronen 131.14 — 131.66. Banknoten: 100 Zloty 99.30 — 100.50.

Berliner Devisen vom 18. Februar. Belgien 89.30 — 89.48 — 89.12; Berlin 213.45 — 213.98 — 212.92; Holland 360.10 — 360.82 — 359.38; Kopenhagen 116.85 — 117.14 — 116.56; London 26.17 — 26.24 — 26.10; Neuyork 5.24⅝ — 5.25⅞ — 5.23⅝; Neuyork Kabel 5.24⅝ — 5.25⅞ — 5.23⅝; Paris 35.01 — 35.08 — 34.94; Prag 21.97 — 22.01 — 21.93; Stockholm 135.00 — 135.33 — 134.67; Schweiz 173.20 — 173.54 — 172.86. Tendenz uneinheitlich. — Deutsche Reichsmark im Freiverkehr in Warschau 150.00.

Danziger Effektenbörse vom 18. Februar. In Danziger Gulden wurden notiert für: Aktien: Zertifikate der Danziger Tabak-Monopol-A.-G. 103.00.

An den Produkten-Börsen

Danziger Produktenbörse vom 12. Februar. (Letzte amtliche Notierung vom 12. Februar. Preise für 100 Kilo.) Weizen, 130 Pfd. 18.55—19.40; Weizen, 128 Pfd. 19.50; Roggen, 120 Pfd. 13.40—13.50; Gerste, feine 15.50—16.00; Gerste, mittel 15.25—15.50; Gerste, 114/15 Pfd. 15.10; Futtergerste, 110/11 Pfd. 15.00; Futtergerste, 105/06 Pfd. 14.90; Hafer 13.50—15.00; Viktoriaerbsen 26—28; grüne Erbsen 20—22; Peluschken 23—24; Ackerbohnen 18.00—18.25; Wicken 21—23.

Danziger Mehlpreise vom 13. Februar. Weizenmehl 30 G. per 100 Kg. frei Bäckerei, Roggenmehl 24 G. per 100 Kg.

Polener Produktenbörse vom 13. Februar. (Nichtpreise): Roggen 12.40 bis 65, Tendenz ruhig; Weizen 18.25—50, stetig; Gerste a) 13.75—14.25, b) 13.25—50, ruhig; Braugerste 14.25—15.00, ruhig; Hafer 13.50—75, ruhig; Roggenmehl 18.50—75, stetig; Weizenmehl 31—32.75, stetig; Roggenkleie 9.50—10.00; grobe Weizenkleie 11.50—12.00, mittlere 10.25 bis 11.00; Gerstenkleie 9.75—11.00; Winterraps 38—39; Winterrübsen 37—38; Senfsaat 34—36; Futtererbsen 22—24; Viktoriaerbsen 39—40; Senfsaat 62—64; Leinsaat 21—22; Leinölkuchen 16.75—17.00; Sonnenblumenkuchen 18.25—75; Rapskuchen 14.25—50; Sommerwicke 24—27; Serradella 22—25; Peluschken 24—26. Allgemeintendenz ruhig.

Posener Produkten vom 15. Februar. Für je 1000 Kilo: Weizen, märk. 218.00; Roggen, märk. 173.00; Braugerste 225 Für je 100 Kilo: Weizenmehl — Für je 50 Kilo: Viktoriaerbsen 20.00—21.00; kl. Speiseerbsen 18.50—19.50; Futtererbsen 12.50—13.50; Peluschken 17.50—18.50; Ackerbohnen 11.25—12.25; Wicken 9.90—10.00; Blaue Lupinen 9.00—9.75; Gelbe Lupinen 13.25—14.00; Serradella 18.50 bis 21.00; Leinkuchen 8.65; Trockenschnitzel 4.52; Sojaschrot 7.75; Kartoffelflocken 8.85.

Posener Viehmarkt vom 13. Februar. Auftrieb: Ochsen 31, Bullen 127 und Kühe 272, junges Schweine 1400, Kälber 615, Schafe 85, insgesamt 2509 Tiere. — Preise: 1) 56—60, 2) 48—52, 3) 42—46, 4) 37—38; Bullen: 1) 52—56, 2) 48—50, 3) 40—44, 4) 32—36; Kühe: 1) 50—56, 2) 42—48, 3) 27—32, 4) 14—18; Färsen: 1) 56—60, 2) 48—52, 3) 42 bis 46, 4) 32—36; Jungvieh: 1) 32—35, 2) 30—32; Kälber: 1) 74—80, 2) 66—72, 3) 60—64, 4) 53—56; Schafe: 1) 56—60, 2) 40—50; Schweine: 1) 88—90, 2) 84—86, 3) 80—82, 4) 72—76, 5) 72—82. Marktverlauf ruhig.

Danziger Nachrichten

Momentbilder von Neugarten

Der Kircheneinbruch in Brösen

Paul E. wurde 13 mal vorbestraft. Er ist 27 Jahre alt. Sein Komplize, Walter L., 29 Jahre alt, ist 8 mal vorbestraft. Beide werden aus der Untersuchungshaft vor den Einzelrichter geführt. Sie werden beschuldigt, am 26. November in Brösen gebettelt und den Opferkasten der Antoniuskirche erbrochen und beraubt zu haben. Sie geben die Tat zu, doch will keiner der Täter gewesen sein, das heißt, sie belasten sich gegenseitig. Im Laufe der Verhandlung machte der Richter die Angeklagten darauf aufmerksam, daß sie auch wegen schweren Einbruchdiebstahls im Rückfalle bestraft werden können. Doch bringt die Beweisaufnahme hierfür keine Anhaltspunkte. So vertritt der Anklagevertreter, Amtsanwaltschaftsrat Böhm, die Anklage lediglich wegen Bettelns und Notdiebstahls mit Sachbeschädigung. Da die Straftaten am Tage vor dem Erlaß des Amnestie-Gesetzes begangen sind, soll das Betteln unter di eAmnestie fallen. Wegen Notdiebstahls mit Sachbeschädigung werden 6 Monate Gefängnis beantragt. Landgerichtsrat Brandt, als Einzelrichter, stellt das Verfahren ein. Er ist der Ansicht, daß auch für den Notdiebstahl mit Sachbeschädigung eine höhere Strafe als vier Monate Gefängnis nicht in Frage komme. Die Angeklagten, die seit dem 22. Januar in Untersuchungshaft saßen, wurden entlassen.

Der Trick des Taschendiebes

Weiter wurde gegen den 29 Jahre alten polnischen Staatsangehörigen Paul Duszynski verhandelt. Er ist in Danzig schon dreimal vorbestraft und sitzt seit dem 25. Januar in Untersuchungshaft. Die Anklage legt ihm zur Last, am 12. Januar einem Musiker auf der Straße die Geldbörse entwendet zu haben. Der Angeklagte leugnet die Tat. Es zeigte sich, daß er auf folgende Art und Weise gearbeitet hat: D. trug einen Mantel, an dem an der Tasche das Futter los war. Hatte er nun die Hand in die Tasche gesteckt, so befand sie sich in Wirklichkeit zwischen Oberkörper und Mantel. Unter dem Schutz des Mantels arbeitete er dann an den fremden Taschen. Die Sache ist dadurch herausgekommen, daß ein Helfer, den er bat, ihm nachzukommen und die eventuelle Beute zu verstecken, gepfiffen hat. Der Antrag des Anklagevertreters, Amtsanwaltschaftsrat Böhm, lautete auf 9 Monate Gefängnisstrafe. Der Einzelrichter verurteilte D. zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten. Der Angeklagte will gegen das Urteil Berufung einlegen, da er sich unschuldig fühlt.

Spirituosen gestohlen

Der 26jährige Artur K. ist dreimal vorbestraft, darunter auch wegen einfachen Diebstahls. Die Anklage lautet wiederum auf einfachen Diebstahl. Am 28. November hat K. auf dem Nachhausewege eine Schaufensterscheibe eingedrückt und 15 Flaschen Spirituosen gestohlen. Er entschuldigt seine Tat mit großer Not, denn Frau und Kind waren krank. Auch er wird in der Verhandlung darauf hingewiesen, daß er eventuell wegen schweren Diebstahls bestraft werden könne. Die Beweisaufnahme ergibt auch seine Schuld nach dieser Richtung hin. Der Anklagevertreter gibt zu, daß wohl Not vorhanden gewesen sei, daß aber wegen der Menge der gestohlenen Werte der Not-Paragraph nicht anwendbar sei. Bei Gewährung mildernder Umstände werden deshalb wegen schweren Einbruchdiebstahls vier Monate Gefängnis beantragt. Der Einzelrichter, Landgerichtsrat Brandt, erkennt antragsgemäß. Durch Verzicht auf weitere Rechtsmittel wird das Urteil rechtskräftig.

Umlernen!

Eine Mahnung an den Landeshandwerksmeister

Wir haben schon mehrmals darauf hinweisen müssen, daß bei den Pflichtinnungen anscheinend eine ziemliche Unklarheit darüber herrscht, was sie eigentlich sind. Die Pflichtinnungen sind, das muß zur Belehrung ihrer Leiter einmal wieder deutlich festgestellt werden, keine Organisationen der NSDAP., sondern Körperschaften des öffentlichen Rechts; sie haben also die Verpflichtung, in allen ihren Aeußerungen die für öffentliche Körperschaften gebotene Unparteilichkeit strikt zu wahren. Die in manchen Köpfen vorhandene Unklarheit darüber, daß Staat und Nationalsozialismus in Danzig nicht identisch sind, zeitigt denn auch, besonders bei den Pflichtinnungen, die merkwürdigsten Blüten. Da wird bei einer Quartalsversammlung der Schmiedeinnung das Lied „Volk ans Gewehr" von der Versammlung gesungen, da wird die Versammlung mit der Führerehrung geschlossen.

Da den Pflichtinnungen nicht nur Nationalsozialisten angehören, da ihnen vielmehr alle Handwerker des betreffenden Gewerbezweiges angehören müssen (trotzdem diese Einrichtungen diesen Kreisen noch keinen wirklichen Nutzen gebracht haben), so muß verlangt werden, daß diesem Sachverhalt auch Rechnung getragen wird. Es kann in einem demokratischen Staate Andersdenkenden nicht zugemutet werden, an Versammlungen öffentlicher Körperschaften teilzunehmen, die anstatt in völliger Unparteilichkeit im Geiste der Partei geleitet werden, die augenblicklich noch die Regierung bildet. Diese Partei ist nur eine unter vielen. Sie hat weder ein Recht noch Ansprüche darauf, daß ihre Parteilieder bei Veranstaltungen öffentlicher Körperschaften gesungen werden. Auch hier Abhilfe zu schaffen, dürfte durchaus dem Geiste der Genfer Beschlüsse entsprechen. Umlernen, Herr Landeshandwerksmeister Braun!

Daß die Stimmung in allen Handwerkerkreisen im übrigen nicht gerade rosig ist, zeigt die Rede des Landeshandwerksmeisters bei der Schmiedeinnung. Nachdem die Innungen nun schon monatelang bestehen und eigentlich durch ihre Leistungen ihr Bestehen schon gerechtfertigt haben sollten, muß noch immer die „Notwendigkeit der Pflichtinnungen hervorgehoben und zu begründen versucht werden. Anscheinend haben die Handwerker selbst ihre eigene, abweichende Ansicht über diese „Notwendigkeit". Sie können diese wahrscheinlich ebensowenig einsehen wie wir. Wenn weiter Ermahnungen zur Treue zur Innung, zum Vertrauen zur Handwerkskammer und zum Staate ausgesprochen werden müssen, dann zeigt dies, wie es darum wirklich bestellt ist. Ueber die tatsächliche Stimmung der Handwerker und mit ihnen der ganzen Danziger Bevölkerung vermag kein gemeinsamer Gesang nationalsozialistischer Lieder und keine Führerehrung hinwegzutäuschen. Desto mehr wäre es angebracht, daß die Leiter der Innungen sich die gebotene Zurückhaltung auferlegen.

Trinkbares Meerwasser. Durch eine neue, in den englischen Regierungslaboratorien zu Teddington bei London entwickelte Methode ist es nunmehr möglich geworden, salziges Meerwasser in trinkbares Süßwasser zu verwandeln. Das Verfahren besteht darin, daß Meerwasser durch Röhren aus synthetischem Harz geleitet wird, das aus Formalin und Tanninsäure besteht. Die Wände dieser Röhren absorbieren alle metallischen und alkalinischen Elemente des Meerwassers, das darauf eine zweite Röhrenserie passiert, die aus Formalin und Anilin besteht, und diese entfernt alle säureformenden Chemikalien aus dem Wasser. Das so behandelte Meerwasser ist durchaus trinkbar, wenn es auch zugegebenermaßen keinen besonderen Wohlgeschmack besitzt. Daneben kann es aber auch ohne weiteres in Dampfkesseln und für industrielle Zwecke jeglicher Art verwendet werden.

Zwei kleine Anfragen im Volkstag

Das Ausscheiden des Senators Hohnfeldt und das Landjahr

Die deutschnationalen Abgeordneten haben im Volkstage zwei Kleine Anfragen an den Senat gerichtet. Die erste Kleine Anfrage beschäftigt sich mit dem Ausscheiden des früheren nationalsozialistischen Senators Hohnfeldt aus dem Staatsdienst und mit einer angeblich an ihn gezahlten Abfindung, wie es heißt in Höhe von 17 000 Gulden. Die an den Senat gerichteten Fragen lauten nun:

1. Aus welchem Grunde ist diese Zahlung erfolgt, zumal Herr Hohnfeldt unmittelbar nach dem Ausscheiden aus dem Danziger Dienst in Deutschland eine lebenslängliche Anstellung gefunden hat? — 2. Wie ist diese zu zahlende Summe berechnet worden? — 3. Sind Herrn Senator Hohnfeldt die entsprechenden Steuern von diesem Betrage abgezogen worden? — 4. Aus welchem Etats-Titel ist die Zahlung erfolgt?

Die zweite Kleine Anfrage erklärt, daß durch die Rechtsverordnung über das Landjahr vom 30. 4. 34 in § 3 Abs. 2 bestimmt wird, daß die Jugendlichen zum Landjahr Verpflichteten während des Landjahres „nach den Grundsätzen des nationalsozialistischen Staates" erzogen werden. Die Abgeordneten fragen unter Hinweis auf die jüngsten Völkerbundsbeschlüsse, ob der Senat bereit ist, diese Bestimmung aufzuheben?

Mit der Dunggabel ins Gesicht gestoßen

15 Jahre alter Landarbeiter durch einen Roheitsakt schwer verletzt

Bei dem Bauernführer Dyck in Trutenau war ein 15jähriger Junge beschäftigt, der am Freitag den Auftrag hatte, an der Rübenschneidemaschine zu arbeiten. Dabei ist der Junge mit dem ebenfalls dort beschäftigten Landarbeiter Hans Kuschel in Differenzen geraten, in deren Verlauf Kuschel eine Dungforke nahm und damit dem Jungen ins Gesicht stieß. Eine der Zinken traf dem Jungen in den Mund, eine andere in den Hals, wobei der Kehlkopf verletzt wurde, so daß der Verletzte vielleicht die Sprache verlieren wird.

Die rohe Tat hat in Trutenau allgemeine Erregung und Verurteilung ausgelöst. Hans Kuschel war plötzlich aus Trutenau verschwunden, so daß man glaubte, er sei verhaftet worden. Der Täter ist jedoch bei seiner Mutter in Kahlbude aufgetaucht, wo er sich seit etwa 10 Jahren nicht mehr hat sehen lassen. Er hat in Kahlbude auch sofort Arbeit bekommen.

Hans Kuschel hat schon einmal die Oeffentlichkeit beschäftigt. Im Herbst des Jahres 1931 erstach er in Mönchen-Grebin einen polnischen Landarbeiter. Kuschel wurde damals verhaftet und vor Gericht gestellt, aber freigesprochen, weil man ihm glaubte, er habe in Notwehr gehandelt.

„Petterson und Bendel" in Danzig

Aufführungsrecht für die NSDAP.

Wie der „Vorposten" mitteilt, hat die Gaufilmstelle der NSDAP. in Danzig das Aufführungsrecht des Films „Petterson und Bendel" erworben. Der Film soll in vielen Orten des Gaues Danzig der NSDAP. aufgeführt werden. — Es handelt sich bekanntlich um jenen Film, nach dessen Vorführung in Berlin es im vorigen Jahre zu den antisemitischen Ausschreitungen am Kurfürstendamm kam.

Eine Rede des Herrn Temp

In einer Zoppoter Versammlung

In einer nationalsozialistischen Versammlung in Zoppot hat Herr Temp, das Oberhaupt der Zoppoter Stadtverwaltung, eine Rede gehalten, in der er wiederum die Opposition in seiner üblichen Weise angriff. So erklärte er jetzt, die Gegner des Nationalsozialismus seien oft „Werkzeuge überstaatlicher Mächte, nämlich des Weltjudentums und der Weltfreimaurerei" (!). Herr Temp erklärte ferner, „es sei unverantwortlich, wenn Menschen, die sich auch Deutsche nennen, in Genf ihre eigenen Brüder anklagen". (!) — Wie man sieht, haben die Nationalsozialisten noch nicht viel zugelernt. Bemerkenswert scheint uns zu sein, daß Herr Temp vor weniger Zeit, kurz nach der Genfer Tagung, etwa erklärte, man wolle jedem die Hand reichen. Der Wille scheint nicht lange gedauert zu haben.

Verunglückter SA.-Reiter. Der SA.-Mann Walter Norkowski in Kowall ritt gestern gegen 17.30 Uhr mit seinem Pferd auf die Felder von Kowall. Ungefähr in der Nähe des Kilometersteines 2.9 wollte er einen Graben überspringen. Dabei warf das Pferd den Reiter ab. N. zog sich schwere innere Verletzungen, eine Wirbelsäulenverletzung und eine Gehirnerschütterung bei dem Sturz zu.

Auch Trachtenberaterinnen? Ein Merkblatt des Reichsnährstandes beschäftigt sich mit der Trachtenfrage. Die Tracht, auch „eigenständiges Kleid" genannt, werde oft zu einer Modeangelegenheit. Um dem entgegenzuwirken, werde eine Umgestaltung erfolgen müssen. Wie es heute schon in jedem Dorf Schneiderinnen gebe, solle es in Zukunft auch Weberinnen geben, die in den Webschulen des Reichsnährstandes ausgebildet sind. Notfalls werde die Einsetzung besonderer Trachtenberaterinnen erfolgen müssen.

Unfall in der Hopfengasse. In einem Speicher in der Hopfengasse fiel am Dienstag die Arbeiterin Hedwig Kluck aus Schidlitz durch eine Luke aus einem Stockwerk in das andere und blieb besinnungslos liegen. Der Unfallwagen brachte die Verunglückte in das Marienkrankenhaus.

Polizeibericht vom 19. Februar 1936. Festgenommen: 12 Personen, davon 6 wegen Diebstahls, 3 wegen Betruges, 1 wegen Obdachlosigkeit, 2 aus besonderem Anlaß.

Danziger Standesamt vom 17. Februar

Sterbefälle: T. d. Arbeiters Leo Krest, 4 J. — Kleinrentnerin Maria Scheffler, 85 J. — Schneider Johann Baumann, 67 J. — Kleinrentnerin Catharina Laskowski, 82 J. — Oberin Helene Otto, 64 J. — S. d. Schmieds Wilhelm Wolf, 2 J. — Schneider Bruno Kluth, 43 J. — Witwe Berta Gehrmann geb. Fährnich, 53 J. — Schuhmacher Karl Fiebranz, 69 J. — Rentner Wilhelm Knauth, 41 J. — Hausangestellte Josefine Jakubowski, fast 40 J. — Ehelich zwei Totgeburten.

Aerztlicher Nachtdienst

In Not- und Dringlichkeitsfällen stehen heute nacht, in der Zeit vor 22 bis 6 Uhr, folgende Aerzte zur Verfügung: Dr. Nadel, Elisabethwall 4, Tel. 276 62. Dr. Kedzierski, Langer Markt 18, Tel. 218 17.

Vor zwei Jahren . . .

Der „Vorposten" brachte am 17. Februar 1934 einen Vortrag des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Pg. Dr. Ley, der heute in Danzig ist, mit dem Titel:

2000 Jahre ohne politische Führung

womit die Vergangenheit gemeint war. Pg. Ley führte u. a. aus:

„Wer in der Partei ist, ist damit schon zum Führer gemacht oder als Führer anerkannt . . .

Wenn alle Beamten politisch denken wollten, das wäre ein Unglück für unser Volk! Der Soldat soll auch nicht denken beim Langsam-Schritt-Üben. Dabei kann er nicht viel denken. Es wird befohlen, und die Bürokratie, die soll auch nicht denken, sondern die soll fleißig arbeiten von früh bis abends, das soll sie tun.

Man soll deshalb auch nicht traurig darum sein, daß das Volk noch nicht in seiner ganzen Masse politisch denkt. Nein, das wird auch nie der Fall sein. Die Politik ist Kunst, meine Parteigenossen, es ist kein Handwerk, das man erlernen kann. Entweder ich bekomme das mit oder ich bekomme es nicht.

Heute ist wohl dieser alte Kampf Partei und Staat, Partei und Bürokratie bereits zu Gunsten der Partei entschieden. Ich weiß, daß vielleicht der eine oder andere von Ihnen sagen wird, „aber bei uns nicht". Der Landrat ist noch immer frech und der Bürgermeister ist auch so arrogant und der Regierungspräsident will uns noch nicht hören und der Ministerialrat läßt uns gar nicht vor, in dessen Vorzimmer müssen wir sitzen und kommen gar nicht heran. Das weiß ich, das wird auch in den nächsten Jahren noch so sein. Es wäre auch schlimm, wenn wir alles schon ausgeräumt hätten. Hitler sagte in der vorigen Woche zu einem Gauleiter: „Was wollen Sie denn, wenn wir keine Kämpfe mehr haben, dann bekämen wir alle dicke Bäuche und würden faul . . .

Wir haben so viel geredet vom Ständischen Aufbau. Was ist nicht alles darüber geschrieben und gemacht worden. Kommissionen haben zusammengesessen und Zeichnungen sind angefertigt worden mit Rot und Blau und Gelb und Grün und allem möglichen. Es war fabelhaft! Man hat nachts davon geträumt und am Tage hat es einen von morgens bis abends erfaßt. (Manchen hat es heute noch nicht losgelassen. D. Schriftleitung.) Wir haben zusammengesessen und beschlossen, die einen gehörten dahin, die Toilettenfrauen, die Hebammen usw. dorthin. Wir teilten sie genau auf, nur eins vergaßen wir, daß wir schon wieder

in dem alten liberalistischen Fahrwasser waren.

Ich komme mir vor wie der Vater in einem Garten mit seinen Kindern: ich lasse sie machen und spielen und tun und passe bloß auf. Bald nehme ich dem mal ein Messer weg, dem ein Feuerzeug und dem das und dem das.

Jawohl meine Parteigenossen! Es ist wirklich ein großer Gedanke und es ist wahr: man muß die Bewegung machen lassen. Wir machen vielleicht hier und da was falsch; ich glaube, ich kann sagen, es ist nicht allzuviel falsch gemacht worden. Ich möchte deshalb nicht vom Ständischen Aufbau und all diesen Dingen reden . . . .

Nein! Sind wir dankbar wiederum unserem Führer, daß er sagte: „Halt, jetzt muß ich den Kinderchen dieses Instrument wieder wegnehmen. Jetzt fangt mal wieder von anderen Sachen an!"

Wir hatten früher nicht einmal einen politischen Generalstab. Selbst Bismarck hatte es nicht vermocht, einen solchen zu bilden. Ihm folgten Männer wie Hohenlohe und Caprivi und Bülow und Bethmann-Hollweg und wie sie noch geheißen haben mögen. Kleine, ganz kleine Durchschnittsmenschen, die zum Teil noch unter dem Durchschnitte standen. Ganz kleine Pimpfe, die von der Politik gar keine Ahnung hatten. . . ."

Ein Glück für die Menschheit, daß sie für die nächsten 2000 Jahre Herrn Ley hat. Der wird schon aufpassen auf die Kinderchen . . . .

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet:

Lett. D. „Bartava", 18. 2. von Klaipeda, für Bergenske; brit. D. „Meta", 19. 2. von Aarhus, für Bergenske; dtsch. MSch. „Montan", 19. 2. ab Aabenraa, für Bergenske; dtsch. D. „Uranus", 18. 2. von Bremen via Gdingen, für Wolff & Co.; schwed. D. „Fortunatus", 20. 2. fällig, für Artus; Danz. D. „Gertrud", 18. 2. von Kopenhagen für Behnke & Sieg; brit. D. „Bengore Head", 20. 2., für Behnke & Sieg.

Im Gdingener Hafen werden erwartet:

D. „Solstad", 24. 2. fällig; D. „N. C. Monberg", 24. 2. fällig; D. „E. H. Stinnes", 24. 2. fällig; D. „Ascania", 25. 2. fällig; D. „Wilno", 29. 2. fällig; D. „Marianne", 29. 2. fällig. D. „Lisboa" fuhr am 18. 2. von Hamburg nach Gdingen.

Es liegt auf der Reede von Gdingen: D. „Kurland".

Zahnlosigkeit — erblich

Ein englischer Gelehrter berichtet über eine Hindu-Familie, in der indischen Provinz Sind, in der im Verlauf von vier Generationen zehn völlig zahnlose Männer gezählt wurden. Diese Männer hatten außerdem sehr spärlichen Haarwuchs und wurden schon früh kahlköpfig. Während Frauen in dieser Familie niemals solche abnormen Merkmale zeitgen, traten sie bei Männern regelmäßig auf. Neue Forschungen haben ergeben, daß die beschriebenen Abnormitäten sich bis auf die heutige Generation vererbt haben; im ganzen läßt sich der Erbgang bis zum Jahre 1780 zurückverfolgen.

Wasserstandsnachrichten der Stromweichsel

vom 19. Februar 1936

	18. 2.	19. 2.		18. 2.	19. 2.
Thorn	+0,49	+0,44	Montauerspitze	+0,04	−0,06
Fordon	+0,68	+0,60	Dieckel	−0,07	−0,17
Culm	+0,54	+0,51	Dirschau	−0,18	−0,30
Graudenz	+0,67	+0,60	Einlage	+2,14	+1,98
Kurzebrack	+0,78	+0,68	Schiewenhorst	+2,38	+2,18
	15. 2.	**16. 2.**		**14. 2.**	**15. 2.**
Krakau	−2,66	—.	Nowy Sacz	+0,86	+1,00
Zawichost	+2,31	+2,28	Przemysl	−2,00	—.
Warschau	+1,19	+1,12	Boczkow	+0,36	+0,35
Plock	+0,90	+0,85	Pultusk	+1,57	+1,59

Eisbericht der Weichsel vom 19. Februar 1936:

Von Korabniki (Klm. 684) bis Gemlitz (Klm. 923) Eistreiben in zwei Drittel Strombreite. Von hier bis zur Mündung Eistreiben in ganzer Strombreite. Eisabtrieb in See langsam. Die Dampffähren sind in Betrieb.

Die Durchführung der polnischen Agrarreform

Deutsche Klagen über zu starke Heranziehung deutschen Besitzes

Im amtlichen polnischen Gesetzblatt ist die im Verlauf der Durchführung der polnischen Agrarreform für das Jahr 1936 veröffentlichte Namensliste der enteigneten Personen erschienen. In Posen und Pommerellen wird mehr deutscher Besitz als polnischer enteignet werden. Das DNB. bemerkt dazu, daß, da deutsche Siedler für die Parzellierungsaktion allgemein nicht zugelassen werden, die Agrarreform nur den polnischen Kleinbesitz stärke.

Die „Deutsche Rundschau in Polen" berechnet den bisherigen Abgang an deutschem Boden wie folgt: Durch die Agrarreform seien seit ihrem Beginn bis zur Liste 1935 vom deutschen Besitz 59 989 Hektar und vom polnischen Besitz 25 186 Hektar erfaßt. Die jetzt vorliegende Namensliste für 1936 weise 8444 Hektar für den deutschen und 7450 Hektar für den polnischen Besitz auf. Das bedeute insgesamt einen Verlust von 68 443 Hektar bei der deutschen Minderheit und von 32 636 Hektar bei der polnischen Mehrheit. Der Unterschied werde noch größer, bemerkt das Blatt, wenn man bedenke, daß auf deutscher Seite zu den Enteignungen durch die Agrarreform noch die Massenenteignungen durch Liquidation, Annullation und andere Formen der Entfernung unerwünschter Eigentümer gekommen seien. Unter den verkleinerten deutschen Gütern befänden sich ausgesprochene Musterwirtschaften. Die Agrarreform, wie sie heute gehandhabt werde, sei für Polen kein landwirtschaftlicher, letzten Endes auch kein nationaler Erfolg.

Drei Memelländer begnadigt. Der litauische Staatspräsident hat von den 12 verurteilten Memelländern aus dem großen Kownoer Prozeß, die anläßlich der litauischen Unabhängigkeitsfeier Gnadengesuche eingereicht hatten folgende drei Verurteilte begnadigt: Herbert Mekler (4 Jahre Zuchthaus), Lehrer Gavehn (4 Jahre Zuchthaus) und den Jugendlichen Mitzkat (1½ Jahre Zuchthaus). Das Kriegsgericht hat ferner die Begnadigung von drei weiteren Verurteilten, die wegen ihres Gesundheitszustandes nicht mehr haftfähig sind, befürwortet und eine weitere Begnadigung in Erwägung gezogen. Die Gnadengesuche der übrigen 65 Verurteilten sind vom Kriegsgericht nicht befürwortet worden.

Die Lohnverhandlungen im Kohlenbergbau Ostoberschlesiens zeitigten bisher kein Resultat. Die Arbeitgeber verlangen Lohnabbau, die Gewerkschaften Lohnerhöhung. In der dritten Februarwoche soll der Lohnkonflikt durch die Arbeitsbehörden dem Ständigen Schiedsausschuß in Kattowitz zwecks Fällung eines verbindlichen Schiedsspruchs überwiesen werden. Am 15. Februar sind in weiteren Kohlenrevieren Konflikte ausgebrochen. Die Arbeitgeber des Krakauer und Dombrowaer Reviers haben den Tarifvertrag zum Zwecke des Lohnabbaus gekündigt. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften begannen am 17. Februar. Die Regierung soll sowohl Lohnabbau wie Lohnerhöhungen ablehnen. Die bisherigen Löhne sollen gehalten werden. Die Arbeiterverbände haben für den 20. Februar eine Betriebsräteversammlung nach Kattowitz einberufen. Der Versammlung soll eine Entschließung zur Annahme vorgelegt werden, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß jeder Versuch des Arbeitgeberverbandes, die Löhne herabzusetzen, mit einem Streik in der gesamten polnischen Industrie beantwortet werden würde.

Drohender Generalstreik in Marseille. Der Streik in Marseille um die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen droht größere Ausmaße anzunehmen. Die „Humanité" meldet am Montag, daß der größte Teil aller Arbeitergewerkschaften sich für den Generalstreik ausgesprochen habe. Sollte bis Mittwoch eine Einigung nicht erzielt werden, so ist mit dem Generalstreik zu rechnen.

Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie

9. Ziehungstag — 18. Februar 1936

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

8 Gewinne zu 3000 M. 22853 326305 348648
26 Gewinne zu 2000 M. 5651 5777 14478 68737 94554 108741 130432 134783 160794 185735 193278 278930 307694
72 Gewinne zu 1000 M. 3470 9038 16592 25652 33542 47446 54482 103323 110707 121372 135588 139057 150539 165[illegible]50 173184 187433 217771 257608 2[illegible]8295 274980 275764 278603 284224 303729 317184 334289 344375 352372 365736 360000 381387 382283 383546 390358 392743 395121
120 Gewinne zu 500 M. 6232 26130 34086 35[illegible] 37197 40405 44690 55303 98871 103883 107022 115765 119228 123398 135580 135784 153917 155929 170154 175438 175489 175709 178146 193696 196921 204639 204918 211291 227979 229073 233008 240154 248308 254559 264187 269125 271503 277914 277976 280541 283080 284527 286205 296039 302980 314037 315144 317927 323399 324202 328510 356327 356716 358615 374384 376585 383832 384415 396995 399350
348 Gewinne zu 300 M. 963 4786 5152 9154 11243 11902 19809 23384 28588 28726 30479 34579 35117 36271 41430 44652 45609 45685 46241 47540 51154 52001 54484 59322 59807 64212 65515 67449 67649 68209 68436 73161 73552 75535 80076 81334 84335 86072 89531 100539 109091 112827 113939 115465 122655 123557 125265 126537 129154 129450 129621 130773 131351 131775 132209 135581 135980 139239 139300 139837 140975 141075 142663 142716 142934 143498 144170 146144 147769 150212 156471 163234 168327 159382 162332 170547 170927 171025 179346 181882 184373 184855 187196 189322 190019 191507 193377 193893 197856 198940 202770 210173 210211 213020 213151 215525 222924 224993 225546 229623 233465 233562 234533 237195 237246 238900 245192 245376 245456 249447 253437 255159 255706 251502 262330 267834 269128 270696 272323 273068 273630 278399 278820 279079 282398 284016 284222 285054 288240 289492 295575 296850 299683 300836 301418 301945 302275 303642 306324 306070 308131 303325 312653 315902 321132 325703 330147 336067 341283 319540 351092 353335 353886 354923 355885 359443 363792 365485 365522 374230 379256 379720 380498 384101 384515 385568 388041 394548 394935 395519 397497 399204 399359 399865

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 286089
6 Gewinne zu 5000 M. 62796 83519 87521
8 Gewinne zu 3000 M. 56735 104765 173407 315286
12 Gewinne zu 2000 M. 85390 100618 106853 201028 231432 327724
36 Gewinne zu 1000 M. 4664 25350 75966 128564 152653 176320 179291 192138 196531 213415 241340 246192 271446 285571 293243 309324 347359 369517
70 Gewinne zu 500 M. 9906 26350 27247 33540 38910 39648 40800 41741 44342 76975 82869 91166 121996 126523 130508 134924 138841 140685 173169 176150 212106 248556 249780 270988 275438 291888 301964 302201 311487 315278 335078 341290 343667 389151 390110
326 Gewinne zu 300 M. 728 1709 2958 8051 9000 10037 11338 14575 15345 15275 20046 21242 23132 26601 31410 36354 42109 45353 49395 55249 55542 56967 57875 58789 59723 65045 72290 75398 76316 77639 80460 83317 83687 88947 89045 89351 89895 90850 93643 97661 99187 99334 99723 102631 103530 105933 106492 106664 107791 109383 113275 114325 119014 120305 120758 122439 123314 126264 126478 127728 128182 128778 130160 132819 135053 136707 138598 144324 146871 149533 153629 160572 164549 164781 171493 172602 173540 176516 181721 181529 183299 184487 184662 189470 190542 193289 195667 199897 200569 201369 203108 205195 206471 208837 209666 213508 220400 221042 221161 221245 221738 222789 222964 223214 223921 224030 229478 236777 239040 239681 240453 240468 245034 246203 247081 266799 267950 269138 269577 270831 275439 280353 283303 285552 298627 300217 305033 307957 310952 313726 315960 316423 323606 323673 328916 335132 333570 341572 342911 344597 345308 346424 347642 349810 350953 351149 351442 351642 361910 362638 363289 365670 368399 370152 374096 378145 379581 379643 383504 384700 389305 391426 399677

Europa im Aether

Mittwoch, den 19. Februar:

18.00 Bukarest: Rumänische Tänze. — 18.10 Hilversum I: Unterhaltungskonzert. — Prag: Deutsche Sendung, Arbeitersendung und Nachrichten. — 18.30 Straßburg: Orchesterkonzert. — 18.55 Wien: ‚Dame im Traum', Oper.
19.00 Droitwich: Nachrichten, anschl. Brahmslieder. — London Regional: Nachrichten, anschl. englische Musik. — 19.15 Riga: Opernmusik. — 19.25 Prag: Konzert. — 19.30 Paris: Konzert. 19.50 Lahti: Tanzmusik.
20.00 Beromünster: Violine und Klavier. — Brüssel fläm.: Gesang. — Kalundborg: Operettenouvertüren. — Oslo: Orchesterkonzert. — Stockholm: Sinfoniekonzert. — Straßburg: Gesang. — Warschau: Tonfilmschlager. — 20.10 Riga: Dänische Kammermusik. — 20.20 Bukarest: Klavier und Gesang. — Prag: Frauenchöre. 20.45 Hilversum II: Leichte Musik.
21.00 Brüssel franz.: Orchesterkonzert. — 21.35 Brüssel fläm.: Orchester. — 21.00 Warschau: Chopin-Konzert. — 21.15 Kalundborg: Duette von Schumann. — 21.45 London Regional: Unterhaltungskonzert.
22.00 Paris PTT.: Stücke für Cembalo, anschließ. Kammermusik. — Wien: Nachrichten, anschl. Tonfilmschlager. — 22.30 Kalundborg: Dänische Musik.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Adomat; für Inserate: Anton Fooken beide in Danzig. Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt A. Fooken, Danzig. Druck: Druckerei und Verlagsanstalt Karl Formell, Danzig.

Dienstag, den 25. Februar 1936

Fastnachtsball

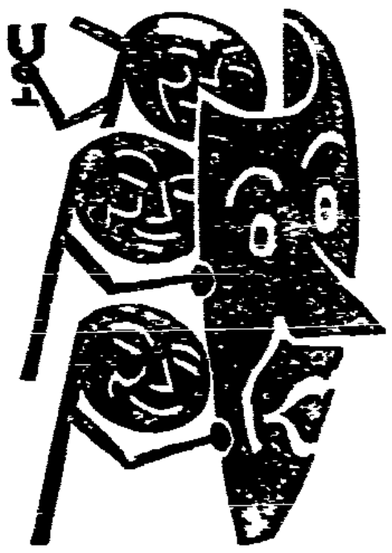
auf „Bischofshöhe". Anfang pünktl. 19.30 Uhr

Die Künstlergruppe des Vereins bringt ein großes Fastnachtsprogramm mit vielen Ueberraschungen.

Moderne Tanzmusik in allen Räumen.

Eintritt 75 Pfennig und 40 Pfennig. Einladungskarten sind bei den Mitgliedern des Vereins und in der Expedition der „Danziger Volksstimme" erhältlich.

Freie Turnerschaft Danzig



Sonnabend, den 22. Februar 1936, abends 8 Uhr, im Lokale „Café Bischofshöhe"

Großer Fastnachts-Maskenball

Karnevalistisches Treiben in allen Räumen

Jubel und Trubel · Kappen sind erhältlich
Eintritt 60 Pfennig, im Vorverkauf 50 Pfennig
Ohne Einladung kein Zutritt!

Freie Sänger-Vereinigung Langfuhr

Architekt

neuzeitlich, mit Wettbewerbserfolgen, empfiehlt sich zur Bearbeitung von Neu- und Umbauten, Aufstellung v. statischen Berechnungen und Kostenanschlägen bei billigster Berechnung.
Beratung unentgeltlich!
Anfragen unt. 491 a. d. Exped.

Offene Stellen

Stellengesuche

Zu vermieten

Wohn.-Gesuche

Verkäufe

Ankäufe

Wo? Kränze u. Blumen zum Marktpreis. Nur L. Damm Nr. 10

Verschiedenes

Englische Literatur zu kaufen gesucht. Angebote unter 696 an die Expedition

Gebr. Herr.-Fahrrad gut erh., z. kauf. gef. Angebote mit Preis unt. 638 a. d. Exp.

Wer fremde Sprachen beherrscht, kommt schneller vorwärts. Bei mir lernen Sie gründlich
Polnisch, Englisch, Französisch
in kürzester Zeit bei billigen Preisen. Ang. unter 1000 an die Geschäftsstelle.

Für schnellfördernden
Franz. Sprachkursus
werden noch Teilnehmer gesucht.
Beginn: Montag, den 1. März
Ang. u. „Science 606" a. d. Expedit.

Bei uns werden Sie reell und gut bedient

Stempel Schultz

L. SCHATZBERG Danzig, Heilgegeistgasse 61

Schlosser aller Art so billig und doch gut bei Kagan

Sperrplatten Furniere, Leisten, Türfüllungen, Türen billigst Mal. Schlaa 95 Hof, Tel. 28619

Möbel immer billig im altbekannten Danziger Möbelhaus David II. Damm 7

Sind's die Schuhe geh' zu Marcus Häkergasse 10

Damen- u. Herren-Mäntel, Anzüge Hosen billig und gut in der Danziger Konfektionsecke 101 Breitgasse 101

M. Jacobius Altstädtischer Graben 33 Kolonialwaren Kaffee-Großrösterei

Pelze aller Art, sowie Jacken und Mützen werden billigst angefertigt bei M. Goldberg Heilgegeistgasse 102

Damenhüte Das Neueste immer auf Lager Wiener Chic Münstertor 3

NSDAP. in der Schweiz verboten
Berner Regierung gegen deutsche Auslandsorganisation
Um Englands Haltung zum Abessinien-Konflikt
Becks Reise nach Brüssel
Die Wahrheit über Prinzlaffer Ueberfall
SA. verprügelte NS.-Hago-Mitglieder
Die Ausgaben der Versorgungsverbände

DANZIGER Volksstimme

Einzelpreis 20 P oder 20 Groszy

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spendhaus 6. Fernsprechanschluß der Geschäftsleitung 287 03. Schriftleitung 215 60. Bezugspreis monatl. 3.— G, wöchentl. 0,75 G; in Deutschland 2,50 Goldmark; durch die Post 3.— G.— monatl.; für Pommerellen 5.— Zloty. Anzeigen: 1 mm 0,16 G; Reklamen: 1 mm 0,60 G; in Deutschland 0,16 u. 0,60 Goldmark. — Abonnements u. Inseratenaufträge in Polen nach dem Danz. Tageskurs

27. Jahrgang | Mittwoch, den 19. Februar 1936 | Nr. 42

Berner Regierung gegen Nazi-Auslandsorganisation — Eine Folge der Diskussionen um den Landesleiter

NSDAP. in der Schweiz verboten

Das Attentat auf den Landesleiter der NSDAP. in der Schweiz, Gustloff, hat zu einem bedeutsamen Entschluß des Bundesrates geführt: eine Landesleitung und Kreisleitungen der NSDAP. sind in jeder Form für die Zukunft in der Schweiz nicht mehr zugelassen. Auch die nationalsozialistischen Studentenverbindungen sind in der Schweiz verboten worden. Im Augenblick läßt sich nicht übersehen, wie weit das Verbot gehen wird; während die amtliche Mitteilung zunächst nur davon spricht, daß Landes- und Kreisleitungen nicht mehr zugelassen werden und die weitere Zulassung von ausländischen politischen Vereinigungen geprüft werden soll, betrachtet die deutsche Presse die amtliche Kundgebung der Schweizer Regierung als ein generelles Verbot der Organisationen der NSDAP. in der Schweiz.

Die schweizerische Presse hat nach dem Attentat auf Gustloff einheitlich gefordert, eine Neubesetzung des Postens eines nationalsozialistischen Landesleiters nicht wieder zuzulassen; ein Teil der Presse, neben den sozialistischen auch maßgebende bürgerliche Blätter, war weitergegangen und hatte ein Verbot der NSDAP. verlangt. Die Regierung hatte zu der Tätigkeit der NSDAP. in der Schweiz im vorigen Jahre noch eine andere Stellung eingenommen, als sie an Gustloffs Parteiarbeit keinen Anstoß nahm und dieses in einer Antwort auf die Anfrage eines Parlamentsmitgliedes bescheinigte. Inzwischen scheint die Regierung ihre Ansicht doch geändert zu haben und entschlossen zu sein, die zentral geleitete politische Tätigkeit der in der Schweizerischen Gruppe der NSDAP. zusammengeschlossenen Reichsdeutschen zu unterbinden. Dieser Beschluß des Bundesrates ist erst erfolgt, nachdem die Oeffentlichkeit schon lange sehr entschieden Maßnahmen gegen die NSDAP. auf Schweizer Boden verlangt hatte.

Die Schweizer Presse, wie der bürgerliche „Bund", wandte sich vor allem dagegen, daß in der Schweiz „Stützpunkte ausländischer Propaganda" geduldet würden. Sie sah, sehr im Gegensatz zu der Regierung, in der Tätigkeit der „zwangsorganisierten" Reichsdeutschen eine über den Rahmen reichsdeutscher innerer Angelegenheiten weit hinausgehende Betätigung. Gegen die Behandlung des gesamten deutschen Sprachgebietes als ein Großdeutschland durch die deutsche Propaganda wandte sie sich mit großer Schärfe. Ebenso protestierte sie gegen die politischen Aufgaben, die den deutschen Auslandsstudenten, die in einer Zwangsorganisation zusammengefaßt waren, von dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund gestellt waren.

Die Diskussion um den Landesleiter selbst hatte zu dem Ergebnis geführt, daß man die Einrichtung einer halbamtlichen deutschen Stelle neben der Gesandtschaft für unzweckmäßig hielt. Gustloffs viele Chargen, denen entsprechend er auch von deutscher Seite immer behandelt wurde, hatten in der Schweiz keine Geltung, weshalb die Schweiz ihn als einfachen Staatsbürger ansah, deutsche Stellen dagegen als eine Art Sonderbevollmächtigten. Diese verschiedenartige Bewertung führte zu Auseinandersetzungen und wurde in der schweizerischen Oeffentlichkeit für unhaltbar befunden.

Die deutsche Presse bespricht die Maßnahme in außerordentlich scharfen Kommentaren. Die Ausführungen des „Völkischen Beobachters", die wir weiter unten wiedergeben, gehen wohl in den Vorwürfen gegen den Bundesrat am weitesten. Inhalt und Ton dieser Ausführungen werden wohl kaum geeignet sein, die Unruhe, die um den Fall Gustloff in den Beziehungen beider Länder entstanden sind, zu beseitigen.

*

Amtlich wird aus Bern mitgeteilt: „Der Bundesrat hat auf Grund eines Berichtes der Bundesanwaltschaft und auf Antrag des Justiz- und Polizeidepartements beschlossen, eine Landesleitung und Kreisleitungen der NSDAP. in der Schweiz in irgendeiner Form in Zukunft nicht mehr zuzulassen. Die grundsätzliche Frage der weiteren Zulassung von ausländischen politischen Vereinigungen in der Schweiz wird dem Justiz- und Polizeidepartement in Verbindung mit dem politischen Departement zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen."

Der Bundesrat der Schweiz hat auch zum Berichte des Innenministeriums über die Tätigkeit der nationalsozialistischen Studentenorganisation Stellung genommen. Im Einvernehmen mit den Vorschlägen der Polizei und des Justizministeriums hat der Bundesrat beschlossen, Studenten, die Verbindung mit den deutschen politischen Stellen und Behörden unterhalten, aus der Schweiz auszuweisen. Gleichzeitig ist eine Sonderinstruktion bezüglich der deutschen Studentenverbindung in der Schweiz erlassen worden, die sich scharf gegen das Hineintragen politischer Faktoren in das Leben der akademischen Organisationen wendet. Schließlich hat sich der Bundesrat auch gegen die Gründung des „ökonomischen Büros" der nationalsozialistischen Partei in der Schweiz ausgesprochen.

Scharfe Stellungnahme des „Völkischen Beobachter"

Der „Völkische Beobachter" schreibt u. a.: „Mit dem Verbot der Organisation der NSDAP. macht sich Bern die marxistischen Mordargumente zu eigen. Die Schweizer Regierung wird damit zu einem Werkzeug der marxistischen und jüdischen Propaganda gegen Deutschland, deren Behauptung immer darauf hinausgelaufen ist, daß die Anwesenheit von Nationalsozialisten in der Schweiz eine Provokation der Gegner des Nationalsozialismus sei. Der Bundesrat beweist durch sein Verhalten aber auch eine Auffassung von seinen Pflichten, die angesichts des bis jetzt schon angerichteten Unheils unverständlich sein muß. Das Deutsche Reich jedenfalls vertritt die Ansicht, daß es die Aufgabe einer Regierung ist, einem Mörder die Ausführung seiner Tat durch vorbeugende Maßnahmen unmöglich zu machen. Nicht aber etwa dadurch, daß man nun sämtliche möglichen Opfer eines Mörders der Freiheit beraubt. Durch eine solche Handlungsweise wäre praktisch allen Gewalttaten Tür und Tor geöffnet. Es dürfte auch der Schweizer Regierung nicht unbekannt sein, daß das Deutsche Reich heute von seinen Angehörigen im In- und Auslande erwartet, daß sie sich in aktivster Weise — und das bedeutet vor allem in der NSDAP. und ihren Organisationen — am Geschehen ihres Volkes beteiligen. Es muß also festgestellt werden, daß die Schweiz versucht, politischen Einfluß auf die in ihrem Gebiet wohnenden Reichsdeutschen zu nehmen, ein Vorgang, der wohl einzig dastehen dürfte. Der Förderung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten dürfte dieser Eingriff am allerwenigsten dienen."

Brüsseler Reise Becks am 2. März

Die Erörterungen um die Besuche in London und Paris

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur unter Hinweis auf die Einladung des polnischen Außenministers Beck durch die belgische Regierung meldet, ist der Besuch des Ministers Beck in Brüssel auf den 2. März festgesetzt worden. Der Gegenbesuch des belgischen Ministerpräsidenten und gleichzeitigen Außenministers van Zeeland soll kurz nach dem Besuch Becks erfolgen.

Von den im Zusammenhang mit dieser Reise erörterten Besuchen des Ministers Beck in London und Paris ist vorerst keine Rede. Doch ist es nicht ausgeschlossen und vielleicht auch wahrscheinlich, daß die Reise nach Brüssel auch zu Besuchen in den Metropolen der Westmächte ausgeweitet wird. Die Fahrt nach Brüssel wird offiziell zwar nur mit der Unterzeichnung des polnisch-belgischen Handelsvertrages begründet, doch geht aus der Tatsache, daß nicht der Handels-, sondern der Außenminister dabei in Erscheinung tritt, die politische Bedeutung der Reise hervor. In oppositionellen Kreisen sieht man in dem Brüsseler Besuch die erste Etappe eines westeuropäischen Reiseplans, von dem man annimmt, daß durch ihn eine gewisse Neueinstellung der polnischen Außenpolitik zu der in Europa vor sich gehenden Kräfte-Umgruppierung zur Diskussion gestellt werden wird.

Das Hauptaugenmerk auf Europa gerichtet

Aussprache im englischen Oberhaus — Neue Friedensvermittlungen gefordert

Im englischen Oberhaus fand am Dienstag eine Aussprache über den italienisch-abessinischen Konflikt statt. Der konservative Lord Phillipmore leitete die Aussprache mit der Frage ein, was die Regierung tue, um eine friedliche für alle Parteien annehmbare Lösung zu fördern und die zur Zeit drohende Gefahr zu beseitigen, daß England in einen Krieg verwickelt werde. Der Redner erwähnte den Hoare-Laval-Plan und erklärte, die Mehrzahl der Mitglieder des Oberhauses sei über die plötzliche Schwenkung der Regierungspolitik bestürzt. Man habe das Empfinden, daß der jetzt eingeschlagene Weg falsch und die frühere Politik richtig sei. Eine Regelung des Konfliktes sei aber heute doppelt so dringend wie im Dezember; denn seit jener Zeit habe sich die internationale Lage ganz entschieden verschlechtert.

Nach der Rede Lord Phillipmores erklärte Lord Cecil, daß es nicht wünschenswert sei, wenn eine der beiden Seiten einen vollständigen Sieg erringe. Die kritische Lage in Europa könne unmöglich übertrieben werden. Es sei allgemein bekannt, daß eine europäische Macht ihre militärische Stärke außerordentlich vermehrt habe.

Es sprach u. a. noch Lord Lloyd, der erklärte, Sir Samuel Hoare sei der erste Staatsmann, der eine Befriedung in Europa herbeizuführen versucht habe.

Die Regierung antwortet

„Angriffe dürfen sich nicht bezahlt machen"

Für die Regierung antwortete Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Lord Stanhope, der zunächst darauf hinwies, daß weder die britische Regierung noch irgendein anderes Mitglied des Völkerbundes im Augenblick irgend welche neuen Schlichtungsvorschläge vorbereite. Eine fortgesetzte Unterbreitung von Vorschlägen würde Italien nur ermutigen, fortzufahren in der Hoffnung, bessere Bedingungen zu erhalten. Dies liege nicht im Interesse des Friedens. Dadurch, daß Italien vier Verträge zerrissen habe, habe es sich in eine Lage versetzt, die dem Völkerbund keinen anderen Weg lasse als Sühnemaßnahmen durchzuführen oder aber sich selbst zu widersprechen. Niemand habe Sühnemaßnahmen gern. Obwohl es vielleicht eine Zeitlang richtig gewesen sei, daß die Sühnemaßnahmen die Italiener wie einen Mann zusammengeschlossen hätten, so treffe dies auf die heutige Lage nicht mehr zu, und der wachsende Druck der Sühnemaßnahmen beginne sich auszuwirken.

Es sei jetzt nicht der Zeitpunkt, zu sagen, wie weit der Völkerbund gehen werde, doch könne erklärt werden, daß man der Welt beweisen werde, daß sich Angriffe nicht bezahlt machen und daß Italien alles bekommen haben würde, wenn es sich an den Völkerbund gewandt hätte. „Wir müssen", so erklärte Lord Stanhope, „auf die Ereignisse warten. Aber ich bin hinsichtlich der Zukunft optimistisch. Ich glaube, daß der Völkerbund seine Fähigkeit beweisen wird, Erfolge zu erzielen."

Die Aussprache endete damit, daß Lord Phillipmore seine in Gestalt eines Antrages gestellte Frage zurückzog.

Ein mit Leichen übersätes Gelände

Grauenhafte Verluste — Die italienischen Flieger machen „ganze Arbeit"

Das italienische Propagandaministerium veröffentlicht den nachstehenden, von Marschall Badoglio gedrahteten Heeresbericht Nr. 129:

„Die Verluste des Feindes in der Schlacht von Enderta sind sehr hoch. Ueberall, wo er versuchte, unserem Vormarsch Widerstand zu leisten, hinterließ er ein mit Leichen buchstäblich übersätes Gelände. Man kann die Zahl der Toten mit 6000 bis 7000 berechnen und eine mindestens doppelte Zahl von Verwundeten annehmen. Die Zahl der Gefangenen ist sehr hoch.

Auf unserer Seite sind folgende Verluste zu verzeichnen: Es fielen 12 Offiziere und 122 Mann der Heimatarmee, verwundet wurden 24 Offiziere und 499 Mann der Heimatarmee. Bei den Eingeborenentruppen zählte man 54 Tote und 76 Verwundete der Dienttruppen von Enderta, die mit den Abteilungen von Dedschas Haile Selassi Gugsa zusammengefaßt waren, und 8 Tote und 7 Verwundete der Hilfstruppen der Aiba. Von der großen Zahl der Flugzeuge, die an der Schlacht teilnahmen, ist ein Bombenflugzeug nicht mehr zurückgekehrt. Die Luftwaffe läßt die sich nach Süden zurückziehenden Flüchtlinge nicht mehr zur Ruhe kommen."

Auch die übrigen abessinischen Nordarmeen bedroht

Der Kriegsberichterstatter des DNB. drahtet aus Asmara:

„Die Presseberichterstatter haben die neuen italienischen Stellungen zwischen Belasa und Antalo auf dem Schlachtfeld von Amba Aradam besichtigt. Die Artillerie feuert noch vereinzelt auf kleinere abessinische Gruppen, die südwärts ziehen. Auf dem Schlachtfeld findet man nur mehr vereinzelt die Leichen von Abessiniern. Die meisten sind inzwischen schon beerdigt oder verbrannt worden.

Der italienische Sieg bei Aradam hat den Rückzug der Armee des Ras Seyoum und des Ras Kassa zur Folge. Am Dienstagabend hat man den Eindruck, daß die militärischen Operationen noch nicht abgeschlossen sind, die Kriegslage scheint die abessinische Heeresleitung vor schwere Entscheidungen zu stellen.

Was die Abessinier melden

Ras Mulugheta, der die östlich an Ras Seyoum sich anschließende Armee befehligt, berichtet, so wird aus Addis Abeba gemeldet, daß am 12. Februar italienische Vorposten bis zu seinen Truppenlagern vorgestoßen seien. Am 13., 14. und 15. Februar hätten sich größere Kämpfe entwickelt, die sich jedoch ausschließlich auf starke Vorpostenabteilungen beschränkt hätten. Die Italiener hätten nur geringen Geländegewinn erringen, ihr Hauptziel dagegen, die abessinische Belagerung von Makalle zu durchbrechen, nicht erreichen können.

Unterredung Mussolini—Drummond

Mussolini empfing am Dienstagabend den englischen Botschafter in Rom, Drummond, zu einer längeren Unterredung.

Die Durchführung der polnischen Agrarreform

Deutsche Klagen über zu starke Heranziehung deutschen Besitzes

Im amtlichen polnischen Gesetzblatt ist die im Verlauf der Durchführung der polnischen Agrarreform für das Jahr 1936 veröffentlichte Namensliste der enteigneten Personen erschienen. In Posen und Pommerellen wird mehr deutscher Besitz als polnischer enteignet werden. Das DNB. bemerkt dazu, daß, da deutsche Siedler für die Parzellierungsaktion allgemein nicht zugelassen werden, die Agrareform nur den polnischen Kleinbesitz stärke.

Die „Deutsche Rundschau in Polen" berechnet den bisherigen Abgang an deutschem Boden wie folgt: Durch die Agrarreform seien seit ihrem Beginn bis zur Liste 1935 vom deutschen Besitz 59 999 Hektar und vom polnischen Besitz 25 186 Hektar erfaßt. Die jetzt vorliegende Namensliste für 1936 weise 8444 Hektar für den deutschen und 7450 Hektar für den polnischen Besitz auf. Das bedeute insgesamt einen Verlust von 68 443 Hektar bei der deutschen Minderheit und von 32 636 Hektar bei der polnischen Mehrheit. Der Unterschied werde noch größer, bemerkt das Blatt, wenn man bedenke, daß auf deutscher Seite zu den Enteignungen durch die Agrarreform noch die Massenenteignungen durch Liquidation, Annullation und andere Formen der Entfernung unerwünschter Eigentümer gekommen seien. Unter den verkleinerten deutschen Gütern befänden sich ausgesprochene Musterwirtschaften. Die Agrarreform, wie sie heute gehandhabt werde, sei für Polen kein landwirtschaftlicher, letzten Endes auch kein nationaler Erfolg.

Drei Memelländer begnadigt. Der litauische Staatspräsident hat von den 12 verurteilten Memelländern aus dem großen Kowuoer Prozeß, die anläßlich der litauischen Unabhängigkeitsfeier Gnadengesuche eingereicht hatten folgende drei Verurteilte begnadigt: Herbert Metzler (4 Jahre Zuchthaus), Lehrer Gavehn (4 Jahre Zuchthaus) und den Jugendlichen Mitzkat (1½ Jahre Zuchthaus). Das Kriegsgericht hat ferner die Begnadigung von drei weiteren Verurteilten, die wegen ihres Gesundheitszustandes nicht mehr haftfähig sind, befürwortet und eine weitere Begnadigung in Erwägung gezogen. Die Gnadengesuche der übrigen 65 Verurteilten sind vom Kriegsgericht nicht befürwortet worden.

Die Lohnverhandlungen im Kohlenbergbau Ostoberschlesiens zeitigten bisher kein Resultat. Die Arbeitgeber verlangen Lohnabbau, die Gewerkschaften Lohnerhöhung. In der dritten Februarwoche soll der Lohnkonflikt durch die Arbeitsbehörden dem Ständigen Schiedsausschuß in Kattowitz zwecks Fällung eines verbindlichen Schiedsspruchs überwiesen werden. Am 15. Februar sind in weiteren Kohlenrevieren Konflikte ausgebrochen. Die Arbeitgeber des Krakauer und Dombrowaer Reviers haben den Tarifvertrag zum Zwecke des Lohnabbaus gekündigt. Die Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften begannen am 17. Februar. Die Regierung soll sowohl Lohnabbau wie Lohnerhöhungen ablehnen. Die bisherigen Löhne sollen gehalten werden. Die Arbeiterverbände haben für den 20. Februar eine Betriebsräteversammlung nach Kattowitz einberufen. Der Versammlung soll eine Entschließung zur Annahme vorgelegt werden, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß jeder Versuch des Arbeitgeberverbandes, die Löhne herabzusetzen, mit einem Streik in der gesamten polnischen Industrie beantwortet werden würde.

Drohender Generalstreik in Marseille. Der Streik in Marseille um die Erhaltung und Verbesserung der Arbeitsbedingungen droht größere Ausmaße anzunehmen. Die „Humanité" meldet am Montag, daß der größte Teil aller Arbeitergewerkschaften sich für den Generalstreik ausgesprochen habe. Sollte bis Mittwoch eine Einigung nicht erzielt werden, so ist mit dem Generalstreik zu rechnen.

Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie

9. Ziehungstag — 18. Februar 1936

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

6 Gewinne zu 3000 M. 22653 326305 348646
26 Gewinne zu 2000 M. 5651 5777 14478 58737 94554 109741 130432 134783 160794 185735 193278 278930 307694
72 Gewinne zu 1000 M. 3470 9038 16992 29692 33642 47446 54482 103323 110707 121372 135688 139057 159539 165-50 173184 187433 217771 257608 258295 274980 275764 278603 284224 303729 317184 334289 344375 362372 365736 380000 381387 382283 383546 390558 392743 395121
120 Gewinne zu 500 M. 6232 26130 34066 35062 37197 40405 44690 55303 68871 103833 107022 115265 119298 123399 135580 135784 153917 155929 170154 175438 175489 175709 178146 193656 196921 204639 204916 211291 227979 229073 233008 240154 243308 251559 264187 269125 271505 277914 277576 280541 283050 294527 256206 296039 302920 314037 315144 317927 323389 324202 328510 356327 356716 368615 374984 378565 383332 384415 386995 390350
348 Gewinne zu 300 M. 963 4786 5152 9154 11243 11902 19909 23384 28588 28726 30479 34579 35117 36271 41430 44652 45609 45655 46241 47540 51154 52001 54484 59322 59607 64212 65715 67448 67849 68209 68435 73161 73552 75535 80076 81534 84335 86072 89531 100539 109091 112827 113939 115466 122655 123357 126265 126537 129154 129450 129621 130773 131351 131775 132209 135581 135980 139239 139300 139837 140475 141075 142663 142716 142934 143498 144170 146144 147769 150212 156471 155224 158727 159382 162332 170547 170927 171025 179346 181662 184373 184555 187196 188322 190019 191507 193377 193893 197896 199940 202770 210173 210211 213020 213151 215525 222924 224993 225346 229623 233455 233982 234533 237195 237246 238500 245192 245376 245458 249447 253437 255159 255706 261502 262330 267854 269128 270596 272323 273066 273630 278399 278820 279079 282398 294016 294222 285054 288240 289492 295575 295880 295683 300836 301418 301945 302275 303642 306324 308070 308131 309325 312653 315502 321132 325703 330147 333067 341283 319340 351092 353336 353356 354923 355885 359443 363792 365435 365522 374230 379256 374720 380498 384101 384515 385558 388041 394548 394935 396518 397497 398204 398358 398865

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 286059
6 Gewinne zu 5000 M. 62796 83519 87521
8 Gewinne zu 3000 M. 56735 104765 173407 315288
12 Gewinne zu 2000 M. 85390 100618 106853 201028 231432 327724
36 Gewinne zu 1000 M. 4664 25350 75866 128564 152653 176320 179291 192138 199531 213415 241340 246192 271446 285571 293243 309324 347359 369517
70 Gewinne zu 500 M. 9906 26350 27247 33540 38910 39648 40800 41741 44342 76975 82869 91166 121996 126523 130508 134924 138841 148635 173169 176150 212106 248556 249780 270988 275438 291888 301964 302201 311467 315278 335078 341290 343667 389151 390110
326 Gewinne zu 300 M. 728 1709 2958 8051 8000 10037 11333 14575 15345 16275 20046 21242 23132 26601 31410 36354 42109 45353 49395 55249 55542 56867 57875 58789 59723 65045 72290 75398 76316 77639 80460 83317 83687 88947 89045 89351 89995 90250 93643 97661 99187 99334 99723 102631 103530 105933 106492 106864 107791 109383 113275 114325 119014 120305 120788 122439 123314 126264 126478 127728 128182 128778 130160 132819 135053 136707 138598 144324 146871 149633 153629 160572 164549 164781 171493 172602 173540 176516 181721 181829 183299 184487 184662 189470 190542 193289 195567 199897 200969 201369 203108 205195 206471 208837 209666 213505 220400 221042 221161 221245 221738 222789 222964 223214 223921 224030 229478 236777 239040 239681 240453 240468 245034 246203 247081 256799 267950 269138 269577 270831 275439 280353 283303 285552 298627 300217 305033 307957 310952 313726 315960 316423 323606 323873 324915 335132 338570 341572 342911 344597 345308 346424 347642 349810 350953 351149 351442 351642 361910 362638 363289 365670 368399 370182 374096 378145 379581 379643 383504 384700 389305 391428 399377

Europa im Aether

Mittwoch, den 19. Februar:

18.00 Bukarest: Rumänische Tänze. — 18.10 Hilversum I: Unterhaltungskonzert. — Prag: Deutsche Sendung, Arbeitersendung und Nachrichten. — 18.30 Straßburg: Orchesterkonzert. — 18.55 Wien: „Dame im Traum", Oper.

19.00 Droitwich: Nachrichten, anschl. Brahmslieder. — London Regional: Nachrichten, anschl. englische Musik. — 19.15 Riga: Opernmusik. — 19.25 Prag: Konzert. — 19.30 Paris: Konzert. 19.50 Lahti: Tanzmusik.

20.00 Beromünster: Violine und Klavier. — Brüssel fläm.: Gesang. — Kalundborg: Operettenouvertüren. — Oslo: Orchesterkonzert. — Stockholm: Sinfoniekonzert. — Straßburg: Gesang. — Warschau: Tonfilmschlager. — 20.10 Riga: Dänische Kammermusik. — 20.20 Bukarest: Klavier und Gesang. — Prag: Frauenchöre. 20.45 Hilversum II: Leichte Musik.

21.00 Brüssel franz.: Orchesterkonzert. — 21.35 Brüssel fläm.: Orchester. — 21.00 Warschau: Chopin-Konzert. — 21.15 Kalundborg: Duette von Schumann. — 21.45 London Regional: Unterhaltungskonzert.

22.00 Paris PTT.: Stücke für Cembalo, anschließ. Kammermusik. — Wien: Nachrichten, anschl. Tonfilmschlager. — 22.30 Kalundborg: Dänische Musik.

Verantwortlich für die Redaktion: Franz Adomat; für Inserate: Anton Fooken beide in Danzig. Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt A. Fooken, Danzig. Druck: Druckerei und Verlagsanstalt Karl Formell, Danzig.

Dienstag, den 25. Februar 1936

Fastnachtsball

auf „Bischofshöhe". Anfang pünktl. 19.30 Uhr

Die Künstlergruppe des Vereins bringt ein großes Fastnachtsprogramm mit vielen Ueberraschungen.

Moderne Tanzmusik in allen Räumen.

Eintritt 75 Pfennig und 40 Pfennig. Einladungskarten sind bei den Mitgliedern des Vereins und in der Expedition der „Danziger Volksstimme" erhältlich.

Freie Turnerschaft Danzig

Sonnabend, den 22. Februar 1936, abends 8 Uhr, im Lokale „Café Bischofshöhe"

Großer Fastnachts-Maskenball

Karnevalistisches Treiben in allen Räumen

Jubel und Trubel · Kappen sind erhältlich

Eintritt 60 Pfennig, im Vorverkauf 50 Pfennig

Ohne Einladung kein Zutritt!

Freie Sänger-Vereinigung Langfuhr

Architekt

nebenamtlich, mit Wettbewerbserfolgen, empfiehlt sich zur Bearbeitung von Neu- und Umbauten, Aufstellung v. statischen Berechnungen und Kostenanschlägen bei billigster Berechnung. Beratung unentgeltlich! Anfragen unt. 491 a. d. Exped.

Offene Stellen

Mädchen oder Frau für kleines Haushalt. tg. 2–3 Stund. gesucht. Weißgerberstadt 9, 1 r.

Tüchtige Zeitungsfrau kann sich melden. Angebote unter 655 an die Expedition.

Zuverl. Mädchen (Haus. Einzelkind) für Küche u. Handarb. für nächstens Handtuch in Stadt i. Haus gesucht. Bewerb. mit Zeugnissen Langfuhr, Hauptstraße 8, 2 Tr. r. Tel. 20729

Perfekt. Handschuhnäherin der 1. 8. gel. Bewerb. 12–1 Uhr Langgasse 31, 3 Tr.

Zuverl. Mädchen für Küche u. Haushalt. Nur mitbringen. Kaution in Stadt i. Haus gesucht. Bewerb. mit Zeugnissen Langfuhr, Hauptstraße 8, 2 Tr. r. Tel. 20729

Perfekt. Handschuhnäherin sofort gesucht. Angebote unter 657 an die Expedition.

Junge Frau sucht Beschäftigung. Kann mitbringen. Angebote unter 658 an die Expedition.

Tüchtiges, ehrliches, anständig. Mädchen sucht Anfangsstelle für beiden Tag oder drei Mal i. d. Woch. Gute Zeugnisse vorh. Angebote unter 659 an die Expedition.

Zuverlässig. 16 Jahre altes Mädchen sucht Beschäftigung z. 1. 2. Jungen. vorh. Angebote unter 660 an die Expedition.

Stellengesuche

Jg. Frau bittet um Näh- und Reparaturarbeiten. Angebote unter 654 an die Expedition.

Jg. Mann, 20 Jahre alt, sucht Beschäftigung gleich welcher Art. Kenntnisse vorhanden. Angebote unter 656 an die Expedition.

Perfekt. Handschuhnäherin sucht Beschäftigung. Angebote unter 657 an die Expedition.

Junger Mann sucht Beschäftigung. Kann mitbringen. Angebote unter 652 an die Expedition.

Wohn.-Gesuche

Wer kann gesucht große Stube, evtl. Kabinett, Küche, Keller, Boden, mögl. Stall, auf größerem Gelände, Miete 20–25 M. monatlich. 1½ Z. Wohnung nicht, kann Stadt auch außerhalb sein. Angebote unter 650 an die Expedition.

Ältere, gut möbl. Wohnung, 2–3 Zim., Bad, Küche, vom selbstbew., gut situiert. Rentner, z. kaufen gef. Angebote unter 651 an die Expedition.

Zu vermieten

Kleine Dachetage, Gart. mitbl., Vorderzimmer, im ruh. Hause für solides, m. Bad kaum zu vermieten. Vorstädtischer Graben 2, 2 Tr. links.

Sehr gut möbliertes, sonniges, ruhiges Zimmer in jüdischem Hause für 3 Personen vom 1. 3. evtl. mit Bad, Bett, z. verm. Ang. u. 647 a. Exp.

Sonnige 2½-Zimmer-Wohnung mit Bad und Zubehör z. 1. 4. 36 zu vermieten. Breitgasse 98, 3 Tr.

Saubere Schlafstelle f. 2 junge Leute frei Hint. Adlers Brauh. Nr. 9, 1 Treppe.

Gr., sonnig. Vorderzimmer, m. Küchenben., elektr. Licht, Zentralheizung, verm. Ella Heck, Paradiesg. 32b, 2 l.

In herrschaftl. Hause Nähe Bahnhof 2 sehr gut möblierte Zimmer m. Zentralheiz., elektr. Licht, Bad, Tel. evtl. Frühstückspension, z. verm. Angebote unter 643 an die Expedition.

Hell möbl. Schlafst. an Herrn zu verm. Angebote unter 652 an die Expedition.

Kl. möbl. Zimmer in kinderl. Hause an ruh. Herrn per 1. 3. zu vermieten. Hundegasse 102, II.

Mod. 4-Zimmer-Wohnung Vorkriegsausf., Eingang, Bad, Mädchenz., Zubeh., Gart., beste Lage, Oliva, z. verm. Preis 90 Gulden. Angebote Pfleiderer, Journal, Südstraße 12/14, Tel. 511 22.

1½ herr. Zimmer, elektr. Licht, bef. für ruhiges, sauberes Mädchen, z. 1. 3. 36 zu verm. Bad, 4–5 und 7–8 Uhr. Hundegasse 30, 1 Tr.

Verkäufe

Herrenanzüge, Damenfellmäntel, Pelzjacken, billig z. verk. Breitenstrengasse 43/45, 1 Treppe, links.

Nähmaschine fast neu, bill. z. verk. Weißgerberstadt 18, 1, Hinterhaus.

Blank. Herdofen, mit Mstr., 1 Kochloch, zu verkaufen. Schützenweg 2, 2 r.

Nähmaschine Vorderlader billig zu verkaufen. Gr. Sandgrube 46 pt.

Pünktlicher Milchfahrer sucht zum 1. April oder früher in Danzig 2–2½-Zimmer-Wohnung mit Zubehör. Angebote unter 558 an die Expedition.

Kl. leer. möbl. Zim. zu mieten gesucht. Angebote unter 641 an die Expedition.

Dame sucht kleines, sauber, heizbar, möbl. Zimmer. Preis 15 Gulden. Angebote unter 631 an die Expedition.

Saubr. möbl. Zimmer oder gemütlicher Wohnung, nur mit Küchenanteil. Ang. unt. 644 a. d. Expedition.

Kleiderschrank Nußbaum, Nähm.-Arbeit., fast neu, bill. zu verk. Emmerswiki, Chaus., Herr-Wessel-Straße Nr. 96.

Gut erhaltene Nähmaschine zu verkaufen. Ohra, Jakobsweg 23, 1 Treppe links.

Peiß-Motorrad „Triumph" zu verkaufen oder gegen Radio zu tausch. E. Bonkers, Weißstr. 4a, 3 r.

1 blauer Kinderwag. fast neu, 1 einschläf. Bett für 18 Gulden, 1 zweischläf. Bett für 40 Gulden, mit Auflegematrat. fast neu, 1 elektrische Kochplatte für 12 G. zu verk. Weißerstadt 44, 1 l.

Bettstelle, neu, Gr. 42, z. verk. Tischlergasse Nr. 56, 2 Treppen rechts.

6 Ztr. trock. Schnitzel, 1 Kochk. 25 Ltr. zu verkaufen. H. Sperling 3, 1.

1 weiß., fiefl. Kinderwagen, gut erhalten, zu verkaufen. Ang. unt. 639 a. d. Exp.

Weiß Bettgestell, Federbett elektrischer Ofen zu verkaufen. Paradiesg. 32b, 1 r.

Verk. Nähmasch. (Schrankform, verstfb.) Hockeleg. Herrenzimm. bestehend. Kel.-Teppich, Ausb. Kredenz, Sofa, komp. Bett, n. 60, wk. Auflegematr. u. andere Möbel billig Möbelhandlung Gr. Gerbergasse 12, 1.

Nähmaschinen, selbstgearb., sportbill., zu verkaufen. Malergasse 1, T. 8.

Achtung! Neuwert. Gaskocher, Emaille, Sparbrenner, regulierbar, betriebsfertig, m. Schlauch, z. verkaufen oder gegen Radio-Netzanschluß (evtl. Zuzahlung) zu tauschen ges. Meldg.: Sandweg 138, part.

Neuer Eisenbahnerpelz, lang, und Pelzkiebitz, Größe 42, zu verkaufen. Hoffmann, Gr.-Wolfsberf, Kel. Erbengeläd. Elbinger Straße 42.

Wo? Kränze u. Blumen zum Marktpreis. Nur I. Damm Nr. 10

Ankäufe

Gut erhaltener Kinderhut, Gr. 53, z. kauf. ges. Vorst. Graben 88, 1.

Englische Literatur zu kaufen gesucht. Angebote unter 636 an die Expedition.

Gebr. Herr.-Fahrrad gut erh., z. kauf. ges. Angebote mit Preis unt. 638 a. d. Exp.

Verschiedenes

Weißstickerei, Häkelei und Buntstickereien werd. billig angef. Angebote unter 637 an die Expedition.

Wer fremde Sprachen beherrscht, kommt schneller vorwärts. Bei mir lernen Sie gründlich Polnisch, Englisch, Französisch in kürzester Zeit bei billigen Preisen. Ang. unter 1000 an die Geschäftsstelle.

Für schnellfördernden **Franz. Sprachkursus** werden noch Teilnehmer gesucht. Beginn: Montag, den 1. März. Ang. u. „Science 608" a. d. Expedit.

Bei uns werden Sie reell und gut bedient

Stempel Schultz

Schlosser aller Art so billig und dabei gut bei Kagan, Lange Reihe 26/28

Sportplatz Fenster, Türen, Decken, Kleiden, Anlegen. Mot. Sachen 95, Kaf., Tel. 28619

Möbel immer billig im altbekannten Danziger Möbelhaus David, H. Damm 7

Sind's die Schuhe geh' zu Marcus Häkergasse 10

Damen- u. Herren-Mäntel, Anzüge, Hosen billig und gut in der Danziger Konfektionsecke 101 Breitgasse 101

Heinrich Lau, Kaffee von 0,95 5 Pfd. extra 2,15 Wiederverkäufer Rabatt 2. Wahl 1,85, Danziger Kaffeehaus, Alter Graben 11

M. Jacobius, Altstädtischer Graben 33, Kolonialwaren, Kaffee-Großrösterei

Pelze aller Art, sowie Jacken und Plüsche werden billigst angefertigt bei M. Goldberg, Hundegasse 102

Neueste Platt. Tausch 5 u. 10 P, Koffergrammofone Werke billigst, Jagusch Radiohaus nur Gr. Gerbergasse 6

Damenhüte Das Neueste immer auf Lager, Wiener Chic, Haustor 8